

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 0,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaßte Kolonien-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Karl L., Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 4. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Von den „Freunden“ des Wahlrechts.

Die Parteien der Sammelpolitik erklären jetzt beharrlich, sie dächten gar nicht daran, das bestehende Reichstags-Wahlrecht verschlechtern zu wollen. Aber das Verweismaterial gegen ihre jetzigen Ablehnungsversuche ist schier unerschöpflich. Zu der Fülle dessen, was wir schon früher beigebracht haben, heute noch einiges.

Und zwar wollen wir beiden der hauptsächlich an der ordnungsliebenden, staatserkhaltenden Sammelpolitik beteiligten Parteien, Konservativen und Nationalliberalen, das Gedächtnis etwas auffrischen.

Bekannt ist die Herrenhausrede des konservativen Parteiführers Grafen Mirbach. Aber noch deutlicher hat sich Graf Mirbach in dem Arendtschen „Deutschen Wochenblatt“ vom 28. November 1895 gegen das Reichswahlrecht ausgesprochen. Es heißt da:

Für eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechtes ist die Initiative der Regierung, nicht die einer Partei notwendig. Ich persönlich stehe seit vielen Jahren auf dem Boden, daß ein auch noch so fest gefügtes Staatswesen auf die Dauer mit dem allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrecht erfolgreich nicht regiert werden kann. Die Schattenseiten dieses Wahlrechtes würden noch viel schärfer hervortreten, wenn auch der Einzelstaat demselben unterstellt wäre, was doch nicht der Fall ist. Lediglich die Fragen, welche zur Kompetenz des Reiches gehören, sind von dem allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrecht abhängig.

Eine Aenderung dieses Wahlrechtes kann auch ohne Aenderung der Verfassung vorgenommen werden. Nach der Verfassung geht allerdings der Reichstag aus allgemeinen und geheimen Wahlen hervor; indessen über das Lebensalter der Wähler, über die Zahl der Stimmen, welche jedem einzelnen Wähler zuzubilligen sind, sieht in der Verfassung nichts. Will man weiter gehen, also beispielsweise das „geheim“ der Wahl befeitigen, welches seinerzeit vom Reichstage dem Entwurfe der Reichsregierung zugefügt wurde, so müßte allerdings eine Verfassungsänderung vorgenommen werden.

Darüber zu entscheiden, ob das erforderlich ist oder nicht, ist Sache der Regierungen. Halten diese das bestehende Reichstags-Wahlrecht in dem gegenwärtigen Umfange nicht für verträglich mit der Sicherheit des Reiches, so haben sie unbedingt die Pflicht, eine Aenderung eintreten zu lassen. Das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht ist der Nährboden der Sozialdemokratie. Fast alle Erscheinungen in unserem politischen Leben, die heute beklagt werden, lassen sich auf das gegenwärtige Reichstags-Wahlrecht zurückführen. Alle Parteien bis zu den linksliberalen werden durch das Reichstags-Wahlrecht in seiner heutigen Ausdehnung gefährdet. Die gemäßigten Elemente werden überall durch radikalere verdrängt. Wer am meisten verpöcht, und sei es noch so unerfüllbar, bleibt überall da der Sieger, wo den gemäßigteren Elementen nicht ganz besonders starke Autoritäten zur Seite stehen. Die Wahlkämpfe bei den Reichstagswahlen wirken zersetzend und demoralisierend. Welch unerfreuliches Bild ein heftiger Wahlkampf bietet, das haben wir in unserem Wahlkreise wiederholt erlebt.

Also der konservative Graf. Aber die großbürgerlichen Herren von „Besitz und Bildung“ stellen sich ihm würdig zur Seite.

Im „Stadt-Anzeiger“ zur „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht jetzt der Wahlausschuß der nationalliberalen Partei einen Aufruf an die liberalen Wähler Kölns, worin gesagt wird, die Partei habe niemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie entschlossen ist, an dem allgemeinen geheimen und direkten Reichstags-Wahlrecht festzuhalten. „Daß dies Schwindel und nichts als Schwindel ist, beweisen die Thatsachen, welche wir schon früher aus der Geschichte der nationalliberalen Partei angeführt haben. Nun aber haben unsere Parteigenossen von der „Rheinischen Zeitung“ in Köln auch einige der neueren Jahrgänge der „Köln. Ztg.“ etwas durchgeblättert und haben da folgende heblische Zitate zu tage gefördert, durch welche unsere früheren Ausführungen werthvoll ergänzt werden.

Die „Köln. Ztg.“ schrieb Ende Mai 1890:
 Ueber keine Frage besteht in den gebildeten Kreisen der deutschen Nation eine solche Einmütigkeit des Urtheils, wie über die Verwerflichkeit des allgemeinen und gleichen Stimmrechts. Unser Reichstags-Wahlrecht hat wohl noch blinde Verehrer, aber keine verständlichen Verteidiger. Niemand macht auch nur den schäblichsten Versuch, die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu bestreiten. Die Meinungsverschiedenheiten unter den urtheilsfähigen Politikern fangen erst an, wenn man der Frage näher tritt, ob es angängig sei, das einmal bestehende Wahlrecht umzustossen, und welche Vertheilung der Wahlrechte, welche Gliederung der Volkskräfte an seine Stelle zu treten habe.“

Am 6. Juli 1893, also kurze Zeit nach der Wahl, bei der die Nationalliberalen so schlecht abschnitten, hieß es:

Die Volksmassen sind noch völlig unreif für das Verständnis politischer Angelegenheiten. . . Diesen urtheilsunfähigen Massen ist mit dem Wahlrechte eine Waffe in die Hand gegeben worden, mit der sie wie ein Kind sich selbst und ihre Nebenmenschen, d. h. ihr Vaterland, gefährden. Man konnte sehr häufig in dieser Wahlzeit auch von Ultramontanen und Freisinnigen das allgemeine und gleiche Wahlrecht ganz entschieden verurtheilt hören.“

Zu einer dem politischen Theil der „Kölnischen Zeitung“ einverleibten Besprechung eines Buches des Mode-Philosophen Eduard von Hartmann, betitelt „Tagesfragen“, heißt es am 4. März 1895:

„Hartmann gehört nicht zu den wunderlichen Leuten, die eine Vorherrschaft der Unbildung und des Unverstandes im Staatswesen als einen Segen betrachten; er weist vielmehr dem gleichen Wahlrecht unter den kulturfeindlichen Mächten unserer Zeit einen vornehmlichen Rang an und erwartet eine Rettung vor den drohenden Gefahren nur in einem energisch abgefügten Mehrstimmwahlrecht. Die Vorschläge, die er nach dieser Richtung macht, verdienen die Beachtung aller derjenigen, die den Ruch haben, dem Götzkultus entgegenzutreten, den die Volksschmeichler mit dem plumpestem aller Wahlsysteme treiben.“

Am 24. März 1895 spricht die „Kölnische Ztg.“ spöttisch vom „hochzuverehrenden gleichen Wahlrecht“.

Am 30. März 1895 schreibt das Blatt:

„Graf Mirbach machte den Vorschlag, das allgemeine Stimmrecht durch ein Machtdebt zu befeitigen. Man kann über dieses Wahlrecht und seine Früchte sehr abfällig denken und seine Ersetzung durch ein anderes anstreben; aber davon bis zur Empfehlung eines Staatsstreiches ist ein weiter Weg.“

Am 11. April 1895 ist allgemein von einem „ungerechten und vernunftwidrigen Wahlrecht“ die Rede, das der Unbildung eine impotente Stellung verliehen habe.

Im Mai 1895 gelegentlich der Nachwahl in Köln schrieb die „Kölnische Zeitung“:

Wir stellen fest, daß wir seit Jahren wiederholt und in der entschiedensten Form unsere Ueberzeugung dahin ausgesprochen haben, das allgemeine, direkte Wahlrecht dürfe keineswegs angefastet werden. Wer das Gegentheil behauptet, täuscht sich oder andere. Unsere Bekämpfung richtet sich nicht gegen das allgemeine und direkte, sondern nur gegen das gleiche Wahlrecht. Wenn also der Vorstand der liberalen Vereinigung an den liberalen Kandidaten Herrn v. Wittgenstein die Anfrage richtet, ob er „das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht gegen alle Angriffe verteidigen werde“, so würde eine risikolose Verjahung dieser Frage lediglich der Haltung der nationalliberalen Presse und Partei entsprechen.“

Weiter schrieb die „Kölnische Zeitung“ im November 1895 anlässlich der Besprechung einer „vernunftgemäßen“ Gestaltung des Wahlrechtes:

„Mit kleinen Mitteln wird überhaupt den Schäden und dem Widerstimm des gleichen Stimmrechts nicht abzuhelfen sein.“

Dies alles bedarf keiner weiteren Erörterungen von unserer Seite. In der freien Erziehung, der Besitz verleihe zugleich Bildung, und in der weiteren thörichtesten Annahme, der Gebildete soll nicht mit seiner Geistesbefähigung auf seine Mitmenschen einwirken, sondern einen größeren Theil äußerlicher Macht im Staate genießen, verlangt das führende Blatt des Nationalliberalismus wieder und wieder die Verstärkung des gleichen Wahlrechtes und die Abtönung des Wahlrechtes nach „Besitz und Bildung“.

Diese feststehende Thatsache ist durch keinen Wahlschwandel aus der Welt zu schaffen.

Uebrigens sei nochmals an die Vorgänge des Jahres 1888 erinnert. Auch damals war es nicht die Regierung, welche die Aenderung des Reichstags-Wahlrechtes beantragte. Sondern aus dem Hause selbst, nachdem das Volk thöricht genug den Kartellreichstag nach Berlin geschickt hatte, kam jener Initiativantrag, der aus der dreijährigen Wahlperiode die fünfjährige machte. Vor der damaligen Wahl erklärten sich auch die Nationalliberalen als Schützer der Volksrechte, nach der Wahl haben sie dem betreffenden Antrag mit eingebracht. Die Regierung nahm natürlich schmunzelnd entgegen, was man ihr auf den Präsentirteller anbot; die Regierung ist immer konstitutionell, wenn die Mehrheit der Volksvertretung reaktionäre Beschlüsse faßt. So würde es auch trotz aller „Reichs-Anzeiger“-Dementis jetzt wieder gehen.

Die Wähler wissen, daß sie von den nationalliberalen Schlotbaronen am Rhein nichts Besseres zu erwarten haben als von den Junkern Ostelbiens!

Wer stärkt die Reaktion?

Freisinnige Blätter haben wiederholt die Behauptung aufgestellt, daß die Sozialdemokraten durch die von ihnen bei den Wahlen besetzte Taktik die Reaktion stärken, indem sie auch in den für sie ausichtslosen Kreisen Kandidaten aufstellen und so zu einer Zersplitterung der Stimmen beitragen. Es wird der Sozialdemokratie vorgeworfen, daß sie mit möglichst hohen für sie abgegebenen Stimmen aufwarten will, statt in erster Linie dafür zu sorgen, daß recht viel Gegner der Reaktion in den Reichstag einziehen, gleichviel ob diese Gegner Sozialdemokraten oder Freisinnige sind. Wir wollen auf die Frage, ob die von unserer Partei vorgeschlagene Taktik richtig ist, heute nicht näher eingehen, wohl aber wollen wir in Folgendem den Nachweis führen, daß bei den letzten Wahlen die Freisinnigen die Reaktion ganz außerordentlich durch ihr Verhalten bei den Stichwahlen gestärkt haben; nicht weniger als 19 Mandate verdanken die Reaktionen im letzten Reichstage den Freisinnigen. Es handelt sich durchweg um solche Wahlkreise, in denen es zu einer Stichwahl zwischen einem rechtsstehenden Kandidaten und einem Sozialdemokraten kam, und wo die Freisinnigen, statt Mann für Mann für den Sozialdemokraten zu stimmen, sich entweder der Stimme enthielten oder nur zum Theil für den Sozialdemokraten, zum Theil aber für den reaktionären Kandidaten eingetreten sind.

Bei der von uns an der Hand der amtlichen Statistik vorgenommenen Berechnung sind wir in der Weise verfahren, daß wir die gesammten in der Stichwahl abgegebenen Stimmen durch zwei getheilt und die so gewonnene Zahl verglichen haben mit der Summe der in der Hauptwahl für den Freisinn und die Sozialdemokratie

abgegebenen Stimmen. Ist die erstgenannte Zahl kleiner als die zweite, so folgt daraus mit Nothwendigkeit, daß die Freisinnigen in der Stichwahl nicht für uns gestimmt, also direkt oder indirekt die Reaktion unterstützt haben.

Betrachten wir zunächst diejenigen 14 Kreise, in denen die freisinnige Volkspartei in Frage kommt!

In Oberbarnim kam es 1893 zur Stichwahl zwischen der Reichspartei und der Sozialdemokratie. In der Hauptwahl waren für erstere 6853, für letztere 4254 Stimmen abgegeben, während auf den Freisinnigen 4200 entfielen. In der Stichwahl siegte die Reichspartei mit 8905 Stimmen über die Sozialdemokratie, die nur 6488 erhielt. Die absolute Mehrheit betrug demnach 7547. Hätten die Freisinnigen für uns gestimmt, so hätte unser Kandidat 8463 Stimmen erhalten, also den Sieg davon getragen.

In Potsdam-Osthavelland erhielten in der Hauptwahl die Konservativen 7659, die Sozialdemokraten 10140 Stimmen; in der Stichwahl unterlag der Sozialdemokrat mit 12571 Stimmen dem Konservativen, der 14803 auf sich vereinigte. Wären die 6326 Stimmen, die in der Hauptwahl auf die Freisinnigen entfielen, in der Stichwahl unserem Kandidaten zugefallen, so hätte derselbe 18897 Stimmen bekommen, während die absolute Mehrheit nur 13733 betrug. Herr Pastor Schall ver dankt also sein Mandat den Freisinnigen.

West-Havelland, das wir 1897 in der Nachwahl eroberten, war von 1893 ab durch einen Nationalliberalen vertreten, der von Freisinnigen Gnaden in den Reichstag entsandt war; in der Hauptwahl erhielt derselbe 5583, unser Kandidat 7712 Stimmen. In der Stichwahl hingegen brachte es der Nationalliberale auf 9026, der Sozialdemokrat nur auf 8951 Stimmen. Hätten die Freisinnigen ihre 4121 Stimmen aus der Hauptwahl unserem Kandidaten gegeben, so wäre derselbe mit erheblicher Mehrheit gewählt worden.

In Rauch-Bezirk-Jüterbog-Ludowalde wurden abgegeben für den Konservativen 10316, für den Sozialdemokraten 7758, für den Freisinnigen 3932 Stimmen. Bei einer Taktik, der es nur auf die Schwächung der Reaktion ankommt, hätten wir also in der Stichwahl 7758 + 3932 = 11690 Stimmen erhalten müssen; wir brachten es aber nur auf 9320, während der konservative 12727 Stimmen erhielt.

Noch deutlicher zeigt sich die Stärkung der Reaktion durch die Taktik der Freisinnigen in Frankfurt a. O. -Lebus, wo in der Hauptwahl die Freisinnigen 4158, die Sozialdemokraten 9122, in der Stichwahl aber die letzteren nicht 13290, sondern nur 11158 Stimmen erhielten. Der konservative siegte hier mit 13649 Stimmen.

In Sorau, dem bisherigen Wahlkreise vom Vater Flöy, erhielt dieser in der Stichwahl 10301, der Sozialdemokrat 9295 Stimmen, obgleich in der Hauptwahl für die Sozialdemokratie und die freisinnige Volkspartei zusammen 11632 Stimmen abgegeben waren.

Weshalb liegt es in Raitzb.-Spreenberg, wo in der Hauptwahl der freisinnige Kandidat 4680, der sozialdemokratische 6432 Stimmen erhielt. In der Stichwahl unterlag der Sozialdemokrat mit 8558 Stimmen dem Konservativen, der es auf 10409 Stimmen brachte. Bei einer vernünftigen Taktik hätten für den Sozialdemokraten 11132 Stimmen abgegeben werden müssen.

In Raumburg-Weißenfels-Feich unterlag in der Stichwahl der Sozialdemokrat mit 13120 Stimmen dem Nationalliberalen mit 15528 Stimmen, obwohl in der Hauptwahl der Kandidat der freisinnigen Volkspartei 5317, der der Sozialdemokratie 11716 Stimmen auf sich vereinigt hatte.

Der Kreis Eichwege-Schmalldeden wurde bei der Nachwahl 1895 infolge des Verhaltens der freisinnigen Volkspartei dem Antisemiten Joltau angeschlossen, der in der Hauptwahl nur 5526 Stimmen erhalten hatte, während auf unseren Kandidaten 5605 entfielen waren. 3106 Stimmen wurden für den Nationalliberalen, 3495 für den Volksparteier abgegeben; wir hätten es also in der Stichwahl auf 9100 Stimmen bringen müssen und den Sieg errungen, da die absolute Mehrheit 8365 betrug.

In Hof kam es 1893 zur Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen und dem Sozialdemokraten. Ersterer regte mit 10833 Stimmen. Wäre es den Freisinnigen nur um die Stärkung der Opposition zu thun gewesen, so hätten sie in der Stichwahl für uns stimmen müssen, und wir wären dann mit 4113 + 4934 = 9047 Stimmen als Sieger hervorgegangen, da die absolute Mehrheit nur 9029 betrug. Statt dessen stimmten sie nur etwa zur Hälfte für uns, zur anderen Hälfte für den Nationalliberalen.

In Pirna-Sebnitz verhalten sie dem Antisemiten zum Siege, der in der Hauptwahl nur 7905 Stimmen erhalten hatte. 7989 erhielt unser Kandidat, 9390 der Freisinnige und 1139 der Konservativ. Es wäre also ein leichtes gewesen, die Wahl des Antisemiten zu vereiteln.

Fast garnicht für uns eingetreten sind die Freisinnigen in Hagenow-Gredeswälden, wo sie in der Hauptwahl 3862 Stimmen aufzuweisen hatten. Wir erhielten 4012 und kamen in die Stichwahl, in welcher wir es jedoch nur auf 4996 Stimmen brachten. Hätten die Freisinnigen für uns gestimmt, so hätten wir 891 Stimmen über die absolute Mehrheit gehabt.

Den Wahlkreis Weimar-Apolda spielten die Freisinnigen in der Nachwahl 1895 der Reichspartei in die Hände. Bei richtiger Taktik der Freisinnigen hätten wir mit 603 Stimmen Mehrheit siegen müssen.

In Plauen endlich, das wir 1894 in der Nachwahl eroberten, hätten wir schon 1893 mit Hilfe der Freisinnigen siegen können. Wir erhielten in der Hauptwahl 9277, der konservative 10567, der Freisinnige 3991 Stimmen. In der Stichwahl betrug die absolute Mehrheit 12910, also 328 Stimmen mehr, als in der Hauptwahl für den Freisinnigen und den Sozialdemokraten zusammen abgegeben waren.

Durch die falsche Taktik der freisinnigen Vereinigung gewann die Reaktion 3 Mandate.

Recht deutlich zeigt sich die eigenthümliche Art, wie die Freisinnigen die Reaktion stärken, in Rositz-Doberan, wo der konservative Dr. v. Buchta in der Stichwahl mit 10805 Stimmen siegte, während der Sozialdemokrat mit 9184 Stimmen unterlag. In der Hauptwahl hatte der konservative nur 6281, der Sozialdemokrat 7304, der Freisinnige 5865 Stimmen erhalten.

In Pinneberg-Elmsbörn vollends fehlten unserem Kandidaten schon in der Hauptwahl nur 97 Stimmen an der absoluten Majorität; er erhielt 13097, der konservative 6326, der Freisinnige 6223, der Antisemit 718 und 24 Stimmen waren zer-

pliziert. Trotzdem brachte es der Sozialdemokrat in der Stichwahl nur auf 13.731, der Konervative hingegen auf 15.277 Stimmen, die zweifelsohne zum guten Theil von den Freisinnigen herköhren. Allerdings wurde die Wahl für ungültig erklärt und der Kreis in der Nachwahl 1894 von neuen Genossen v. Elm erobert, aber auch in der Nachwahl unterstützten die Freisinnigen, wie aus den amtlichen Zahlen hervorgeht, den Konservativen nach Kräften.

Der Kreis Herzogthum Lauenburg fiel mit Hilfe der Freisinnigen der Reichspartei zu. In der Hauptwahl war das Zahlenverhältniß: Reichspartei 2807, Sozialdemokrat 2272, freisinnige Vereinigung 2280, in der Stichwahl erhielt der Reichsparteier 4945, der Sozialdemokrat nur 3885 Stimmen.

Die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung gemeinsam konnten in beiden den Nationalliberalen in die Hände gespielt werden. In Neustadt a. d. O. und Oldenburg, die beide den Nationalliberalen in die Hände gespielt wurden. In Neustadt a. d. O. waren in der Hauptwahl für den Nationalliberalen 7336, für den Sozialdemokraten 4733, für die freisinnige Vereinigung 2883, für die Volkspartei 2213 Stimmen abgegeben worden, in der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 11.713 Stimmen über den Sozialdemokraten, der nur 7008 Stimmen erhielt. In Oldenburg wurden in der Hauptwahl für den Nationalliberalen 7318, für den Sozialdemokraten 4441, für den Volksparteier 2628 und für den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung 4234 Stimmen gezählt, in der Stichwahl für den Nationalliberalen 12.853, für den Sozialdemokraten 5977. Hätten beide freisinnigen Gruppen für den Sozialdemokraten gestimmt, so hätte er 11.198 Stimmen auf sich vereinigen müssen.

Aus Vorliegendem ergibt sich also, daß die Freisinnigen die Reaktion um 19 Mandate gestärkt haben. Haben nun die Sozialdemokraten gleiches mit gleichem vergolten? Nein, sie haben überall da, wo ein freisinniger mit einem rechtsstehenden Kandidaten in Stichwahl kamen, für ersteren gestimmt, weil es ihnen vor allem darauf ankam, die Reaktion zu schwächen. Lassen wir diejenigen Wahlkreise, bei denen der Einfluß der Sozialdemokraten nicht ganz zweifellos ist, außer Betracht, so sind es immerhin noch 16 Mandate, die die Freisinnigen der Hilfe der Sozialdemokratie verbanden. Die Berechnung geschieht hier in der Weise, daß wir von den Stimmen, die der Freisinnige in der Stichwahl erhalten hat, die sozialdemokratischen Stimmen aus der Hauptwahl abziehen. Bleibt die so gewonnene Zahl hinter der absoluten Mehrheit zurück, so ist damit der Beweis erbracht, daß der Sieg des Freisinnigen nur der von der Sozialdemokratie befolgten Kandidat zu danken ist.

Die freisinnige Volkspartei wäre, wenn sie auf sich angewiesen wäre, 1893 unterlegen in Striegau-Schweidnitz, wo ihr Kandidat in der Stichwahl 11.709, der Konervative 10.432 erhielt, und auf den Sozialdemokraten in der Hauptwahl 4884 Stimmen entfallen waren. Freisinnige Stimmen waren in der Hauptwahl nur 5378 abgegeben.

In Sagan-Sprottau siegte der Freisinnige über den Reichsparteier; zieht man von den für den freisinnigen Kandidaten in der Stichwahl abgegebenen 8705 Stimmen die 1512 sozialdemokratischen der Hauptwahl ab, so bleiben nur 7263 Stimmen, während der Konervative 7705 erhielt, also bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie gesiegt haben würde.

In Magdeburg-Duerfurt waren in der Hauptwahl für den Reichsparteier 10.890, für den Freisinnigen 8427 und für den Sozialdemokraten 5002 Stimmen abgegeben. Daß der Sieg des Freisinnigen nur der Sozialdemokratie zu danken ist, beweist die Thatsache, daß in der Stichwahl der freisinnige Kandidat 11.773, der Reichsparteier 11.689 Stimmen erhielt.

In Nordhausen-Grassau-Hohenstein gelang es der freisinnigen Volkspartei, den Antisemiten aus dem Felde zu schlagen; obwohl letzterer in der Hauptwahl 4579, der Freisinnige nur 3923 Stimmen zählte, wurden doch in der Stichwahl für den Freisinnigen 6517, für den Antisemiten hingegen nur 4916 Stimmen abgegeben. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei der Hauptwahl belief sich auf 3265.

In Altena-Iserlohn kam der Kandidat der freisinnigen Volkspartei mit den Nationalliberalen in Stichwahl. Bei der Hauptwahl hatte letztere 7467, letztere 8889 Stimmen erhalten; in der Stichwahl aber brachte es der Freisinnige auf mehr als das Doppelte, auf 15.238, der Nationalliberale nur auf 10.739 Stimmen. Ohne Zweifel befindet sich unter den 15.238 ein guter Theil der 6086 sozialdemokratischen Stimmen aus der Hauptwahl.

Daß die Freisinnigen ihren Sieg in Jittau der Sozialdemokratie zu danken haben, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Hauptwahl: Nationall. 7055, freis. Volksp. 6008, Sozial. 5059. Stichwahl: Nationall. 8937, freis. Volksp. 10.837.

In Löbau siegte die freisinnige Volkspartei über die Antisemiten, ihr Kandidat erhielt in der Stichwahl 10.000, der Antisemit 7795, obwohl in der Hauptwahl für ersteren 4598, für letzteren aber 6318 Stimmen abgegeben waren. 4466 Stimmen waren in der Hauptwahl auf den Sozialdemokraten entfallen.

In Karlsruhe-Bruchsal war das Verhältniß folgendes: Hauptwahl: Nationalliberale 7259, freisinnige Volkspartei 5979; Stichwahl: Nationalliberale 11.436, freisinnige Volkspartei 11.948. In der Hauptwahl waren für den Sozialdemokraten 5881 Stimmen abgegeben, außerdem 3315 für den Konservativen und 10 für den Antisemiten.

Den Kreis Eisenach-Dennbach behaupteten die Freisinnigen 1893 nur mit Hilfe der Sozialdemokratie. Sie erhielten in der Stichwahl nur 10 Stimmen mehr als der Nationalliberale, nämlich 7670; zieht man hiervon die 2469 sozialdemokr. Stimmen der Hauptwahl ab, so zeigt sich deutlich, wie sehr die Freisinnigen hier auf uns angewiesen waren.

In Koburg siegte die Freisinnigen (5293 Stimmen) über die Nationalliberalen (4829 Stimmen). In der Hauptwahl hatten letztere 3049, letztere 3786, die Sozialdemokraten 2672 Stimmen erhalten.

In der Nachwahl von 1896 verschafften die Sozialdemokraten den Freisinnigen noch das Mandat in Ruppin-Templin, wo in der Hauptwahl für den Konservativen 7198, für den Freisinnigen 4730, für den Sozialdemokraten 3750, in der Stichwahl hingegen für den Konservativen nur 8840, für den Freisinnigen aber 9764 Stimmen abgegeben waren.

In diesen 11 Mandaten, die die freisinnige Volkspartei durch die Sozialdemokratie gewonnen, kommen noch 5, die wir der freisinnigen Vereinigung in die Hände spielten.

In Landsberg-Soldin waren in der Hauptwahl nur 5128 freisinnige, aber 7262 konservative Stimmen abgegeben; in der Stichwahl hingegen kamen auf den Freisinnigen 10.191, auf den Konservativen 9069. Die sozialdemokratischen Stimmen aus der Hauptwahl beliefen sich auf 3023.

Wenigstens stand es in Nordermünde-Usedom-Bollin. Hauptwahl: 5838 konf., 4719 freis. Vg., 2631 Soz. Stichwahl: 6199 konf., 8282 freis. Vg., also offenkundiger Sieg durch unsere Hilfe.

In Parchim-Rudwigslust erhielt in der Stichwahl der Reichsparteier 6586, der Kandidat der freisinnigen Vereinigung 8999 Stimmen; in der Hauptwahl hingegen hatte ersterer 6519, letzterer 6184 und der Sozialdemokrat 3362 Stimmen auf sich vereinigt.

In Schaumburg-Lippe kam es gleichfalls zur Stichwahl zwischen dem Kandidaten der freisinnigen Vereinigung und dem der Konservativen, ersterer siegte mit 4072 Stimmen über letzteren, der es nur auf 3529 brachte, während in der Hauptwahl für ihn 3201, für den Freisinnigen nur 2903 Stimmen abgegeben waren. Ausschlaggebend waren hier ohne Zweifel die 1304 sozialdemokratischen Stimmen aus der Hauptwahl.

In der Nachwahl 1895 schliesslich verhielten die Sozialdemokraten noch in dem bisher konservativ vertretenen Kreise Köslin III (Herzogthum) dem Freisinnigen zum Siege. In der Hauptwahl wurden gezählt 7101 konservativ, 4650 freisinnige, 2418 sozialdemokratische und 1582 antisemitische Stimmen. In der Stichwahl erhielt der Konservativ 7363, der Freisinnige 9212, er vereinigte also anscheinend auch die antisemitischen Stimmen auf sich, wäre aber trotzdem ohne die Sozialdemokraten unterlegen.

Die Verhältnisse in den von uns besprochenen 33 Kreisen zeigen also deutlich einmal, daß die Sozialdemokratie eine auf die Schwächung der Reaktion eingeschlagene Taktik bei den Stichwahlen befolgt hat, und zweitens, daß die Freisinnigen sich entweder als recht schlechte Taktiker bewiesen oder aber absichtlich aus Haß gegen die Sozialdemokratie die Reaktion gestärkt haben. Weitere Ausführungen daran zu knüpfen, erübrigt sich. Es ist Sache der freisinnigen Parteien, welche Taktik sie in Zukunft einschlagen wollen.

Wahlkampf.

„Freisinn“ des Berliner Magistrats.

Der Magistrat zu Berlin steht im Gegensatz zu der von der Stadtverordneten-Versammlung wiederholt ausgesprochenen Ansicht auf dem irigen Standpunkt, daß Ausnahmen eines Familienmitgliedes in ein Krankenhaus als Armenunterstützung auch dann zu erachten sei, wenn die Kosten in Kassen abgezahlt werden. Demgemäß sind eine Reihe Wähler nicht in die Wählzettel aufgenommen. Es wäre gut, wenn diese zu Unrecht aus der Wählerliste Gestrichenen die betreffenden Papiere zur Begründung für einen eventuellen Wahlprotest aufheben. Daß die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages in Uebereinstimmung mit dem „freisinnigen“ Magistrat Krankheit und Armut verwechselt, ist schwer anzunehmen.

Auf dem letzten Loche

weist der Freisinn im Kreise Teltow-Weeslow. Sachlich kann er gegen die Sozialdemokratie nicht mehr vorgehen, so versucht er's mit persönlicher Verunglimpfung unseres Kandidaten Jubel. Nach der „Charlottenburger Neuen Zeit“ soll unser waderer Genosse den Aufgab eines Reichstags-Abgeordneten nicht gewachsen sein, und wenn er gewählt würde, so hieße das, den Reaktionen einen Grund zur Aufhebung des Reichstags-Wahlrechts liefern.

Arbeiter und Landleute des Wahlkreises Teltow-Weeslow! Wer ist Euch lieber, Jubel, dessen schlichten, kernigen Worten Ihr so oft gelauscht habt, der mit Euch fühlt und lebt, dessen ganzes Auftreten zeigt, daß er ein echtes Kind des Volkes ist, Feind jedem Lug und Trug, oder der Kandidat der Freisinnigen, Dr. Bernstein, der durch Gunst der Umstände in die Lage gesetzt war, hohe Schulen zu besuchen, der aber an praktischem Verstand, an treuer Arbeit für die Volksinteressen, an Mannesmuth von unserem Kandidaten thurmhoch überragt wird? Ihr werdet am 16. Juni den freisinnigen Bildungspfleisern die richtige Antwort geben durch die Wahl unseres Genossen Jubel.

In Sorau-Kors

hat es der liberale und nationalliberale Wahlverein doch noch zu einem eigenen Kandidaten gebracht. Ein Kurus leider empfiehlt, den Handelskammer-Syndikus Gothein aus Breslau zu wählen.

Die „Deutsche Tageszeitung“

behauptet, daß ihr Inseratagent in Halle nicht so hohe Summen an den Inseraten in der Wochenchrift „Bund der Landwirthe“ verdiene, wie wir angegeben hätten. Unsere Angaben beruhen auf einer Mittheilung des „Volkblattes“ in Halle, welches sich gewiß noch hierzu aussprechen wird.

Doch diese Sache ist unbedeutend und es stünde besser um den „Bund der Landwirthe“, wenn sein Leiborgan die Möglichkeit hätte, in bezug auf die Thomas-Phosphatmehl-Angelegenheit klare Auskunft zu geben.

„Nicht ohne Besorgniß“

sehen die „Hamburger Nachrichten“ dem Ausgange des Wahlkampfes entgegen, weil die Staatsautorität sich nicht kräftig an die Spitze der Sammelpolitik stelle. Das Blatt erinnert daran, daß man noch eine programmatische Erklärung der Regierung zur Wahl erwartet habe; dieselbe sei aber ausgeblieben; wahrscheinlich weil die Regierung durch eine solche Erklärung das Centrum zu verlegen fürchte. Die „Hamburger Nachrichten“ sind über den Gang des Wahlkampfes sehr betrübt. Aber sicher ist, daß eine Führung des Wahlkampfes nach den Rathschlägen der „Hamb. Nachrichten“ die Sache der „Ordnungsparteien“ nicht verbessern würde.

Freisinniger Wahlhacker.

In Bromberg sind die Freisinnigen mit den Konservativen in ein Handelsgeschäft eingetreten. Nachdem das zwischen dem Vorstand des konservativen Vereins und dem freisinnigen Verein zu Bromberg getroffene Abkommen, dahingehend, daß den Freisinnigen ein Mandat zum nächsten preussischen Abgeordnetenhaus überlassen werden soll, von einer öffentlichen Wählerversammlung gutgeheißen ist, ist nunmehr der freisinnige Stadtrath Wenzel durch öffentliche Erklärung von seiner Kandidatur zum Reichstag zu Gunsten des Regierungspräsidenten v. Liedemann zurückgetreten. Dies Ereigniß verurtheilt der Vorstand des deutsch-freisinnigen Vereins in einem Flugblatt, in welchem er die Wahl des Regierungspräsidenten empfiehlt und alle Deutschen auffordert, gemeinsam gegen den polnischen Kandidaten zu stimmen. Den Freisinnigen kommt es nur darauf an, daß die „deutsche Stadt“ Bromberg einen „Deutschen“ in den Reichstag entsende, denn unser Wahlkreis ist nicht der Platz, politische Meinungen und Gegensätze bei den Wahlen auszusprechen. Man sieht, welche herrlichen Früchte der freisinnige Chauvinismus zeitigt; hat einen Mann in den Reichstag zu entsenden, der für das bestehende Wahlrecht eintritt, scheuen sich die freisinnigen Mannesgeelen nicht, einen Angehörigen einer Partei zu empfehlen, die offen gegen das Reichstagswahlrecht Front macht, bloß um ein Mandat für den Landtag zu ergattern. Wahrhaftig, wären die Freisinnigen nicht so wie so schon zu grunde gerichtet, dieser elende Wahlhacker wäre das beste Mittel, sie vollends zu vernichten.

Unter solchen Umständen klingt es geradezu komisch, wenn die „Freisinnige Zeitung“ sich über einen ganz ähnlichen Wahlhacker in Hagen-Schwelm entrüstet. Hier beabsichtigt die national-liberale Partei eines ihrer beiden Landtagsmandate den Konservativen zu überlassen, in der Voraussetzung, daß diese den national-liberalen Reichstags-Kandidaten unterstützen. Mit Recht bezeichnet die „Freisinnige Zeitung“ ein solches Vorgehen als Verath an denjenigen Interessen, die sonst noch allen Liberalen gemeinsam sind. Aber ist der Wahlhacker in Bromberg denn nicht auch Verath, noch dazu Verath an Volke, dem sein höchstes Recht, das allgemeine Wahlrecht, mit Hilfe des hier geschlossenen Kompromisses entziffen werden kann?

Als Meisterin der Verdrehungskunst

erweist sich wieder einmal die „Freisinnige Zeitung“, indem sie uns einfach die Worte im Munde wendet. Wir haben kürzlich nachgewiesen, daß die Richter und Kardorff sich beide bei Erörterung der Frage des Richter-Adressen-Schlusses im Abgeordnetenhaus aus Furcht vor der Sozialdemokratie gegen die Einführung von vieler sozialpolitischer Gesetze ausgesprochen haben. Das befreit das freisinnige Blatt und führt zum Beweise dafür an, daß Abg. v. Kardorff im Reichstags gegen das Arbeiterschutz-Gesetz von 1891, Abg. Richter aber dafür gestimmt hat; es wird also, da die von uns angeführte Thatsache nicht zu widerlegen ist, einfach etwas ganz anderes vorgebracht, was wir überhaupt nicht in Abrede gestellt haben. Ganz ähnlich verfährt die „Freis. Ztg.“ in bezug auf unsere Kritik des Verhaltens der Freisinnigen beim Besoldungsplan im Abgeordnetenhaus. Auch hier ist unser Material unangreifbar; fugs wird deshalb die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Thema abgelenkt und lang und breit die Besoldungsfrage im Reichstags erörtert. Nachmals auf die Sache eingezogen halten wir für überflüssig; wenn die Redaktion der „Freisinnigen Zeitung“, die entweder keine klare Vorstellung von dem Sachverhalt hat oder aber absichtlich fälscht, sich von der Wahrheit unserer Behauptungen überzeugen will, so möge sie die stenographischen Berichte über die Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 7. Mai 1896 und vom 29. März 1897 durchlesen. Auch bei dieser Gelegenheit rühmt die „Freis. Ztg.“ wieder das energische Eintreten ihrer Anhänger gegen die lex Rade. Wie schädel muß es um eine Partei bestellt sein, die so viel Aufhebens macht von einem Verhalten, das ganz selbstverständlich war, wenn anders nicht die Freisinnigen auch ihr letztes Prinzip aufgeben wollten!

Polizeiliche Uebergriffe.

Aus Anlaß der Abhaltung einer Wählerversammlung in Halle an der Saale, wo zu polnischen Arbeitern in ihrer Mutter Sprache über die Bedeutung des 16. Juni gesprochen werden sollte, verlangte die Polizei, daß in deutscher Sprache referirt und debattirt werden müsse, da sie über Dolmetscher oder Beamte, welche der polnischen Sprache mächtig seien, nicht verfüge. — Als ob es darauf irgendwie ankäme. Leider lehnte die Behörde es durch, daß die Versammlung sich nach ihrem Willen richtete. Eine thatsächliche, rechtliche Veranlassung lag hierzu keineswegs vor, weil nach Recht und Gesetz die Entscheidung in ähnlichen Fällen bereits dahin getroffen ist, daß es Sache der Polizei ist, sich geeignete Uebersetzer zu beschaffen, nicht aber aus ganz haltlosen Gründen eine vorchriftsmäßig gemeldete Versammlung in Frage zu stellen.

Offenlich wird die Folge der eingelegten Beschwerde bei der halleischen Behörde die Einsicht bewirken, daß sie mit dem von ihr beliebten Sprachverbot nicht als Schutzbengel, sondern als Verfechter des Rechtes den zu gesetzlich Zwedensammelten Polen gegenübergetreten ist. —

„Evangelische Arbeitervereine“.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Neuerdings werden in Sachsen, speziell in Dresden, die sogenannten evangelischen Arbeitervereine gegen die Sozialdemokratie, den „Amsturz“, mobil gemacht. Diese allgemein sich als nicht politisch aufzuführenden, unter dem Deckmantel der Betsinnigkeit, „christlicher Nächstenliebe“ segelnden Vereine sind ganz offen in die Wahlagitation — natürlich zu Gunsten der „nationalen Parteien“ — eingetreten. Sie lassen sich Wahlreden in den Vereins- und öffentlichen Versammlungen halten. Allerdings wirkliche Arbeiter sind in diesen „Arbeitervereinen“ sehr selten zu finden, es sind meist Verführer, keine Beamte und sonst abhängige Leute. Doch auch diese sollten sich von dem elenden Mißbrauch der Religion für die bössartigsten politischen Zwede abwenden.

Aus Elb-Lothringen.

Das Wahlomitee für die unglückliche „Ordnungs“-Kandidatur des Justizrathes Riff in Kreise Straburg-Stadt besitzt augenscheinlich nicht den Muth, seinen Kandidaten in einer jeden Wähler zugänglichen öffentlichen Volksversammlung mit freier Diskussion aufzutreten zu lassen. Man scheint offenbar die Entgegnung der Sozialdemokraten und die dankbare satirische Kritik, welche diese dem prinzipien- und gesinnungslosen Kuddelmuddel unserer bürgerlichen Gegner angeben lassen würden. Aus diesem Grunde zieht es das Riffische Wahlomitee vor, zu seiner ersten größeren Versammlung persönliche Einladungen zu ergehen zu lassen und allen nichtgeladenen Wählern den Zutritt zu verweigern. Die Wählerchaft Straburgs wird aus diesem unwürdigen Verhalten unserer bürgerlichen Gegner die nöthigen Lehren zu ziehen wissen. — Nach einer Meldung des „Kerkalen-Erfasser“ soll in einer kürzlich in Geisolsheim stattgehabten Versammlung des Bürgermeisters des Wahlkreises Erste-Weisheim, nahegelegenen sein, die Kandidatur für den bisher noch fehlenden Unterstaatssekretär von v. Bulach vertretenen Kreis dem ältesten Sohne des Statthalters Hohenlohe-Langenburg anzubieten. Nach der entschiedenen abschlägigen Beurtheilung, welche die Bewerbung des Prinzen Alexander von Hohenlohe-Schillingfürst, Sohnes des Reichskanzlers, um das Mandat des Hagenau-Weihenburger Kreises in allen Ständen der Bevölkerung gefunden, klingt obige Nachricht so ungeheuerlich, daß wir sie nur mit Vorbehalt wiedergeben können. Für die Autorität des Statthalters könnte das Eingreifen seines Sohnes in den politischen Kampf nur von Nachtheil sein. — Unsere Genossen rühren sich allenthalben im Lande sehr energisch. In einer von bisherigen Vertretern des Kreises Jabern nach Pöhlstein einberufenen Versammlung trat unser Kandidat, Privatlehrer Cost aus Hagen, dem reichsparteilichen Bewerber, Dr. Höffel, mit Geschick entgegen. Aus Saargemünd meldet das liberale „Straburger Tageblatt“, daß unsere Genossen die Feiertage gründlich zur Agitation für ihren Kandidaten ausgenutzt haben, und daß am 1. Feiertage die Jünger des Herrn Emmel nach allen Windrichtungen ins Land hinein gingen. Für die Beurtheilung unserer Wahlausichten in Rülhauzen ist eine Korrespondenz von Interesse, welche von dort der „Straburger Post“ zugeht. Es heißt in derselben unterm 30. Mai: „Weshalb ist hier der Wahlanruf der sozialdemokratischen Partei, unterzeichnet von ihrem Kandidaten Ferdinand Dueb, zur Vertheilung gelangt. Derselbe bespricht alle vorliegenden Fragen in dem bekannten Sinne und ist mit sehr viel Schlußworten zusammengefaßt, so daß er seinen Eindruck auf die breiten Schichten ohne eigenes Urtheil nicht verfehlen wird. Anscheinend glaubt man in den gemäßigten Kreisen, daß gegen die Kandidatur Dueb nichts auszurichten sein wird; die Ueberszahl der Stimmen kommt eben dem Sozialdemokraten zu gute, mag er nun Dueb oder sonstige heißen.“ Die letztere, etwas unvorsichtige Bemerkung des Gewährsmannes der „Straburger Post“ illustriert recht deutlich den Widerwillen, den man in gewissen Kreisen gegen das allgemeine Wahlrecht hegt.

Von der Agitation.

In Dresden fanden am Donnerstag zwei imposante Versammlungen statt, in welchen Wilhelm Liebknecht und der Kandidat des Kreises, Dr. Gradnauer, sprachen. In Leipzig fand am Mittwoch eine überaus zahlreich besuchte Versammlung statt, in der Genosse Nebel unter lebhafter Zustimmung sprach. Die Versammlung mußte abgesperrt werden und tausende verdrängten vergeblich Einlaß zu erlangen. Herr Lorenz, der Kandidat der National-Sozialen versuchte in der Debatte gegen die Ausführungen Nebel's zu polemisiren, zog sich aber von Schönlan! und Nebel eine treffliche Abfertigung zu.

Während der Pfingstfeiertage wurden in Pomern in den ländlichen Distrikten 150.000, in Offenbach 40.000, in den sächsischen Wahlkreisen Rössen-Rohwein, Wittweida und in Schopau-Gelenau 75.000 sozialdemokratische Flugblätter verbreitet.

Mit gewohnter Graktheit und Schnelligkeit wurden von unseren Genossen im Wahlkreis Teltow-Weeslow-Storow-Charlottenburg am ersten Pfingstfeiertag 150.000 Flugblätter, Broschüren, Zeitungen u. verbreitet. Die Aufnahme der Genossen sowohl wie die Abnahme des von uns verbreiteten Materials war bei der ländlichen Bevölkerung eine all-gemein freundliche; auch die Stimmung für uns ist gut. Am 2. Pfingstfeiertag sprach Genosse Frik Jubel in Langen-bamm bei Storow in einer von mehr als 250 Personen besuchten Volks-Versammlung über: „Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen und wer vertheuert das Brot?“ Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt durch große Beifallsbezeugungen unterbrochen. Es fanden auch einige gegenwärtige Zwischenfälle statt, die Jubel unter großer Heiterkeit der Versammlung so beantwortete, daß den Herren die Lust verging, in der Diskussion das Wort zu ergreifen.

Die Sozialdemokratie des elsässischen Kreises Rülhauzen ist gezwungen, ihre Wahlversammlungen auf schweizerischem Boden abzuhalten. Dabein können sie, wegen des bekannten Druckes, der von oben auf die Wirthe ausgeübt wird, kein Versammlungslokal bekommen. Nächsten Sonntag werden sie in dem Orte Kleinhningen in der Schweiz über die deutschen Angelegenheiten verhandeln.

Die Schweiz und die deutsche Reichstagswahl. Auch in Basel beschäftigte sich eine Versammlung mit dem deutschen Wahlkampf. Das Referat hatte Dr. H. Schmidt aus Bern. Während die in der Schweiz lebenden „gutehimmten“ Deutschen nicht das geringste Interesse für die deutschen Angelegenheiten hegen, verfolgen die deutschen Sozialdemokraten daselbst mit gespannter Aufmerksamkeit die Vorgänge in Deutschland und sammeln eifrig Gelder zur Unterstützung der Wahlagitation. Wer zeigt nun größere Liebe zur Heimath, wer ist der wirklich Patriot? Immer und immer wieder der Sozialdemokrat.

Wahlplisse.

Moderner Arbeiterschutz.

Epigrammatische Kulturbilder von Tarrh.

Des hochseligen Kaisers Botenschaft: (1878):

Einß durft' ich auf dem grünen Tische
Vor den Ministern paradieren,
Kürst' Bismarck's Schönheitspflesterchen;
Dann lam ich flugs in eine Nische
Zu andern wichtigen Papieren
Und sozialen Meisterchen,
Die all, gleich mir, aus weihen Alten
Geworden längst zu Petrefakten
Und nun verstaubt, wie eitle Karren,
Bergebens der Erlösung harren,
Indessen Stumm den Schleiffstein wegt
Und wieder sich zum Kanzler schwägt.

Die Februar-Erlasse. (1890.)

Ich rathe wahrhaftig keinen Redakteur,
Sie heut in der Zeitung abzubruhen.
Näm's etwa Herrn von Stumm zu Gehör,
Er würde Gift und Galle spuden.
„Ausbeutung durch die Arbeitgeber“ —
Klingt das nicht fast wie Hauptmann's „Weber“?
D'rum still davon! Denn soviel weih ich:
Was getern Wohlthat, heißt heute Heh',
Vielbeutiger ist das Strafsgehe
Und beßbar der § 190.

Der Herr v. Posadowsky spricht (1897):

Seht mir die unverkämten Knaben,
Die sie saul durch die Straßen lungern!
Könnten Arbeit die Hände haben,
Wollen lieber streikend verhungern.
Starke Arbeit und hohen Lohn
Kennen sie Zivilisation!
Gehen und sticheln, prozende Säulenmer,
In der Kneipe und auf den Gassen
Der Fabrikanten fromme Lämmer,
Die sich geduldig scheeren lassen,
Höhnern und spotten, schimpfen und drohn,
Bis mit verdriehlich-mürrischer Miene
Von dem Bau und von der Maschine
Auch der letzte Beselle entflohn,
Und streikend wie sie mit Verfidie
Küninrt die heimische Industrie.

Darum herbei, herbei, herbei,
Hochwohlthätliche Polizei!
Ob beritten, ob unberitten,
Heiliger Schutzmantel, laß dich erbitten:
Komm mit gepanzertem Faust geschritten!
Nieß' den Säbel und haue drein!
Sollst den geduldigen Lämmern helfen
Vor den reißenden roten Wölfen —
Trumpf soll heute das Raubheiß sein!
Jedem, der nicht arbeitet, Trug —
Das ist moderner Arbeiterschutz!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Juni.

Die Bauernpresserei des Bundes der Landwirthe.
Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht sich um die der Bundesleitung gemachten schwerwiegenden Vorwürfe mit den allerfaulsten Redensarten herumzubriden. Statt sich reinzuwaschen, legt sie sich auf Schimpfen: „Das fehlte gerade noch, daß die deutschen Landwirthe die Berliner Preshelden als gestrenge Sittenrichter anerkennen und sein gehoramt Rede und Antwort über ihre häuslichen Angelegenheiten erstatten!“ u. s. w. Und gegenüber unserer Aufforderung, die geschäftlichen Wachenchaften der Bundesbrüder überall den Bauern bekannt zu geben, weiß das Blatt nichts weiter zu thun, als mit Gewaltthatigkeiten zu drohen.

Das alles beweist nur, wie außerordentlich schwer die um Böß sich von der Aufdeckung ihres Geschäftsgehabrens betroffen fühlen.

Die Thatsache steht fest: Der „Bund“ hat seinen Mitgliedern für das von ihm bezogene Thomas-Phosphatmehl höhere Preise berechnet als er selbst an die Lieferanten bezahlt hat. Der „Bund“ hat mit den Lieferanten vereinbart, den Abnehmern höhere Rechnungen auszustellen und die Differenz der Bundeskasse zu zahlen. Der „Bund“ hat von diesem Verfahren den Mitgliedern keinerlei Mittheilungen gemacht.

Die „Böf. Ztg.“ macht noch folgende ergänzende Mittheilungen zu der Angelegenheit:

Wenn an uns von einem Landwirth die Frage gerichtet wird, ob auch die der Bundesleitung nahestehenden Personen fünfzehn Mark Aufschlag auf den Wagen Thomasmehl bezahlt haben, so vermögen wir darauf keine Antwort zu geben, da uns die Verhältnisse nicht bekannt sind. Wir bedauern aber, daß auf unsere neuliche Frage, ob nicht ein Theil des Vermittlergewinnes als Tantieme an Oberbeamte des Bundes vertheilt worden sei, besonders an drei Herren von der landwirthschaftlich-technischen Abtheilung, ebenfalls jede Antwort verweigert wird. Wir erhalten Briefe, die so ins einzelne gehende Mittheilungen machen, daß wir annehmen müssen, sie rühren von vollkommen eingeweihter Seite her; es werden uns beispielsweise die drei Herren von der landwirthschaftlich-technischen Abtheilung, die Tantieme bezogen, haben sollen, mit Namen bezeichnet. Die Bundesleitung wird sich daher der Verpflichtung kaum entziehen können, in aller Form über die Thomasmehl-Geschäfte Aufklärung zu geben, zumal da nichts leichter sein kann, als aller Kritik den Boden zu entziehen, wenn die Behauptungen der national-liberalen Blätter als unrichtig erwiesen werden. Eine solche Erklärung sollte der Bund um so schneller erlassen, je geeigneter die Ausführungen der „Dtsch. Tagesztg.“ schienen, die erhobenen Anklagen zu bestätigen.

Selbst die den Wählern sehr nahestehende Presse ist keineswegs einverstanden mit der Art, wie die „Dtsch. Tagesztg.“ sich über die Sache hinwegzuhelfen versucht. So sagen die „Berl. Neuesten Nachrichten“:

„Wir glauben, daß dieses verächtliche Weisheitsfieber nicht genügen wird. Jedemfalls wird es die Sozialdemokratie und die radikale Linke nicht hindern, im Wahlkampf die Behauptung maßlos auszusprechen, der Bund habe die Bauern geprellt. Deshalb sollte die Bundesleitung direkt genügende Aufklärung geben oder klagen.“

Die Bundesleitung wird keine Aufklärung geben und wird nicht klagen. Die Bundesleitung ist blamirt bis über die Ohren.

Ueber das Reziprozitäts-Abkommen, das die Vereinigten Staaten auf Grund des Dingley-Gesetzes endlich mit Frankreich abgeschlossen haben, wird man erst ein Urtheil fällen können, wenn die Nachrichten bestimmter wie bisher lauten.

Daß das Dingley-Gesetz, der Gipfel des „Schutzes der nationalen Arbeit“, jede wesentliche Durchbrechung des amerikanischen Prohibitivsystems ausschließt, ist bekannt. Inmerhin können die

möglichen Abstriche von einigen Böllen, längstens allerdings nur mit Bindung auf fünf Jahre, von Werth sein; und Deutschland hat schon deshalb ein Interesse an dem Verlaufe auch der französisch-amerikanischen Verhandlungen, weil ihm durch die Reziprozitätsgesetze alle gewährten Einfuhrerleichterungen ohne weiteres zufallen würden — vorausgesetzt, daß die Union die Reziprozitätsgesetze in europäischer Weise auslegt, was bisher nie zweifelsohne war.

Anscheinend handelt es sich in dem neuen Abkommen nur um die Anwendung des Abschnittes 3 des Dingley-Gesetzes, der vor allem Cognat, Champagner, Gemälde und Statuen betrifft und offenbar von vornherein auf die französische Agrarpolitik zugeschnitten war. Nun liegen sich jedoch die französischen Agrarzüchter dadurch ihrerseits auch nicht verblüffen; sie steigerten sehr bald ihre Bölle gegen Schweine, Schweinefleisch, Wurstwaren und Schweinefett, also gegen amerikanische Erzeugnisse in erster Linie. Als die normännischen Jüchter sich von der amerikanischen Pferdezufuhr bedroht sahen, giug man im letzten Frühjahr auch hier zu höheren Böllen über. Davon hat man, um die Vortheile des Abschnittes 3 des Dingley-Gesetzes einzuhandeln, nun wieder einiges nachgelassen — ob die ganze Zollserhöhung oder nur Theile davon oder auch noch mehr, lassen die Nachrichten noch nicht erkennen.

Man sieht, wie das Wechselspiel von gegenseitigen Zollserhöhungen zwar die Störungen auf dem Weltmarkt permanent macht, aber schließlich niemals die von der einen Seite gesteckten Ziele erreichen läßt. Vielleicht wirkt diese Erfahrung auch auf die amerikanischen Schutzöllner erlöschend. Unsere Sammlungspolitiker können aus ihr jedenfalls mancherlei über die Wirkung der erstrebten höheren Kampfzölle lernen. Was Frankreich gegenüber Amerika that, werden andere Länder gegen uns nicht unterlassen.

Was in den Zeitungen über den Inhalt eines Reziprozitäts-Vertrages zwischen Amerika und England zusammengefaßt wird, beruht offenbar auf allerlei Mißverständnissen. Indeß müssen auch darüber die nächsten Tage Aufklärung bringen. Für England wäre von Werth der Abschnitt 4 des Dingley-Gesetzes, der Zollermäßigungen bis zu 20 pCt. des Werthes gestattet, jedoch nur unter Zustimmung des Senates wie des Kongresses. Der Krieg mag die feindlichen angelsächsischen Brüder einander etwas näher geführt haben; viel ist von der Schutzollmajorität in Washington auf seinen Fuß zu erreichen. Was England jedoch allenfalls erzielen könnte, würde durch die Reziprozitätsgesetze auch Deutschland gesichert sein.

Deutsches Reich.

Von der Gesehsmacherei. Ueber die sogenannte „Latente Färbung“ der Margarine mit Sesamol, wie dies befaumlich durch das neue Margarinegesetz vorgeschrieben ist, hat das landwirthschaftliche Institut in Hameln Versuche anstellen lassen. Ueber die Ergebnisse dieser Versuche berichtet Herr Dr. Siegfried in der „Chemiker-Zeitung“, daß sich die gleiche Reaktion wie bei der Margarine auch bei solcher Butter gezeigt hat, die von Kähen gewonnen wurde, die mit Sesamkuchen gefüttert worden waren! Es kann also unter Umständen ein ganz solider Butterproduzent oder Butterhändler in die Gefahr gerathen, wegen Butterverfälschung vor das Strafgericht zitiert zu werden!

Die Agrarier haben schreckliches Pech mit ihrer Gesehsmacherei. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik, welche für Ende dieses Monats zu einer Sitzung zusammenberufen ist, wird ihre bereits früher begonnenen Erhebungen über die Lage der im Gast- und Schankwirths-Gewerbe beschäftigten Personen fortsetzen, ferner die Untersuchungen über die Arbeitszeit der in Getreidemöhlen beschäftigten Personen beenden und Erhebungen über die Sonntagsarbeit im Binnen-Schiffahrt- und Flößereibetriebe einleiten.

Flottenagitation. Die „Berl. Neuest. Nachr.“ predigen alle paar Tage, die durch das Flottengesetz bewilligten Schiffe genügen noch lange nicht. Heute schreibt das Blatt:

Unsere Flotte verfügt zur Zeit nicht über einen einzigen Kreuzer; für Beständen ist nur der kleine „Geler“ übrig, für Brasilien, wo ein Zeigen der Flagge in achtunggebender Weise bringen nötig wäre, ist überhaupt nichts vorhanden und in Ostasien reicht das Geschwader, von dem ein Theil sich seit einer Reihe von Jahren im Dienst befindet, für die augenblicklich dort vorhandenen Aufgaben ohnehin nicht aus. Daß das Flottengesetz dem Währungs an Kreuzern bei weitem nicht entspricht, ist eine eben so anerkannte Thatsache wie die, daß die schönsten Kreuzer im Auslande nur so viel sind als die Linienflotte, die zu ihrer Unterstützung bereit ist.

Schon vor der Wahl geht also die Flottenagitation von neuem los, wie mag es nach der Wahl werden! —

Der Bureaudirektor des Abgeordnetenhauses, Geheimrath Kleinschmidt, ist nach langen schweren Leiden im Alter von 65 Jahren verschieden. Er war der Ähupus des Beamten, wie er sein soll, pflicht- und berufstreu, dabei aber niemals den Bureaufkaten hervorhebend, jeden berechtigten Wunsch erfüllte er gern und in den liebendwürdigsten Formen. Die Abgeordneten des Landtages, die Journalisten der Parlamentstribüne, ja alle, die mit ihm amtlich oder nichtamtlich zu verkehren hatten, werden den Tod des wackeren, klugen und wissensreichen Mannes beklagen.

Kampf gegen Konsumvereine in Hamburg. Der Würger-schaftsausschuß, der zur Berathung der Besteuerungsfrage für Konsumvereine eingesetzt worden war, hat den Antrag angenommen, der Senat möge eine Vorlage machen, nach welcher die Konsumvereine und ähnliche Vereinigungen zur Zahlung einer Umsatzsteuer herangezogen werden sollen. Ferner wurde beschlossen, daß der Verkauf nur innerhalb der Geschäftsräume — also Ausschluß von Lieferungen ins Haus — und gegen Vorzeigung des Kontobuchs erfolgen dürfe. An betragigen Beschlüssen merkt man wenig, daß Hamburg eine Welthandelsstadt ist, vielmehr befinden dieselben einen überaus kleinlichen Spießbürgergeist.

Ein Renkontre zwischen Militär und Zivil hat sich, wie nachträglich bekannt wird, während der Pfingstfeiertage in Jüterburg zugetragen. Die Darstellungen des Vorfalles weichen jedoch gegenwärtig noch erheblich von einander ab, so daß man die definitive Feststellung des Sachverhalts dem militärischen resp. bürgerlichen gerichtlichen Verfahren zu überlassen hat. Die Affäre soll sich etwa wie folgt abgepielt haben. In der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertag stehen auf dem Reuen Markt zu Jüterburg die Lieutenants Sch. und P. mit dem Handlungsgesellen B. und dem Drogist A. zusammen. Dieser Zusammenstoß soll angeblich daher gekommen sein, daß sich die Zivilisten durch das Benehmen der Offiziere bei einer Veranstaltung anlässlich eines litauischen Musikfestes in Tivoli doselbst verletzt gefühlt haben. B. ersuchte nun, nachdem er sich diesem vorgestellt, einen der Offiziere um Remung seines Namens. Diese Aufforderung soll angeblich in so provozirender Weise erfolgt sein, daß Lieutenant Sch. seinen Degen zog und dem B. einen so heftigen Hieb über den Kopf versetzte, daß dieser beinahe ungenugsam zu Boden fiel. Nun stürzte sich der Drogist A. auf den Lieutenant und warf ihn im Ringen zur Erde. Nach diesem Vorfall, der begreiflicherweise eine Menge Reugieriger herbeigelockt hatte, begaben sich die Offiziere ein in der Lindenstraße doselbst gelegenes Restaurant, wohin ihnen bald darauf A. und etwas später noch B., der sich inzwischen wieder erholt hatte und verbunden worden war, folgten. Hier lam es nun abermals zu argen Sticheleien zwischen den Partein. Als sich Lieutenant Sch. einen Augenblick entfernt hatte und nach dem Korridor gegangen war, um, wie man sagt, seinen Degen auf einer Thürschwelle zu schärfen, wurde er von einem aus Angerburg gebürtigen Gaste aus dem Korridor hinausgedrängt.

Als bald darauf ein anderer junger Mann den Korridor passirte, hieß Lieutenant Sch. diesen offenbar für denjenigen, der ihn hinausgedrängt hatte; denn er schlug mit dem Degen auf den jungen Mann ein und der Zivilist entriß hierauf dem Offizier die Waffe und soll damit den Eigenthümer derselben blutig geschlagen haben, worauf der Zivilist die Waffe zu zerbrechen suchte, was ihm aber nicht gelang. Der Degen war vielmehr nur stark krumm gebogen und wurde in diesem Zustande von dem Zivilisten von sich geworfen. Da sich inzwischen der Streit auch in das Lokal fortgepflanzt hatte und die Situation für die beiden Offiziere bedrohlich erschien, ließ ein anderer dort anwesender Offizier durch einen Gardejäger eine Patrouille mit scharfen Patronen herbeirufen, während der Birsch des Lokals sämtliche Gäste, mit Ausnahme der Offiziere, zum Verlassen desselben aufforderte. Als unterdessen die herbeigerufene Patrouille angekommen war, verließen auch die Offiziere das Lokal, vor welchem sich naturgemäß außer den vorgenannten Zivilisten eine größere Menschenmenge angesammelt hatte. Hierauf ließ Lieutenant Sch. scharf laden! In diesem kritischen Moment trat jedoch der ebenfalls anwesende Polizeifergeant Kuprath an den Offizier heran und machte ihn darauf aufmerksam, daß man sich hier auf offener Straße befinde und er nicht das Recht habe, scharf laden zu lassen. Der Offizier ließ darauf die Gewehre wieder entladen und er und seine Kameraden entfernten sich unter dem Schutze der Patrouille, gefolgt vom Publikum. Den zuständigen Behörden ist Anzeige erstattet und ist bereits Untersuchung angeordnet.

Posen, 31. Mai. (Eig. Ber.) Die „Posener Zeitung“, Organ der freisinnigen Volkspartei und einzige oppositionelle Zeitung der Provinz Posen soll nun doch ins Regierungslager überschwanken. Als Grund hierfür wird neben anderem hauptsächlich die bisherige Haltung derselben in der Polenpolitik angesehen. Dieses wurde zwar seitens des Verlages geleugnet, doch sängt die Zeitung, welche unter der Leitung des verstorbenen Chefredakteurs Wagner noch ziemlich anständig gehalten war und auch der Polenfrage gegenüber eine ziemlich gerechte Haltung einnahm, bereits an, unter ihrer neuen Leitung, einem Herrn Goldbeck, Offizier a. D., einen „schneidigen“ Ton anzuschlagen. Wenn nun uns dieses auch herzlich gleichgiltig ist, so ist es doch immerhin bezeichnend für unseren bürgerlichen Pressesinn. Auf einen einfachen Wirt von oben, ganz nach Wunsch der Regierung ändert der Pressesinn sofort seine Anschauungen und alle seine Prinzipien fliegen über Bord. Die Zeitung, die vollständig unabhängig war, sich ziemlich beliebtigkeit erfreute und sich auch sehr gut dabei fand, dürfte durch diese ihre Wandlung weder an Lesern noch an Abonnenten sehr viel gewinnen. Freilich leuchtet dafür aber Regierungsgünst.

Die Erwerbung des sächsischen Staatsbürgerrechts ist, wie die „Sächs. Arb.-Ztg.“ mittheilt, jetzt einem preussischen Staatsbürger verweigert worden mit der Begründung, daß er keine Niederlassung hätte. Es handelt sich um einen unterverheirateten Fabrikarbeiter, der zur Aermernthe wohnt und zwar seit 4 Jahren in einem Orte. Dieser Umstand ist nachgewiesen, wie überhaupt alle erforderlichen Ausweise beigebracht sind. Die Verfassung schreibt bindend vor, daß jeder Deutsche in jedem Bundesstaate zur Erlangung des Staatsbürgerrechts unter denselben Voraussetzungen zugelassen ist, wie der Einheimische. Die Maßnahme der betreffenden Behörde muß zurückgezogen werden.

München, 3. Juni. Das offiziöse „Süddeutsche Korrespondenz-Bureau“ bezeichnet die Nachricht, daß ein königlich bayerischer Staatsminister beziehungsweise Bundesrats-Bevollmächtigter beim Bundesrat einen Reichstagswahl-Gesetzentwurf vorgelegt und Abänderungsvorschläge bezüglich des Reichstags-Wahlgesetzes gemacht habe, als vollständig aus der Luft gegriffen.

Wir wollen abwarten, was die „Hilfe“ zu diesem Dementi sagt.

Oesterreich.

Wien, 3. Juni. Abgeordnetenhause. Bevor das Haus in die Tagesordnung eintritt, verweist Abg. Dr. v. Milewski (Pole) auf die große Anzahl der eingebrachten Regierungsvorlagen, welche für die Bevölkerung von höchster Wichtigkeit seien. Auch die Erledigung des Budgetproportums bedeute für das Parlament die Ausübung des wichtigsten Privilegs. Redner fragt den Präsidenten, ob er geneigt sei, für die erste Sitzung dieser Regierungsvorlagen neben den Sitzungen für die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände besondere Sitzungen anzusetzen. Der Präsident erklärt, er werde in dieser Angelegenheit die Obmänner aller Parteien befragen. (Beifall links.) Abg. Kessel (Sozialdemokrat) wünscht die sofortige Ueberweisung der Vorlage betreffend die Aufhebung des Zeitungssimpels an den Budgetausschuß. Der Präsident erklärt, auch wegen dieser Frage die Obmänner der Klubs befragen zu wollen. Darauf geht das Haus zur Tagesordnung über und setzt die Debatte über die Sprachenanträge fort.

Schweiz.

Bürich, 1. Juni. (Eig. Ber.) Von den vier Referendums-vorlagen, worüber am nächsten Sonntag, den 5. Juni, das Züricher Volk abzustimmen hat, betrifft die erste die Ausübung der Advokatur. Dieselbe war bisher völlig frei, jedoch jeder aktive Schweizerbürger die Vertretung von Parteien vor Gericht übernehmen konnte. Die zur Volksabstimmung gelangende Gesetzesvorlage verlangt für die Zulassung zur Advokatur den Befähigungsnachweis, der in dem Besitz der zur Projektführung erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besteht und worüber vor dem Obergericht eine mündliche und schriftliche Prüfung abzulegen ist. Zur Prüfung zugelassen wird jeder ehrenhafte und vertrauenswürdige Mann; der ein Jahr lang bei einem Züricher Gerichte oder Rechtsanwalt thätig gewesen ist. Zur Begründung dieser Aenderung wird in dem Bericht, welcher dem Gesetze beigegeben ist, ausgeführt, daß die völlig freie Ausübung der Advokatur große Uebelstände begünstigt habe, indem sich dazu zweifelhafte Personen herandrängten und das rechtshuchende Publikum dadurch geschädigt würde. Eine besondere Neuerung ist die in dem Gesetze vorgesehene Zulassung der Frauen zur Advokatur, worüber § 5 sagt: „Schweizerbürgerinnen sind für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes den Schweizerbürgern gleichgestellt. Ehefrauen bedürfen für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes der Zustimmung des Ehemannes.“ Begründet wird die Neuerung mit folgenden Sätzen: „Diese Erweiterung der Frauenrechte erscheint durchaus gerechtfertigt, nachdem auch weiblichen Personen der Zutritt zu den höheren Unterrichtsanstalten und speziell auch zu der juristischen Fakultät unserer Hochschule gestattet worden ist. Es wäre unbillig, ihnen nunmehr nicht die Anwendung des erworbenen Wissens im praktischen Leben zu ermöglichen, ihnen ein Recht, das sie vor dem Bundesgericht (in Lausanne) bereits ausüben dürfen, vor den zürcherischen Gerichten zu verlagern.“ Da man bezüglich dieser vorgeschlagenen Neuerung die Stimmung in den weiteren Volksteilen nicht kennt und durch sie nicht eventuell das ganze Gesetz gefährdet wird, so wird über den § 5 gesondert abgestimmt. Bei der politischen Schätzung des Züricher Volkes darf man aber die Annahme des Gesetzes sammt dem § 5 erwarten. — Die zweite Referendumsvorlage betrifft die Einführung einer Liegenschaftsteuer (Wapläge etc.) von 20 Cts. per 1000 Franks des Vertheilwerthes, die jedoch um das Fünftache erhöht werden kann. Die Steuer gilt nur für die Stadt Bürich und will den mißselosen Erwerb, die Spekulation treffen. Sie hätte freilich schon vor zehn Jahren eingeführt werden sollen. Ferner erhalten durch dasselbe Gesetz die Städte Bürich und Winterthur das Recht, bei jeder Grundeigentums- (Häuser-) Spekulation Wenderung den doppelten Betrag der Rotariatsgebühr als Steuer zu erheben. Der Züricher Liegenschaftsteuer wird ein Werth von etwa 1000 Millionen Franken unterworfen werden und so das Ergebnis pro Jahr 20 000 bis event. 100 000 Franken betragen. — Die beiden anderen Referendums-vorlagen betreffen Gegenstände von nur örtlichem Interesse.

Zürich, 2. Juni. (Sig. Ver.) Im Kasino Auserst (Zürich) fand am Dienstag Abend eine sehr gut besuchte Protest- Versammlung in Sachen der Italiener-Kollektierung statt. Nach vorläufiger und mit Beifall aufgenommenen Referat der Genossen Greulich und Lang gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die von der Arbeiterunion Zürich einberufene, am 31. Mai im Kasino Auserst tagende Versammlung von Schweizerbürgern, in Kenntnis folgender Thatfachen: 1. Sonntag den 15. Mai, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, wurden drei Perlenwagen voll italienischer Arbeiter unter Begleitung einer Kompanie des Tessiner Bataillons 96, zwangsweise über die Grenze südlich von Chiasso gebracht und dort direkt starker italienischer Militärmacht übergeben. 2. Auf eine Interpellation erklärte Regierungspräsident Curti dem Tessiner großen Rath, diese Uebergabe sei durch ein Telegramm des Bundesanwalts angeordnet worden. 3. Im Gebiet von Como herrschte der Belagerungsstand, die Ausgelieferten kamen also direkt in die Hände des Kriegsgerichts; protestiert gegen diese Unthat, die, in der Schweizergeschichte unerreicht, den schweizerischen Traditionen der Neutralität und des Asylrechts ins Gesicht schlägt und zugleich eine schwere Verletzung des Bundesgesetzes betreffend die Auslieferung gegenüber dem Auslande vom 22. Januar 1892 ist. Die Versammlung wehrt sich in ihrem Protest gegen diese schändliche Preisgabe der heiligsten Institutionen der Schweiz einzig mit allen Schweizerbürgern, die — ohne Unterschied der Partei — gemäß der Bundesverfassung die Einheit, Kraft und Ehre der Eidgenossenschaft ungekürzt erhalten wollen. Die Versammlung sieht in der Bundesanwaltschaft und der mit ihr verbundenen politischen Polizei einen Widerspruch mit den demokratischen Einrichtungen und deren ständige Gefährdung und sie verlangt daher energisch deren Beseitigung. — In Genf nahm eine Protestversammlung eine Resolution ähnlichen Inhalts an, die insbesondere auch die Abschaffung der politischen Polizei und der Bundesanwaltschaft fordert. —

Frankreich.

Paris, 3. Juni. Die gemäßigten und konservativen Blätter äußern sich sehr befriedigt über die Wahl Deschanel's und sprechen die Ueberzeugung aus, er werde in acht Tagen bei der endgültigen Wahl eine weitaus größere Mehrheit auf sich vereinigen. Die radikalen Organe erklären, das Stimmverhältnis beweise, daß ohne ihre Partei nicht mehr regiert werden könne. Wenn die leitenden Männer sich dieser Erkenntnis verschließen, würde die Lage leicht unentwärtbar und die Auflösung der Kammer unvermeidlich werden. —

Spanien.

Der Mörder des deutschen Bankiers Häfner ist gestern hingerichtet worden. —

Rußland.

Warschau, 2. Juni. Auf Anordnung des Generalgouverneurs wurden Kommissionen eingesetzt zur Revision der bestehenden Verordnungen betreffend die Polizei im Zarthum Polen sowie des Reglements vom Jahre 1867 betreffend die polizeiliche Beaufsichtigung kompromittirter Personen, endlich zur Ausarbeitung eines Programms für den polnischen Sprachunterricht an den mittleren und unteren Lehranstalten des Zarthums Polen. —

Asien.

Hokkaido, 3. Juni. Die Regierung beschloß, dem japanischen Schuld den Betrag von 3 000 000 M. aus der Kriegsschuldung vorzustrecken, damit das Schiffsbau zwischen Sool und Tschumulpo erwerben und ausbauen könne. —

Afrika.

Aus Kairo wird dem Londoner „Daily Telegraph“ gemeldet, Briefe aus Abessinien besagten, der abessinische Führer Ras Makom mit 50 000 Mann und zwei andere Ras mit je 15 000 Mann hätten Anfang Dezember vorigen Jahres Abessinien verlassen und seien im März am Kilauise angelangt, wo sie ein Lager bezogen hätten.

Den Engländern wird dieser abessinische Vormarsch — sofern die obige Nachricht sich bewahrheitet — sehr wenig gefallen. Ihr Versuch, über Chartum eine Verbindung mit ihrem ostafrikanischen West zu schaffen, würde dadurch in höchstem Maße erschwert werden.

Australien.

Melbourne, 3. Juni. Bei der heutigen Volksabstimmung in Victoria und Tasmania wurde die vorgeschlagene Gründung eines australischen Staaten-Bundes angenommen. —

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie Ludwigshagens theilte sich am 1. Juni zum ersten Mal an den Wahlen zur pfälzischen Gewerkekammer. Sie erzielte ein Resultat, das für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt. Trotzdem eine besondere Agitation nicht entfaltet worden war, wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten 74—80 Stimmen abgegeben, während die vereinigten Gegner den Sieg nur mit einer geringen Mehrheit erlangten. Ihre Kandidaten erhielten 84—102 Stimmen. Etwa 50 Gewerbetreibende, die zu unserer Partei stehen, hatten es verabsäumt, sich in die Wählerliste eintragen zu lassen. Sie durften deshalb nicht wählen. Ihre Stimmen würden hingereicht haben, um unserer Liste den Sieg zu verschaffen.

In Wühlheim bei Offenbach a. M., wo, wie gestern mitgeteilt, jetzt 8 Kandidaten der Arbeiterpartei in den Gemeinderath gewählt worden sind, haben wir mit im ganzen 10 Sitze und die Gegner nur 2 Sitze inne. Unsere Parteigenossen hoffen bestimmt, daß der Gemeinderath bei der nächsten Wahl ganz sozialistisch werden wird.

Auch in Hainhausen, ebenfalls im Kreise Offenbach gelegen, macht der Sozialismus gute Fortschritte. Dort wurden vier Parteigenossen in den Gemeinderath gewählt.

Todensliste der Partei. In Kolenbeck, einer Vorstadt Düssel's, ist der in der politischen Partei wie in Gewerkschaftskreisen gleich thätig und beliebt gewesene Genosse Evariste Pierron plötzlich gestorben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Starosson von der „Medlenburgischen Volkszeitung“ in Rostock wird außer einer Majestätsbeleidigung noch der Beleidigung des Ministeriums von Medlenburg-Schwernin beschuldigt. Gegen seine Verhaftung wurde sofort Beschwerde geführt, auch ist Kaution angeboten worden. Der Entscheid des Gerichts steht noch aus.

— Abermals ist eine auffällige behördliche Aktion gegen die Magdeburger „Volksstimme“ im Werke. Auf Donnerstag früh 9 Uhr, zu einer Zeit, wo der Satz des Blattes im Gange ist, waren aus der Druckerei der „Volksstimme“ 14 Seher vor den Untersuchungsrichter geladen. Was sie befehlen sollten, konnte die „Volksstimme“ in ihrer Freitagnummer noch nicht mittheilen. Diese Nummer war vorfastshalber bereits vor der Vernehmung der Seher fertiggestellt worden. — Der 16. Juni wird zeigen, wie die arbeitende Bevölkerung Magdeburgs über die unausgesetzte Verfolgung der „Volksstimme“ denkt. Einen großen Theil der Schuld an dieser Verfolgung trägt die bürgerliche Presse Magdeburgs, die sich all den Vorgängen gegenüber systematisch ausschweigt. Es wird kaum eine andere größere Stadt Deutschlands geben, wo die bürgerliche Presse sich in ähnlicher Weise gegen die journalistischen Pflichten verginge, wie in Magdeburg.

— Wegen Vergehens gegen die §§ 17 und 18 des Pressegesetzes (Veröffentlichung von amtlichen Schriftstücken eines Prozesses vor

deren Bekanntgabe in öffentlicher Verhandlung) wurde der dekadente Medakteur der „Tribüne“, Rudolph in Erfurt, zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt.

Gewerkthätiges.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter! Laut Annonce findet am Montag, den 6. d. M., abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung statt. Wir richten den Appell an alle Kollegen Berlins, die Versammlung zahlreich zu besuchen. Es handelt sich um die Vespredung der Einführung von Maßnahmen der Fabrikanten, welche eine Stellungnahme der gesammten Berliner Musikinstrumenten-Arbeiter erfordert. Das Interesse unserer ganzen Branche gebietet es, in dieser Sache gemeinsame Beratungen zu pflegen, um erfolgreich wirken zu können, und ist es deshalb Pflicht aller Kollegen, gleichgültig wo und wie sie organisiert sind, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Den Mitgliedern des Verbandes der in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter, Filiale I zur Kenntnis, daß die Versammlung am 5. Juni wegen der Reichstagswahlen ausfällt. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Die Firma Weber u. Giese in Hohenlimburg (Westfalen) kündigte ihren Walzern eine Lohnreduktion von 20—40 pCt. an. Die Versuche der Arbeiter, mit der Firma über die Zurücknahme derselben zu verhandeln, wurden von den Unternehmern schroff zurückgewiesen. Die fälligen Arbeiter reichten hierauf ihre Kündigung zum 15. Juni ein.

Zum Wiesberger Knosack wird aus Osnabrück berichtet: Der Bischof von Osnabrück hat an den Georgs-Marien-Gewerks- und Hütten-Verein ein Schreiben gerichtet, in welchem er nunmehr den am 27. November v. J. erteilten Dispens zur Aufnahme der Arbeiten am Wiesberge mit dem Bemerkten zurückzieht, daß er diese Maßregel ergreife, weil die betreffenden Pfarrgeistlichen ihr früher abgegebenes Gutachten nunmehr als unrichtig bezeichnet und zurückgenommen hätten.

Den Textilarbeitern der Firma Heinrich Neubert in Grimnitzkau u. S. wurde eine Lohnreduktion von 5 Pf. pro Pfund angekündigt, was für den Arbeiter im Durchschnitt pro Woche eine Mark Lohnausfall ausmacht. Die Reduzierung soll am 10. Juni in Kraft treten. Sollte eine Einigung bis dahin nicht erzielt werden, so dürfte ein Ausstand unvermeidlich sein.

Ausland.

Aus der Schweiz. In Derisau, wo noch niemals eine Streikbewegung der Arbeiter stattfand, haben am Dienstag die Zimmerleute die Arbeit eingestellt, weil der geforderte Zuschlag und eine Lohnhöhung von 5 M. nicht bewilligt wurden. — In St. Gallen erreichten die Zimmerleute durch eine Lohnbewegung die Erhöhung der Stundenlöhne von 43 bis 45 Cts. auf 45 bis 48 Cts. durch.

Zum Kohlengrubenarbeiter-Streik in Wales. Wie bereits gestern mitgeteilt, haben die Verhandlungen zwischen den Komitees der Grubenbesitzer und der Arbeiter zu einem positiven Ergebnis nicht geführt. Die Unternehmer halten an der geltenden Lohnskala fest, außerdem wollen sie die Lage der Arbeiter insofern verschlechtern, als diesen der bisher übliche monatliche Feiertag genommen werden soll; auch soll ein Fährungssteif eingeführt werden. Dagegen fordern die Arbeiter: 1. Sofortige Erhöhung der Löhne um 10 pCt., welche Lohnhöhung bis zum 31. Debr. 1898 in Kraft bleiben muß. 2. Es soll während dieser Zeit ein Versöhnungs-Ausschuß gewählt werden, der aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter gleichmäßig zusammengesetzt ist und einen Schiedsrichter zum Vorsitzenden hat. Dieser Versöhnungs-Ausschuß soll künftig die Höhe der Löhne bestimmen, und derselbe soll nur infolge einer sechsmonatlichen Kündigung von der einen oder anderen Seite aufgelöst werden können. — Diese Forderungen wurden von den Unternehmern rundweg abgelehnt. Sie erklärten, eine Lohnhöhung sei nicht möglich, da die Betriebskosten schon sehr hoch seien und viele Gruben mit Verlust gearbeitet hätten. Ein Versöhnungs-Ausschuß sei seit 1875 zu wiederholten Malen abgelehnt worden, und die Unternehmer würden auf solche eine Forderung nicht eingehen, ehe sie nicht vollständig ruiniert seien. Die Aussichten auf Beilegung des Streiks sind jetzt geringer denn je.

Soziales.

Arbeiter-Misik. In einem Steinbruch bei dem Dorfe Scheda in der Nähe von Drosdahn im westfälischen Kreise Olpe wurde durch zu frühes Losgehen eines Sprengschusses ein Arbeiter in Stücke gerissen, zwei andere schwer und ebenso viele leichter verletzt. Einer der Schwerverletzten verstarb während des Transports nach dem Krankenhaus.

In der Heddigen Beschafabrik in Neustadt a. S. wurde ein Arbeiter durch Explosion des Keifels schwer verletzt.

Die katholischen Arbeitervereine Nord- und Ost-Deutschlands hielten am 31. Mai in Berlin einen Delegirtenstag ab, auf dem von den 28 Vereinen des Verbandes 22 durch Delegirte vertreten waren. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß die Einrichtung von Diskussionsklubs und Fachvereinen empfohlen wurde und daß die Zentralstelle des Verbandes ernannt wurde, probeweise auf ein Jahr eine Sterbe-Unterstützungslasse für Frauen von Verwandtenmitgliedern einzurichten. Der Beitrag soll pro Mitglied und Monat 3 Pf., das Sterbegeld 50 M. betragen. Der Beitrag zu dieser Klasse soll den Vereinen freigestellt sein. Eine Sterbe-Unterstützungslasse für Männer besitzt der Verband schon. Der nächste Delegirtenstag wird zu Pfingsten nächsten Jahres wieder in Berlin abgehalten.

Ein höchst wichtiger Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer regelmäßigen Arbeitsstatistik, liegt gegenwärtig dem österreichischen Abgeordnetenhaus vor. Der Entwurf bestimmt, daß für die Zwecke der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung und Verwaltung arbeitsstatistische Daten systematisch zu erheben und zu verarbeiten, sowie periodisch zu veröffentlichen sind, die sich auf die Lage der arbeitenden Massen, insbesondere in der Industrie und im Bergbau und im land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, im Handel und Verkehrswesen, ferner auf die Wirksamkeit der Einrichtungen und Gesetz zur Förderung der Wohlfahrt der arbeitenden Massen, sowie auf den Umfang und Zustand der Produktion in den bezeichneten Zweigen zu beziehen haben. Mit den bezeichneten Aufgaben soll im Ressort des Handelsministeriums eine abgeordnete Abteilung betraut werden. Zur Unterstützung des arbeitsstatistischen Amtes, sowie zur Förderung des gedeihlichen Zusammenwirkens desselben und der Betriebe, auf welche sich seine Wirksamkeit erstreckt, soll ein ständiger Beirath gebildet werden, der aus dem Vorstande des Amtes, aus Vertretern der beteiligten Ministerien, dem Präsidenten der statistischen Zentralkommission und aus 24 vom Handelsministerium ernannten Mitgliedern besteht. Die ernannten Mitglieder sollen zu einem Drittel aus Unternehmern, zu einem Drittel aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Personen zusammengesetzt werden, deren sachmännische Mitwirkung bei den Arbeiten des Beirathes wünschenswerth ist.

Leider ist angefaßt der nationalen Stahlgabriek, die die bürgerlichen Vertreter Oesterreichs im Parlament ausführen, keine Aussicht, daß dieser wichtige Entwurf in absehbarer Zeit Gesetz wird.

Das ungarische Gewerbe-Inspektorat soll verbessert werden. Einem Erlaß des Handelsministers zufolge wird das Land in sieben selbständige Inspektionsbezirke eingetheilt; die Gewerbe-Inspektoren müssen in den Bezirken wohnen, die ihrer Inspektion unterstellt sind. Alle der Inspektion unterliegenden Anlagen sollen noch im Laufe dieses Jahres geprüft werden, zu welchem Zwecke auf Verlangen Hilfskräfte gestellt werden sollen. Die Leitung des Gewerbe-Inspektorats wird, wie in Oesterreich, in den Händen eines Zentral-Gewerbe-Inspektors ruhen, der im Handelsministerium sitzt

und den Titel Oberinspektor führt. Die Jahresberichte der Gewerbe-Inspektoren sollen ebenfalls nach österreichischem Muster verfaßt und durch den Reich vertriebt werden.

Die ungarische Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß durch diese Verbesserung des Gewerbe-Inspektorats der sozialdemokratischen Agitation der Boden entzogen werde. Treffend bemerkt dazu die Wiener „Arbeiterzeitung“: „Daß diese ärmlichen Mittel den Zweck nicht erreichen, ergibt sich aus der Lage der ungarischen Arbeiter von selbst. Im übrigen sind die Sozialdemokraten gar nicht böse, wenn die Regierung sie mit sozialen Reformen zu bekämpfen sucht. Je wirksamer diese Reformen, desto freudiger werden sie von den Sozialdemokraten begrüßt werden. Jedenfalls wäre dieser Kampf für die Regierung weniger löblich als der, den sie bisher gegen die entrechteten und wirtschaftlich unterdrückten Volklassen führte.“

Der Krieg.

Der spanische Marineminister erwiderte auf eine Anfrage betreffend das Gerücht, Admiral Cervera sei während des Seegefechts bei Santiago nicht dort gewesen, daß Cervera die Operation selbst von Bord des „Cristobal Colon“ aus leitete, wo er seine Flagge gehißt hatte.

Nach Privatmeldungen sind die Besatzungen an der Einsahrt zur Nacht von Santiago mit schweren Geschütz vom Kreuzer „Reina Mercedes“ armirt, welcher wegen Unbrauchbarkeit seiner Kessel in einen Ponton umgewandelt wurde. Die Minister beobachteten Zurückhaltung in bezug auf das Gerücht, daß das Geschwader Cervera's nach dem Gefecht Santiago verließ.

Ein Depesche der New-Yorker „Evening World“ aus Port au Prince meldet, das amerikanische Geschwader habe heute den Angriff auf die Forts von Santiago erneuert. Gleichzeitig hätten 3000 Aufständische die Stadt Santiago angegriffen. Ein erbitterter Kampf sei im Gange.

Nach Depeschen aus Port Antonio ist Admiral Eschey von dem Marineminister benachrichtigt worden, daß das Schlachtschiff „Oregon“, der Kreuzer „New York“, ein anderer Kreuzer und zwei Kohlenfahrer nach Santiago gerandt werden würden.

Aus Key West kommt die wenig wahrscheinliche Nachricht, daß das amerikanische Kanonenboot „Lenden“ gestern die Besatzungen von Cardenas bombardirt und alles zerstört haben soll.

Aus Havana wird heute telegraphirt: Drei spanische Kanonenboote, welche Schiffe mit Lebensmitteln geleiteten, liefen in den Hafen von Cienfuegos ein. Als sich an einer Stelle des Meeres eine Schaar Insurgenten zeigte, eröffnete eines der Kanonenboote das Feuer, worauf die Insurgenten eine weiße Fahne hielten und erklärten, sich zwar nicht unterwerfen, aber auch nicht gegen die Spanier kämpfen zu wollen. Man glaubt, daß ihr Verhalten auf von Maximimo Gomez erhaltenen Befehl zurückzuführen sei, während Calixto Garcia dafür sei, daß die Aufständischen zu Lande die seitens der Amerikaner geplante Aktion unterlägen. — In der Provinz Santiago de Cuba griffen die Insurgenten dieser Tage das in der Nähe von Holguin gelegene Fort Loma Cruz an, wurden aber zurückgeschlagen und hatten 68 Tode.

Amthals wird aus Madrid mitgeteilt, daß sich das Schiff „Alfonso XIII.“ in Porto Rico befindet, wo es Lebensmittel aus-schiffte. Die Nachricht, das Schiff sei von dem amerikanischen Hilfskreuzer „Saint Paul“ weggenommen worden, ist also unrichtig.

Die aus 30 Mann bestehende Besatzung des spanischen Dampfers „Mia“, welcher, wie gemeldet, von dem amerikanischen Hilfskreuzer „Hale“ aufgebracht wurde, ist nach New-York gebracht und dem österreichischen Konsul übergeben worden, der sie nach Spanien zurück-schaffen lassen wird.

Aus Washington liegen die folgenden Meldungen vor: Das Repräsentantenhaus nahm den gestern früh eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die Kriegskredite an; die Höhe der Kredite beläuft sich auf 17 845 000 Dollars (ca. 72 Millionen Mark) einschließlich 10 Millionen Dollars für die Marine. — Auf die Anfrage eines Deputirten erklärte der Vorsitzende der Finanzkommission, die Kriegskosten würden sich auf ungefähr 600 Millionen Dollars (über 2400 Millionen Mark) belaufen, wenn der Krieg ein Jahr dauern sollte.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New-York berichtet: Der Kriegsfeldmarschall Alger verlangt die Bewilligung von 20 Millionen Dollars für die Ausrüstung und Unterhaltung des zweiten Aufgebots der Freiwilligen. Die Kriegskosten betragen jetzt täglich fast 2 Millionen Dollars (ca. 8 Millionen Mark).

Das amerikanische Kriegsdepartement beschaffte noch einige weitere Schiffe für den Transport der kubanischen Invasionarmee. Die Transportflotte besteht jetzt aus 30 Schiffen, welche insgesamt 30 000 Mann befördern können. Bis jetzt sind über 124 000 Freiwillige angeworben worden. Einer Depesche aus Tampa zufolge kann positiv versichert werden, daß bisher keine regulären amerikanischen Truppen nach Kuba abgegangen sind.

Die Madrider Morgenblätter fordern die Regierung auf, Maßregeln gegen Hawaii zu ergreifen, welches fortgesetzt die Neutralität verleihe, indem es den Amerikanern Kohlen und Proviant für ihre Kriegsschiffe ausliefer.

„Daily Mail“ wird aus Wien gemeldet, Spanien soll ein neues Geiseln an die Großmächte gerichtet haben, damit dieselben interveniren und einen für Spanien annehmbaren Frieden herbeiführen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 3. Juni. (V. S.) Die „K. Z.“ meldet aus Belgrad, die Regierung tritt zu den morgigen Wahlen weitgehende Vorsichtsmaßregeln. Im ganzen Lande ist Militär konzentriert und mit starken Patronen versehen. Die Radikalen erhielten Kenntnis von einem geheimen Erlaß des Ministers des Innern an die Präfekten, in welchem angeordnet wird, daß die radikalsten Wähler unter allerlei Vorwänden durch Truppenabteilungen auseinandergejagt werden sollen. In diesem Falle werden sie gleich zu Beginn des Wahltages auf der ganzen Linie Wahlenthaltung aus-sprechen.

Zabern i. E., 3. Juni. (W. Z. V.) Das Landgericht verurtheilte heute in der Verleumdungssache des Pfarrers C. Müller in Albersweiler gegen den Pfarrrer Gerbert in Saarburg i. L. wegen einer Kritik des letzteren über Vorlesungen bei einer Problichnams-Prozession in Albersweiler den Besagten wegen Verleumdung in zwei Fällen zu 30 M. bezugsweise zu 20 M. Geldstrafe; außerdem soll das Urtheil in mehreren Zeitungen veröffentlicht werden. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Verklagten auferlegt. Die Nebenkläger wurden kostenpflichtig ab-gewiesen.

Bern, 3. Juni. (W. Z. V.) Der Bundesrath beantragte bei der Bundesversammlung, daß die durch Gesetz vom Jahre 1878 für den Simplicandurchsicht grundsätzlich zugesicherte eigentümliche Subvention von 4½ Millionen Francs ausbezahlt und letzte die jährlichen Einlagen in den Erneuerungsfonds gemäß dem Eisenbahn-Rechnungs-gesetz fest. Ferner wird der Bundesrath der Bundesversammlung einen Gesetzentwurf unterbreiten, wodurch im Zusammenhang mit der projektirten allgemeinen Kranken- und Unfallversicherung Militärpersonen gegen Krankheit und Unfall vom Bunde versichert werden sollen.

London, 3. Juni. (V. S.) Bei dem Untergange des Schooners „Jane Grey“, der auf der Fahrt nach Alaska begriffen war, kamen 61 Passagiere und 27 wurden gerettet. Unter den Er-trunkenen befinden sich die italienischen Forscher Gaja und Bassetta.

Tarnopol, 3. Juni. (V. S.) Der Großgrundbesitzer und Kammerer Graf Witold Wolanski wurde wegen Betrugs in der bekannnten Erbchafts- und Testamenten-Fälschungs-Affaire Wolanski verhaftet.

Athen, 3. Juni. (W. Z. V.) Verflozene Nacht wurde hier und auch in den meisten Städten des Peloponnes ein heftiger Erdstöß verspürt. In Tripolyta wurden Gebäude beschädigt. Menschen wurden nirgends verletzt.

Für den Wahlfonds

gingen ein: Tischlerei von Weinland, Fruchstr. 25 13,60. Drei Studienteure in Stralau 1,50. Ludwig Meyer u. Genossen 3,20. Mathe Kindtaufe Stephanstr. 39 3.—. Von Mitgliedern der U. Dr. 5,50. Von den Arbeitern der Fischgerei Stralau, 4. Rate 15,10. Goldbeck 1.—. Uebersehuf der Kupferhütte in Bedum 5,96. Bruno L. u. Elisabeth 3.—. Gen. Köhler aus Kulm i. Böh. 9.—. Amerik. Auktion bei Schilling, Tilsiterstr. 40 6,25. Rauchklub „Colombus“ E. C. 3.—. Gesammelt bei einer Hochzeitsfeier durch Kommissar bei Stege 2,50. Buchdruckerei von Otto Lange 3.—. Von Postbeamten durch O. B. 10.—. Personal der Drucker von H. S. Hermann, 5. Rate 29,05. Von 6 Polieren aus Pödensee 1,50. Vierprozentige von den Drehschleim der Werkstat Begeleben, Andreashof 10.—. Summa 122,15. Bereits quittirt 3269,26 M. Gesamtsumme 3391,41 M.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Linz, 1. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst das Ergebnis der Wahl der Parteivertretung verkündigt. In das Exekutivkomitee wurden gewählt: Dr. Adler mit 107, Popp mit 98, Skaret mit 104, Schuhmeier mit 106, Bernerstorfer mit 106, Dr. Ellenbogen mit 104, Nieger mit 106 und für Schrammel, der seinen Wohnsitz aus Wien verlegt, Heinrich Bar in Wien mit 104 Stimmen. In die Parteikontrolle wurden entsandt: Schmitz und Hausebski für Wien, Bräuhäuser für Oesterreich, Tirol und Salzburg, Hugo Schmied für Schlesien, Dr. Czech für Mähren, Müller für Steiermark und Kärnten, Schiller und Seliger für Böhmen. Abgegeben wurden 136 Stimmzettel; 2 davon waren ungültig.

Hierauf sprach Schuhmeier: Wien über die Parteiorganisation. Zu diesem Punkte der Tagesordnung liegen eine große Reihe von Anträgen vor, die der Redner im einzelnen erörterte. Die Frage der Parteistruktur wird durch folgenden Antrag geregelt, den der Redner empfahl: Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Mit dem Inkrafttreten dieser Abgabe hört die bisherige Form der Parteisteuerlieferung durch die Landes- und Wahlkreisorganisation auf. Zwei Anträge verlangen die Gründung von Arbeiter-Turnvereinen und die Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge durch selbständige Lehrlingsheime. Beide Anträge ersuchte der Referent in Erwägung zu ziehen; die erste Aufgabe sei zwar an sich nicht Sache der Partei und die zweite Anregung sei zur Zeit schwer auszuführen, da die Mittel hierfür fehlten. Eine große Anzahl Anträge befaßt sich mit dem Agrarprogramm. Der Referent schlägt vor, eine fünfgliedrige Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Agitation und der Organisation in der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu befassen und dem nächsten deutschen Parteitag Bericht zu erstatten hat. Redner glaubt, daß nur der besitzlose Landarbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen ist und von den Bauern nur diejenigen, deren kleines und verschuldetes Viehthum in einer Industriegegend liegt und dessen Kinder in die Fabrik gehen. So ist es in Nordböhmen der Fall; dort ist der bäuerliche Charakter verfallen, und so erklären sich unsere Erfolge dort bei den Gemeinderatswahlen. In der Frage der Frauenorganisation vermahnt sich Redner gegen den Vorwurf, reaktionär und philiströs zu denken. Von seiner Seite wird die Notwendigkeit dieser Organisation bestritten. Nur ist es außerordentlich schwierig, daß die Frau eines Genossen mit dem Ranne zugleich für die Partei thätig ist. Auch haben sich eigene Frauenvereine nicht bewährt. Also keine separate Frauenbewegung!

Die Debatte befaßte sich hauptsächlich mit der Agrarfrage. Bedeutsam waren die Ausführungen des Bauern Filzer. Er sagte: Ueberall mache sich in der Sozialdemokratie das Verlangen bemerkbar, auch die Landarbeiter und Kleinbauern in die sozialdemokratische Bewegung hereinzuziehen. Dem stehen die größten Schwierigkeiten gegenüber. Auch die Genossen in Deutschland haben die Erfahrung gemacht, wie schwer es ist, vorwärts zu kommen. Fragen wir uns aufrichtig, wird es möglich sein, den Kleinbauern in die sozialdemokratische proletarische Bewegung hineinzuziehen? Nein, es ist nicht möglich. So lange der Bauer nicht ganz unter proletarischen Verhältnissen lebt, kann er nicht von proletarischem Massengeist erfüllt werden. Nur einzelne kommen zu uns herüber, die die geschichtliche Mission des Proletariats erkannt haben, die Masse der Kleinbauern als Klasse aber nicht. Anders steht es um den ländlichen Proletariat. Hier sind die Bedingungen für uns da. Wie aber an sie herankommen? Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Leute weit auseinander wohnen, selten zusammenkommen und in der Schulbildung tiefer stehen, wie der industrielle Proletariat. Gerade die intelligenten

Landarbeiter ziehen nach der Stadt. Die jungen Leute gewinnen durch den Militärdienst Geschmack am Stadtleben, sie lernen nach Dienstzeit noch ein Handwerk, werden Maurer oder Zimmerleute und lassen sich in den Kleinstädten mindestens in den Marktstädten nieder. Diese Leute sind am leichtesten in die Organisation hineinzubekommen. Was wir dazu thun können, ist, möglichst viel Versammlungen in den kleineren Orten abzuhalten, damit wenigstens der Geist ausgebreitet wird; hier und da bleibt er dann haften. Wir müssen offen vorgehen; wir müssen den Bauern sagen: die sozialdemokratische Partei kann Euch auf dem Boden des heutigen Klassenstaates nicht helfen; sie kann Euch nur beistehen gegen eure geistigen und politischen Bedrücker. Unsere Forderungen für das ländliche Proletariat müssen in erster Linie den Arbeiterschutz, Alters-, Kranken- und Invaliditätsversicherung betreffen. Der Achtstundentag spielt für das industrielle Proletariat eine große und wichtige Rolle. Auf dem Lande aber hat diese Idee selbst bei den Arbeitern keinen Anklang gefunden; sie halten ihn für eine Utopie, sie sind noch nicht reif für ihn. Wohl aber können wir die allgemeine Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit aufstellen. Eine gleichmäßige Arbeitszeit für alle Jahreszeiten läßt sich auf dem Lande überhaupt nicht durchführen. Im Sommer ist jezt der Arbeitstag ungemein lang, im Winter erreicht er meistens nicht 8 Stunden. Vor 100, 200 Jahren stand es noch besser damit. Es war Sitte, daß am Sonnabend die Stenche und Pflüge von Mittag feierten. Dazu die vielen kleinen Feiertage, die die liberale Aera abgeschafft hat, damit sie produktiv angewendet würden. (Heiterkeit.) Der Landbevölkerung müssen wir mit kleinen Agitations-Schriften und Kalendern kommen. Mit diesen Vätern da geht's nimmer auf. Diese Proschüren sollen sich zunächst nicht viel mit politischen Dingen befassen. Wir sollen in ganz einfacher Sprache die Leute über die Pflichten aufklären, in denen sie leben, und ihnen zeigen, wie alles so geworden ist, und anbeuten, wie es abzuändern wäre. Für die Kleinbauern kam die Sozialdemokratie höchstens eine Lehrerin sein. Redner streift kurz die Verhandlungen des Breslauer Parteitages über die Agrarfrage und findet, daß das Agrarprogramm dort mit vollem Rechte abgelehnt worden ist. Er verweilt bei dem Punkt 17 dieses Programms, der von der Erhaltung der gemeinsamen Wälder handelt. Sie dürften nicht erhalten, ihre Aufhebung müsse gefordert werden. Die Gemeinden in Tirol, die diesen Gemeinbesitz noch hätten, seien die am schlechtesten bewirtschafteten. Um so eifriger sei die ländliche Genossenschaftsbildung zu fördern. Ueberall müssen wir Licht und Klarheit schaffen, und wenn die Meritalen uns deshalb Schandbauern nennen, das macht uns nichts! (Bravo!)

Weiter beschäftigte sich die Debatte mit der Arbeiterinnenorganisation. Fräulein Glas und Frau Popp-Wien betonen die Notwendigkeit, die arbeitenden Frauen in die Gewerkschaften zu bringen. Die Besprechung endete mit der Annahme des Antrages über die Parteisteuer und die Einsetzung einer Agrarkommission. Die Wahl der Mitglieder dieser Kommission wird der Parteivertretung überwiesen, damit sie sich die geeigneten Kräfte sichert. Abgelehnt wurde ein Antrag Jeller, der den sozialdemokratischen Abgeordneten Sitz und Stimme auf dem Parteitage verleben wissen will. Aufgefordert wurden die Kreis- und Wahlkreis-Organisationen, besonders in der Provinz, den Vorkläffen der Frauenkonferenz Rechnung zu tragen. Außerdem wird die Parteivertretung noch mit der Ausarbeitung eines Kommunal-Programms für die Genossen in kleinen Gemeinden beauftragt. Die Anträge auf Gründung von Arbeiter-Turnvereinen und auf Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter wurden angenommen. Damit schließt die Vormittags-Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung sprach Dr. Adler an stelle Dr. Verlaufs, der sich zu den Reichsrats-Verhandlungen nach Wien hat begeben müssen, über den „Arbeiterschutz und die Heimarbeit“. Bei der großen Bedeutung, die die Regelung der Heimarbeit hat, dürfen wir, so sehr er aus, uns nicht einbilden, daß wir in der kurzen Zeit, die uns hierfür noch zur Verfügung steht, die Angelegenheit erschöpfend erledigen könnten. Unsere Forderung war in der Lage, über bestimmte Abschnitte des Arbeiterschutzes in allen Einzelheiten ausgearbeitete Gesetzentwürfe vorzulegen. Das können wir hierbei nicht. Dringend notwendig aber ist, daß wir es der Faktion und der Parteivertretung ans Herz legen, die Einzelarbeit zu verrichten, die für die verschiedenen und auch gesetzgeberisch gefordert zu behandelnden Formen der Heimarbeit erforderlich ist. Das wichtigste Moment für alles, was mit der Konfektion zusammenhängt, muß der gesetzgeberische Zwang gegen den einzelnen Unternehmer sein, für eigene Betriebswerkstätten zu sorgen, das heißt also in letzter Linie die Aufhebung der Heimarbeit. Befassen aber hat sich damit nicht nur die Gewerbegesetzgebung, notwendig ist auch eine Regelung auf dem Gebiete der Wohnungsgesetzgebung. (Sehr richtig.) Während wir dieses Ziel in voller Uebereinstimmung mit den Konfektionsarbeitern aufstellen und sagen können, daß es zu einem so populären Schlagwort in der Agitation werden muß, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, müssen wir sagen, daß es andere Formen der Heimarbeit, vor allem in der Textil-Industrie gibt, wo wir diese Forderung

nicht mit derselben Unmittelbarkeit schon jezt und für jezt aufstellen können. In der Textil-Industrie vollzieht sich ohne unser Zutun der Prozeß der Verjeitigung der Hausindustrie. Gesetzgeberisch können wir hier weiter nichts thun, als die Begleiterscheinungen dieses Prozesses etwas weniger qualvoll für die Betroffenen zu gestalten suchen. Ebenso liegt es bei der Porzellan- und Glasindustrie. Alle diese verschiedenen Formen der Heimarbeit müssen von der Faktion in Verbindung mit den Arbeitern der Hausindustrie studirt werden. Nur entsteht die Frage, kann nicht sofort etwas gefeiert und da wird die Ausdehnung der Inspektion auf die Hausarbeit gefordert. Geben wir uns über den Werth dieser Inspektion keiner Illusion hin. Sie mühte erst gründlich umgestaltet, vor allem müßten die Arbeiter hinzugezogen werden, ehe sie etwas taugt. Ohne dies ist sie ein leerer Buchstabe, besonders aber wäre sie das auf dem Gebiete der Heimarbeit. Verschiedene Anträge befaßen sich mit der Arbeiterversicherung. Vergessen wir nicht, daß unsere ganze Arbeiterversicherung einer gründlichen Umgestaltung bedarf. Auch in dieser Beziehung haben unsere Vertreter im Parlament die Einsetzung eines besonderen Ausschusses beauftragt, der die Umgestaltung des gesammten Versicherungswesens einschließlich der Reorganisation der Grubeläden, ihrer Eingliederung in die allgemeine Arbeiterversicherung vorbereiten soll. Verlangt wird weiter die Abschaffung des Arbeitsbuchs. Das ist eine ganz selbstverständliche Forderung, die kaum ausgesprochen zu werden brauchte und überweisen wir auch diesen Antrag der Faktion. Ein weiterer Antrag verlangt den Achtstundentag für die staatlichen Tabakfabriken und die gesundheits-schädlichen Betriebe. Ich glaube aber, daß der nächste Schritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sich nicht auf diese Dinge, sondern auf die Heimarbeit und das Kleingewerbe, das so gut wie jeden Arbeiterschutzes entbehrt, erstrecken wird. Ein weiterer Antrag will, daß wir aussprechen, wir hätten nichts gegen die Sonntagsruhe der kaufmännischen Angestellten, um dadurch den Christlich-Sozialen das Argument zu nehmen, daß sie der Arbeiter wegen gegen die volle Sonntagsruhe seien. Das ist einfach Heuchelei. Hinzufügen wollen wir nur, daß wir den Halbfeiertag am Sonnabend brauchen, um die Sonntagsruhe ernsthaft zu machen. Schließlich liegt der Antrag Höger vor, die Faktion aufzufordern, im Reichsrath einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitsministeriums zu stellen. Ich möchte nicht, daß wir die Faktion darauf festbinden. Wir können die Priorität dieses Gedankens für die Partei wahren, ohne uns von seiner Ausführung viel zu versprechen. Dem österreichischen Staat kommt es immer auf einen Kreuzer mehr Lohn für den Arbeiter, aber nie auf ein Minusgerüst an. (Heiterkeit.) In Oesterreich, wo nichts unmöglich ist, könnten wir mit der Ansetzung eines abigen Herrn als Arbeitsministerium als Konzeßion an uns überoffen werden. Wir müssen deshalb aussprechen, daß es sich uns nicht um den Titel handelt, sondern daß die Faktion ausführlich sagt, was sie mit einem Arbeitsministerium will. Redner schlägt vor, alle Anträge der Faktion zu überweisen und sie aufzufordern, ihre nächste Thätigkeit zu richten auf die Ausarbeitung eines Gesetzes für alle Branchen, die mit der Heimarbeit zu thun haben. (Bravo.)

Die Diskussion brachte verschiedene Anregungen und instructive Ausführungen über die Heimindustrie. Verlangt wurde von Augmeier-Leoben eine stärkere Agitation für den Achtstundentag. Hiermit soll sich der nächste allgemeine Parteitag befassen. Machitsch-Graz fordert, daß die Arbeiterschutzes von den ordentlichen Berichten und nicht von den politischen Behörden gehandhabt werde. Von anderer Seite wurden Schutznachregeln für die Landarbeiter, die Bauarbeiter und die Postbediensteten angeregt. Gegen die Eifenhüttenbesitzer, die das Erudysystem betreiben, wurden strenge Strafen gefordert.

Emilia-Wien stellt folgenden Antrag: „Zur Regelung der Heimarbeit und zur Ausarbeitung von Gesetzentwürfen in dieser Beziehung wird die Parteivertretung und die Faktion beauftragt, eine Konferenz aller Branchen der Heimarbeit einzuberufen, in denen diese Frage eingehend erörtert und Stellung dazu genommen werden soll. Die Kosten tragen alle dabei in betracht kommenden Faktoren.“ In seinem Schlussworte hob Dr. Adler hervor, daß die Debatte trotz ihrer Kürze beweisen hätte, welches Interesse die österreichischen Arbeiter an diesen Fragen nehmen. Bei uns erstunt nicht alles in Politik. Der Referent empfiehlt die Annahme aller Anträge und Resolutionen, und der Parteitag schließt sich diesem Vorschlage einstimmig an.

Kunzeher erstattet Popp-Wien sein Referat über die „Partei-Preße“. Aus den Berichten ist hervorzuheben, daß die „Arbeiter-Zeitung“ Auflagen bis zu 50 000 erlebt und an Stempelgebühren im verfloßenen Jahre 80 000 fl. gezahlt hat. Trotzdem ist der materielle Stand des Blattes noch immer nicht günstig. Das Geld, das uns, wie unsere Feinde sagen, die reichen Juden und Börsianer zahlen, ist noch immer nicht eingetroffen. (Heiterkeit.) Doch das Blatt wird weiter erscheinen, der Kampf durchgefodtet werden. Der Staatsanwalt versucht uns durch Konfiskationen lahmzulegen. Auch dies Beginnen ist vergeblich. Wie ungerecht diese

Das deutsche National-Parlament im Jahre 1848.

In diesen Tagen vor fünfzig Jahren war es, daß die seit dem 18. Mal in Frankfurt a. M. stehende deutsche Nationalversammlung, die den schönen Beruf hatte, in Deutschland die Freiheit und Einheit zu begründen, beschloß, daß die Verfassungen der Einzelstaaten, soweit sie mit dem zu schaffenden deutschen Verfassungswort nicht übereinstimmten, nur nach Maßgabe des letzteren gelten sollten. Das war so einer der beliebtesten Vermittelungsbeschlüsse des Paulskirchen-Parlaments. Von Preußen und Oesterreich waren nämlich die Landesparlamente genau zu der Zeit einberufen worden, wo auch die Frankfurter deutsche Nationalversammlung zu ihren grundlegenden Beratungen zusammentreten sollte, und die radikalere Linke der Paulskirche hatte beantragt, daß während der konstituierenden deutschen Nationalversammlung die Ständelamern und Einzellandtage ihre Beratungen aussetzen sollten. Das ging der Majorität der Pfaffenmenschen aber viel zu weit, und man begnügte sich mit dem obigen, der Befehl eines Zusammenstoßes mit den Einzelregierungen aus dem Wege gehenden Beschluß.

Diese matte, energielose Haltung war bezeichnend für die ganze fernere Thätigkeit der deutschen Nationalversammlung. Und wie hoffnungslos hatten die Millionen Deutscher beim Zustandekommen des ersten deutschen Parlaments nach Frankfurt geblickt! Die Vorgeschichte ist den Lesern ja aus den früheren Erinnerungsartikeln der 1848er Revolution bekannt. Unmittelbar, nachdem die Nachrichten von der Pariser Februar-Revolution den Sturm auch in Deutschland entfacht hatten, trat am 5. März eine kleine Versammlung angehehener liberaler und radikaler Männer in Heidelberg zusammen, um für die Gründung einer deutschen Volksvertretung thätig zu sein. Sie trafen ein Vorparlament ein, das am 30. März in Frankfurt zusammentrat und welches dann, nachdem es einige Tage berathen hatte, einen Fünfzig-Ausschuß mit der Aufgabe einsetzte, die Wahlen zum verfassunggebenden deutschen Parlament zu betreiben. Die Begeisterung war in jenen Frühlingstagen so mächtig in den deutschen Landen, daß die Regierungen vor der Wucht des Volksanpralles elend zusammenbrachen und die Wahlen ungehindert von statten gingen.

So war denn die Nationalversammlung, die Hoffnung Deutschlands, am 18. Mai in Frankfurt zusammentreten und hatte von der zum Parlamentsaal hergerichteten Paulskirche Besitz ergriffen. Mit Fahnen, Blodengeläut, Kanonendonner und festlichem Jubel war

die Versammlung eröffnet worden. Und in der That schien es, als lömte die Nation mit stolzer Hoffnung nach Frankfurt blicken, denn die glänzendsten Namen Deutschlands waren in der Paulskirche vertreten. Alles, was sich als Vorläufer des liberalen Gedankens hervorgethan, alles, was unter dem alten demagogischen Volkstheater gelitten hatte, alles, was in Schriftthum und Gelehrsamkeit in vorderster Reihe stand, war nach Frankfurt geeilt, um mitzuarbeiten an dem großen Werk. Da saßen sie beieinander auf den Bänken der Paulskirche, die Gervinus, Mathy, von Solron, Vosslermann, Jordan, Uhlend, Anastasius Grün, Raube, Fißer, Arndt, Jahn, Dahmann, Giedermann, Wittermaier, Kob. von Mohl, Bischof, Robert Blum, Karl Vogt, Ange, von Jystein, Ludwig Simon, Heinrich von Gagern und viele viele andere der deutschen Berühmtheiten. Wie sehr die Wissenschaft in Frankfurt dominierte, geht daraus hervor, daß unter den etwa 600 Abgeordneten allein weit über hundert Professoren deutscher Hochschulen saßen.

Leider haben dann die folgenden Monate gezeigt, daß es das Wissen und der gute Wille allein nicht thut. Die deutschen Professoren entzweheten gar zu sehr des Muthes und der Entschlossenheit, jener Eigenschaften, die ein Kämpfer fürs Recht besitzen muß, und die ganz unentbehrlich waren in der damaligen gährnden Zeit, wo das grundstürzende Neue den alten zähen Gewalten abgerungen werden sollte. Statt den unentwärtbar geschätzten Anoten der reaktionären Mächte und Gelehrten zu durchhauen, qualte man sich mit den gelehrtesten staatsrechtlichen Theorien und Systemen. Man suchte das Unmögliche möglich zu machen: die Rolle des auf dem Boden der Revolution stehenden souveränen Gesetzgebers wollte man wohl spielen; aber dies sollte in einer Weise geschehen, daß die Regierungen damit einverstanden sein und an dem Volkstrachten ihre Freude haben sollten. Das war ein Widerspruch in sich selbst und makte zu einer schiefen Stellung des Parlaments einerseits den Regierungen und andererseits dem Volke gegenüber führen. Die Mehrheit der Versammlung schenkte sich, die Konsequenzen aus der Thatsache zu ziehen, daß das ganze Parlament nur durch eine siegreiche Revolution in die Paulskirche gestellt worden war, sie war zu zaghaft, die Revolution fortzusetzen, sich entschieden auf die Seite des Volkes zu stellen und die Macht der reaktionären Mächte zu brechen.

Diese Scheu, klare Verhältnisse zu schaffen, trat gleich bei den Verhandlungen über den ersten wichtigen Gegenstand, der die Versammlung beschäftigte, zu tage. Dieser Gegenstand war die Einsetzung einer Zentralgewalt für Deutschland, welche Frage anfangs Juni auf die Tagesordnung kam. Die Zentralgewalt

solle die deutsche Einheit repräsentiren, das Reich nach außen vertreten und die Beschlüsse der Versammlung ausführen. Das war ja ein ganz richtiger Gedanke. Aber bei der Ausführung playten sofort die in der Versammlung vereinigten Gegenstände scharf aufeinander. Die Konservativen meinten, daß die ausübende Macht nach wie vor bei den Regierungen stehe, daß diese die Zentralgewalt unter sich zu vereinbaren hätten und daß das Paulskirchen-Parlament den Regierungen nur als beratendes Organ dienen könne. Die an Zahl geringen Volksvertreter, die den revolutionären Charakter des Parlaments betonten, verlangten dagegen, daß die Zentralgewalt aus der Mitte der Versammlung ein Exekutivkomitee gewählt werden sollte, das dem Parlament gegenüber verantwortlich wäre. Das große Heer der liberalen Unentschlossenen stand dazwischen und wußte nicht, ob recht ob links.

Am 3. Juni war zur Prüfung der Frage ein Ausschuß eingesezt worden, und am 19. begannen die Debatten über die Zentralgewalt, die sich zu einer achtstägigen Redeschlacht ausweiteten und in der die berühmtesten Redner des Parlaments und die Arena traten. Der eingesezte Ausschuß schlug durch Professor Dahmann, einen der Göttinger Sieben, vor, daß die deutschen Regierungen drei Männer bezeichnen sollten, die nach Zustimmung des Parlaments als Bundesdirektorium zu ernennen wären. Es war dies das Projekt der jogen „Duselei“, denn man dachte bei den drei Männern an drei bestimmte Prinzen, von denen der erste der Onkel des Kaisers von Oesterreich, der zweite der Onkel des Königs von Preußen und endlich der dritte der Onkel des bayerischen Königs war.

Zahlreiche andere Anträge lagen zu diesem Gegenstande vor. Die Rechte wollte, wie schon erwähnt, nicht einmal die Zustimmung des Parlaments zu der von den Regierungen getroffenen Wahl. Der Abgeordnete Braun aus Köslin forderte kurz und bündig, daß die Regierungsgewalt vorläufig der Krone Preußen übertragen werde. Allerdings überschätzte ihn ein homerisches Geschlecht der Versammlung, in das derselbe einstimmen mußte. Aber warum lachte die Versammlung den guten Pommern aus? Ein Jahr später wurde von demselben Parlament dem König von Preußen die erbliche Kaiserwürde angeboten und — von diesem ausgeschlagen.

Am andern Tage begründete Robert Blum aus Leipzig den Antrag der Minderheit, wonach die Versammlung selbständig einen Vollziehungsausschuß zu wählen hatte, der Deutschland vertreten, die Beschlüsse des Parlaments ausführen sollte und vom Parlament eventuell aufgelöst und durch einen andern ersetzt werden konnte. Blum hielt eine hinreißende Rede, woch die beste seiner politischen Laufbahn. U. a. sagte er:

Konfessionen sind, geht daraus hervor, daß erst kürzlich vom Gericht wieder eine Konfession aufgehoben wurde. Wir haben weiter den Kampf mit den Zeitungsverlegern und Traktanten. Diese wollen, weil Aussicht vorhanden ist, daß der Zeitungsjempel fällt, ihren Anteil am Preise auf 25 pCt. erhöhen. Dagegen haben wir uns zur Wehr gesetzt. Die Provinzpresse hat im letzten Jahre einen großen Aufschwung genommen, es geht überall weiter. Doch sind auch unbedachtame Blättergründungen zu verzeichnen. In Wien ist ein Blatt für die Kleingewerbenden gegründet worden, das nicht als Partei-Organ angesehen werden kann.

Nach einer kurzen Abendpause ging aus der Diskussion folgendes als Beschluß hervor:

Zur Kontrolle der Geschäftsabwicklung der in Wien erscheinenden Parteiblätter soll eine Kontrollkommission gewählt werden, deren Zusammenfassung der Wiener Lokalorganisation überlassen bleibt.

Über alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteiverwaltung nach vorher erzielter Übereinstimmung mit der Wiener Lokalorganisation. Ausnahmen sind nur bei ausnahmsweise zu Beschäftigten gestattet, wenn die Aushilfe nicht länger als 6 Wochen dauert.

Neue Parteiblätter dürfen nur gegründet werden, wenn die Wahlkreisorganisation und die Parteiverwaltung zustimmen.

Die Entscheidung, ob das Blatt „Der Kleingewerbende“ als Parteiorgan anzuerkennen ist, wird dem niederösterreichischen Landesauschuß überwiesen. Die übrigen Beschlüsse sind unwesentlicher Natur.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die „Allgemeinen Parteiangelegenheiten“. Es befinden sich darunter Anträge der verschiedenen Natur. Angenommen wird der Antrag, die Parteiverwaltung zu beauftragen, im ganzen Reiches Volksversammlungen einzuberufen, die sich mit der Abänderung der Lebensmittel zu befassen haben. Der Fraktion werden die Anträge überwiesen, betr. die zweijährige Dienstzeit und die Entschädigung der zur Waffenausbildung Eingezogenen.

Der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs soll in zwei Jahren in Graz abgehalten werden.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages beendet.

Nach einem kräftigen Schlusssprache Popp's, der einen Rückblick auf die vierjährige harte Arbeit wirft und den Einzel Genossen für ihre opferwillige Liebenswürdigkeit dankt, schließt der Parteitag mit einem dreifachen begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Die Delegierten erheben sich von den Sitzen und singen stehend den ersten Vers des Liedes der Arbeit.

Schluß 11 1/2 Uhr.

Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Erfurt, 2. Juni 1898.

Die Beratung über Statutenänderungen wird fortgesetzt. Zum Stellenvermittlungsgesetz kommt nach längerer Debatte folgender Antrag zur Annahme: „Die im Stellenvermittlungswesen entscheidenden persönlichen Kosten sind aus der Zentralkasse zu decken. Ueber die Höhe des zu bewilligenden Betrages hat der Zentralvorstand zu entscheiden.“

Ein Antrag der Verwaltungsstelle Leipzig, der bezweckt, daß Arbeitsangebote nach außerhalb nur bei triftigen Gründen abgewiesen werden dürfen, findet einstimmige Annahme. Ferner wird ein Antrag aus Leipzig angenommen, der fordert, daß „Konditionen, wo noch Kost und Logis beim Prinzipal ist, durch das Verwaltungswesen der Bildhauerorganisation nicht vermittelt werden.“ Begründet wird dies damit, daß in solchen Fällen die Arbeitsbedingungen fast ausnahmslos überaus traurig sind, so daß einem Kollegen die Annahme einer solchen Offerte wohl schwerlich zuzumuten werden kann.

Bezüglich der Wahl des Zentralvorstandes wird beschlossen, daß der erste Kassierer, der Vorsitzende, sowie der Hauptverwalter von der Generalversammlung zu wählen sind. Bisher geschah dies von der Verwaltungsstelle, welche ihren Sitz am Orte des Zentralvorstandes hatte. Die Diätenfrage wird dadurch erledigt, daß, wie bisher, den Delegierten pro Tag 10 Mark exklusive Reisekosten bewilligt werden. Die Remuneration des Zentralvorstandes wird von 1500 Mark auf 1600 Mark pro Jahr erhöht, dem Hauptverwalter ein Wohnungsgeldzuschuß von 200 Mark gewährt.

Neunter Kongreß der Deutschen Steinarbeiter.

Würzburg, den 2. Juni 1898.

Bei den heutigen Schlussverhandlungen des Kongresses wurden hauptsächlich innere Organisationsfragen behandelt.

Der Sitz der Kontrollkommission für die Geschäftsabwicklung wurde nach Pirna und Dresden verlegt und in die Kontrollkommission Denuert, Fickel und Diebig gewählt. Dieselbe hat einmal mindestens eine Jahresrevision bei der Geschäftsabwicklung in Berlin vorzunehmen und alle Beschlüsse zu prüfen und zu erledigen. Als Statistiker wurde mit einer Jahresentschädigung von 100 M. Hirtmann wieder gewählt und erhält derselbe Sitz und Stimme im Zentralauschuß. Die Gründung einer Kranken-Zusatzkasse wird mit 19 gegen 12 Stimmen abgelehnt. In der Tariffrage wird beschlossen, in Dresden eine Kommission zu wählen, die einen einheitlichen Tarif für Deutschland betreffend die Gliederrechnung vorzuschlagen soll.

„Wenn die Regierungen das sind, was vielfach behauptet wird, gutwillig in bezug auf die Ausführung und bereit, Opfer zu bringen zum Besten des Ganzen, so ist die Einrichtung des Vollziehungsausschusses so einfach, daß es keine Schwierigkeit gibt. Wenn sie aber nicht gutwillig sind, dann soll der Vollziehungsausschuß die Bedürfnisse der Zeit über die Regierungen stellen, dann soll er ihnen entgegenzutreten, dann soll er die Nation nicht den Sonderinteressen aussetzen, sondern vielmehr die Widerstrebenden, gerade heraus gesagt, zermalmen. Wäre ein solcher Fall denkbar, ich hoffe er ist es nicht, dann wäre es allerdings eine sonderbare Einrichtung, daß wir denen die Vollziehungsgewalt in die Hand geben, gegen die sie handeln soll und handeln muß... Sie sind berufen durch die Allmacht des Volkes und Sie sind nur Ihrem Mandate treu, so lange Sie diese Allmacht wahrten. Sie dürfen nicht verhandeln. Sie müssen eher Ihr Mandat niederlegen, als sich von der Aufgabe entfernen, die Ihnen geworden ist.“

Wum erntete stürmischen Beifall im Saal und auf den Gallerien. Aber am folgenden Tage kamen doch wieder die Bedenken und Gegenverschlüsse. Noch tagelang beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Zentralgewalt. Von morgens bis abends fürzte die Redeleihe dahin, ohne daß auch nur ein Ende abzusehen war. Inzwischen spielten aber die Fäden zwischen dem immer noch in Frankfurt sitzenden alten Bundesrat und den verschiedenen Regierungen. Man hielt es wohl noch nicht an der Zeit, die Nationalversammlung durch gänzliche Unterordnung unter den Willen der Regierungen in den Augen des Volkes herabzusetzen, weil sich die Reaktion noch nicht hinreichend erholt hatte, um hervorn den gebildeten Gebrauch zu machen. Kurzum, am sechsten Tage der Debatte erhob sich der Präsident der Versammlung, Heinrich v. Gagern, ein „liberaler“ Mann, der aber immer auf gute Beziehungen zu den Regierungen gehalten hatte und auch während der Märztage heftiger Minister geworden war. Er hielt eine zur Verhöhnung gelangte Rede und sagte unter anderem:

„Ich thue einen lächerlichen Griff und sage Ihnen, wir müssen die provisorische Zentralgewalt selbst schaffen. Wollen wir der Reichheit nach Gehen, so ist ein hochstehender Mann gefunden, der sich der höchsten Stelle werth gezeigt hat. Es giebt keinen Privatmann, der unter solchen Umständen das Amt übernehmen könnte. Es wird auch keine Aufhebung des Prinzips der Souveränität der Nation darin gefunden werden können, wenn etwa meine Meinung, wie sie es wirklich ist, die sein sollte, daß die hochstehende Person ein Fürst sein müsse. Was auch die Linie einräumen kann, nicht weil, sondern obgleich es ein Fürst ist.“

Damit war der große Wurf gelungen. Gagern hatte, und wie angedeutet, wahrscheinlich im vorherigen Einverständnis mit einigen

Nach Erledigung des Punktes Verschiedenes wird der Kongreß Donnerstag Vormittag mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung vom Vorsitzenden Denuert geschlossen.

Die erste Internationale Konferenz der Steinarbeiter.

trat am Donnerstag Mittag in Würzburg zusammen. Anwesend sind Vertreter aus Norwegen, Schweden, Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Berichte wurden eingelesen aus: Belgien, Frankreich, Ungarn und Holland. Ungünstig wurde die Besichtigung der Konferenz beeinflusst durch den Umstand, daß zugleich Steinarbeiter-Kongresse in Belgien und Oesterreich tagten.

Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1. Bericht-erstattung über die Lage der Steinarbeiter und den Stand der Organisationen der einzelnen Länder. 2. Wie ist es möglich, die Organisationen der einzelnen Länder in gleicher Weise auszubauen? 3. Verständigung betreffs moralischer und finanzieller Unterstützung bei Lohnkämpfen. 4. Wahl eines internationalen Agitationskomitees.

Es wird von der Konferenz beschlossen, das reiche Material aus den Berichten der Delegierten in einem Kongreßprotokoll drucken zu lassen. Zu Punkt 2 wird eine Resolution angenommen, die den Steinarbeitern aller Länder die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, desgleichen die Beseitigung der Akkordarbeit zur Pflicht macht. Die Organisationen sind in allen Ländern für die Steinarbeiter im Sinne der modernen Arbeiterbewegung auszubauen. Zu Punkt 3 gelangt eine Resolution zur Annahme, welche die gegenseitige Hilfeleistung der Steinarbeiter bei Streiks durch materielle Hilfe und Fernhaltung arbeitswilliger Elemente auspricht. Die Konferenz beschloß die Einsetzung eines internationalen Agitationskomitees, welches in Berlin gewählt wird und mit den Korrespondenten der übrigen Länder in stetem Verkehr bleibt bis zur nächsten Konferenz. Die finanziellen Erfordernisse sollen prozentual von den beteiligten Ländern halbjährlich gedeckt werden. Um 8 Uhr abends erfolgte Schluß der Verhandlungen.

Der evangelisch-soziale Kongreß.

brachte in seiner am Freitag abgehaltenen letzten Sitzung etwas recht interessantes und originelles: Die Ergebnisse einer Enquete, die der Pfarrer Dr. Kade in Frankfurt a. M. über die religiöse und sittliche Gedankenwelt der deutschen Industrie-Arbeiter veranstaltet hat. Er hat im Frühjahr dieses Jahres an Industrie-Arbeiter aller Richtungen, jedoch mit Bevorzugung der sozialdemokratischen, Fragebogen versandt, in denen die in dieser Weise auf Herz und Nieren geprüften Gutachter gefragt wurden, wie sie urtheilen über die Kirche und die Geisteswelt, den Werth der Predigt, die kirchliche Zelle, die Taufe, die Konfirmation, die Trauung, das kirchliche Begräbniß, die Bibel, Christenthum, Luther und die Reformation, Gott, die Welterschöpfung und die Wunder, den Tod und das Leben nach dem Tode, die Ehe und das Familienleben, die christliche Wohltätigkeit und endlich über die Frage, wie ein klüchtiger Mensch beschaffen sein und welche Eigenschaften er besitzen müsse. — Bevor der Redner auf das sehr beachtenswerthe Material einging, das in dieser Weise zusammengekommen ist, behandelte er einige andere „menschliche Dokumente“, Briefe an Freunde und literarische Versuche, aus denen die Entwicklung religiöser und tief sittlich denkender jungen Leute zum Sozialismus hervorgeht. Jedoch ist weder die in diesen Papieren geäußerte Art des Denkens, noch die Art und Ausführlichkeit, in der ihre Geistesentwicklung von den Leuten zu Papier gebracht wird, für die Industrie-Arbeiter irgendwo typisch. Durchschnittsarbeiter schreiben dem Freunde daheim nicht viele Bogen lange Abhandlungen über die allmähliche Abkehr von Kirche-Christenthum und das langsame, stammende Erkennen des wirklichen diesseitigen Lebens. Durchschnittsarbeiter dichten auch nicht, noch neben der Maschine stehend, wunderbare Märchen über die Nächstenliebe, und was sonst des Menschen Brust erhebt. Die so etwas thun, das sind geborene Dichter und Philosophen, die in keiner Weise als Vertreter der Gedankenwelt der Industrie-Arbeiter betrachtet werden können.

Einen viel höheren Werth für massenpsychologische Beobachtungen mag das erwähnte Fragebogenmaterial besitzen, obgleich zu beachten ist, daß man auch hier keine wirkliche Stichprobe auf das Durchschnittsdenken der Industrie-Arbeiter vor sich hat, da die in religiöser Beziehung ganz Indifferenten — und die bilden unserer Beobachtung nach wenigstens in der Großstadtbewohner die Mehrzahl — einen derartigen Fragebogen kaum beantworten würden. Aber auch abgesehen von den ganz Gleichgültigen, ist das, was hier zusammengelommen ist, fast ganz allgemein schon so unfruchtbar, daß die frommen „positiven“ Herren Schwarzröde dem Pastor Kade für diese Entfaltungen an dem Denken der Arbeiterwelt nicht gerade sehr dankbar sein werden.

Wir wollen nur einige Proben aus den mitgetheilten Antworten geben. Sehr unglücklich wird in der Regel über die Taufe geurtheilt, indem es heißt, daß durch dieselbe jemand für eine Religion verpflichtet werde, obgleich man nicht wisse, ob er sie später Regierungen, den für die Versammlung angenehm zu wandelnden Mittelweg gezeigt. Man wählte als souveräne Versammlung eigenmächtig einen Reichsverweser; aber man wählte eine Person, deren Wahl die Regierungen vorher im Geheimen genehmigt hatten, nämlich den Oheim des Kaisers von Oesterreich, den Erzherzog Johann von Oesterreich, der infolge gewisser bürgerlicher Älären eine ziemlich Popularität in Deutschland genos. Am 11. Juli traf der Erzherzog in Frankfurt ein und übernahm am 12. mit großer Feierlichkeit sein Amt.

Die Vertretung eines großen Volkes, das soeben eine siegreiche Revolution gemacht, hatte es für nöthig befunden, dem Volke wieder einen Fürsten an die Spitze zu stellen!

Und diese Einsetzung eines Reichsverwesers aus wenigstens formell eigener Machtvollkommenheit war noch die größte der Thaten des Frankfurter Parlaments. Es folgten die sich monatelang hinschleppenden Beratungen über die Grundrechte des deutschen Volkes und die zu schaffende Reichsverfassung.

Im Frühling 1849, als die Verfassung fertig war, wählte die Nationalversammlung Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser. Dieser lehnte die Wahl ab, erst mit Vorbehalt und dann definitiv. Dann protzote er die Nationalversammlung aufs äußerste, und als darauf in den süddeutschen Staaten neue revolutionäre Künhen ausbrachen, wurden zuerst die preussischen, dann die Abgeordneten anderer Bundesstaaten abgerufen. Als endlich in der Frankfurter Gegend in auffälliger Weise Militär zusammengezogen wurde, verlegte die übrig geliebten Abgeordneten ihre Sitzungen nach Stuttgart, dort das sogenannte Rumpfparlament bildend. Am 18. Juni 1849 wurde der Rest der treu gebliebenen Volksvertreter durch Militär zerstreut. Sie transit gloria mundi! Dies war das trübselige Ende der ersten deutschen Volksvertretung, deren Zusammentritt jetzt vor fünfzig Jahren in ganz Deutschland mit so freudigen Hoffnungen begrüßt worden war.

Die Männer der Paulskirche waren nicht ohne tragische Schuld. Sie hätten handeln müssen, als sich das Volk der revolutionären Kraft noch bewußt und die Reaktion noch nicht zu neuem Leben erstarbt war. Eine deutsche Republik hätten sie freilich nicht schaffen können, weil das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht republikanisch gesinnt war. Aber eine vernünftige gemeinsame Verfassung mit Sicherung der bürgerlichen Freiheiten, die wäre zu erreichen gewesen, der hätten sich die Regierungen in den Monaten nach der Revolution gefügt.

Daß sie statt zu handeln nur geredet hat, das ist die große Schuld der Nationalversammlung. Ihr Schicksal ist aber auch die große Lehre, die sie der Nachwelt hinterlassen hat. M. P.

glauben werde. Die salbungsvollen Begründungen werden von einem für oft an groben Unfug grenzend erklärt, über die man sich fast immer ärgern müsse und von denen niemand getrübt werde. — Christus wird in den meisten Antworten als ein seine Zeit überragender edler Mensch betrachtet, der heute Sozialdemokrat sein und den die heutigen Geistlichen als Revolutionär verfolgen würden. Ein Wigbold schreibt nicht übel: „Herr von Stumm würde die Kugel zu seiner Kreuzigung unentgeltlich liefern.“ Bei unglücklichem Familienleben, heißt es, helfe sein Predigen. Kürzere Arbeitszeit und höherer Lohn sei nöthig; denn die Noth und die Ueberarbeit bringe den Unfrieden in die Familien. Fast übereinstimmend geht aus den Antworten hervor, daß die Arbeiter bezüglich der Schöpfungsgeschichte die materialistisch-naturwissenschaftliche Anschauung vertreten.

Der Redner selbst fand die religiös-erbische Gedankenwelt der Industrie-Arbeiter einheitlich und klar. Während sie ihr ungebildetes Bildungsstreben, ihre strengen sittlichen Anschauungen über Gerechtigkeit und Nächstenliebe. Für die heutige Kirche seien die Arbeiter allerdings verloren. Aber eine Kirche, die ihre unhaltbar gewordenen Dogmen preisgibt, insbesondere den Wortlaut der Schöpfungsgeschichte, und der Wissenschaft überläßt, was der Wissenschaft sei, die nur Religion der Nächstenliebe sein wolle, die könne auch in der Arbeiterbevölkerung noch Erfolge haben. Die „sozialen Pastoren“ hätten in der Beziehung schon gut gewirkt, und die Verantwortung derer sei sehr groß, die diese Brücke, welche die Industrie-Arbeiter noch mit der Kirche verbinde, abbrechen sich bemühen. Wenn die Kapitalisten ihre Pastoren hätten, wie es der Fall sei, dann müßten auch die Arbeiter ihre Pastoren haben.

Sehr lebhafter Beifall lohnte dem Redner und zeigte, daß es auf dem Kongreß eine ganze Menge Leute giebt, die nicht unbedingt Beifall auf bibelhaftes Kirchen-Christenthum legen. Beifällig war auch manche der Arbeiter-Antworten aufgenommen worden, so unter anderem eine Anzählung des Oberkirchenraths. Der Vorsitzende, Landes-Oekonomierath Kobbé, nahm daraus Veranlassung, dem Kongreß einen feierlichen Rüssel zu ertheilen und zu erklären, daß er Angriffe auf die oberste Kirchenbehörde nicht dulde. Von den Diskussionsrednern kam der Theologie-Professor Farnad ebenfalls zu dem Schluß, daß die Kirche nicht auf den unhaltbaren Dogmen bestehen dürfe, während einige Pastoren durch allerlei Duhpredigten die Versammlung in greulicher Weise langweilten.

Kommunales.

Der Ausschuh der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage betreffend den Abschluß von Straßenbahnverträgen mit der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske, dem Konsortium der südlichen Vorortbahn, der Aktiengesellschaft „Kommunale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Nürnberg“ und dem „Berliner Straßenbahn-Konsortium“, hat unter Vorsitz des Stadtverordneten Reimann und in Anwesenheit des Bürgermeisters Kirchner, des Stadtbauraths Krause, des Stadthandels-Reubring und des Magistratsassessors Alberti gestern Abend in zwei Sitzungen einstimmig beschlossen, der Versammlung die Annahme aller fünf Vertragsskizzen mit einigen unwesentlichen Abänderungen zu empfehlen.

Lokales.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises werden ersucht, sich am Sonntag früh 7 1/2 Uhr zur Flugblattvertheilung an einer der folgenden Stellen zahlreich einzufinden: Mörchel, Jägerstr. 35; Sommer, Grünstr. 21; Siodlisch, Holzgartenstraße 5; Glane, Krausenstr. 18; Vogt, Charlottenstr. 60; Schmidt, Hensburgerstr. 24.

Die Parteigenossen des vierten Reichstags-Wahlkreises werden darauf hingewiesen, daß am Sonntag ein Flugblatt im Kreise vertheilt werden soll. Jeder Genosse hat die Pflicht, bei dieser Arbeit mitzuwirken und sich pünktlich 7 1/2 Uhr an einer der bekannten Stellen einzufinden. Der Vertrauensmann.

Fünfter Wahlkreis. Die Genossen werden ersucht, morgen Sonntag, früh 7 Uhr, zur Flugblatt-Verbreitung an folgenden Stellen pünktlich zu erscheinen: Greifswalderstr. 3 bei Eichhorn, Mendelssohnstr. 16 bei Ruhnow, Hirtenstr. 10 bei Knösch, Al. Hamburgerstr. 27 bei Wischow, Louisestr. 5 bei Schmidt. Das Wahlkomitee.

An die Mitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis! Parteigenossen! Nur noch kurze Zeit trennt uns vom Tage der Entscheidung im Wahlkampf. Ihr Wiß, welche Bedeutung dieser Tag hat, was auf dem Spiele steht. Daher alle Kräfte angespannt! Es gilt, den Gegnern klar zu machen, daß es für sie in unserem Wahlkreis kein Domizil mehr giebt. Wir müssen ihnen beweisen, daß es für sie überhaupt zwecklos ist, eigene Kandidaten aufzustellen; das können wir aber nur dadurch, daß wir bis zum Tage der Wahl schlacht unermüdet agitierten. Morgen, Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, findet im Kreise eine Flugblatt-Vertheilung statt. Soll die Vertheilung präzis und schnell vor sich gehen, so muß jeder seine Pflicht erfüllen. Wer dies nicht thut, begeht einen Verstoß gegen die Partei und die Organisation. Also auf zur Arbeit, stelle sich jeder einzelne an folgenden Stellen der Partei zur Verfügung: R. Augustin, Kastanien-Allee 11, Schmidt, Treßdorf und Liebenhofenerstrassen-Ecke, Schönfeld, Hehrbellinerstraße 9, Rosin, Myppiner- und Schönhofenstrassen-Ecke, Poppe, Adersstraße 145, Wachgänger, Zwineminderstr. 96, Hermann, Suttwilerstr. 45, Brinmann, Pringen-Allee 21, Schulze, Schwarzloppstr. 11, Franz Kleinert, Wälderstr. 7a, Johann Pfarr, Püttlingerstr. 10 (Moabit). Der Vorstand.

Sommerurlaub für Handlungsgehilfen. In der Juni-Kammer des Vereinsblatts des „Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsvereins für weibliche Angestellte“ werden jetzt endlich einige Angaben gemacht, aus denen sich zwar nicht ergeben läßt, in welchem Umfange überhaupt in Berlin den Handlungsgehilfen Sommerurlaub mit Gehalt gewährt wird, die aber immerhin einen Keimen Beitrag zur Beurtheilung dieser Frage bilden können. Dem Vereinsvorstande ist auf seine Bitte, ihm mitzutheilen, ob und auf wie lange Sommerurlaub mit Gehalt bewilligt worden ist, von „einer Reihe von Mitgliedern“ Antwort geworden, während angeblich „zahlreiche“ Mitglieder, die ebenfalls einen Urlaub erhalten hatten, nicht antworteten. Ueber die Zahl der Gehilfen, von deren Urlaubung der Vereinsvorstand auf diese Weise Kenntnis erhalten hat, wird jedoch immer noch nichts angegeben. Es wird nur gesagt, „von Angestellten bei 100 Firmen“ sei geantwortet worden, daß sie Urlaub mit Gehalt, in einzelnen Fällen außerdem noch mit Reisebeihilfe, erhalten haben. Von drei weiteren Firmen sei bekannt geworden, daß sie Urlaub, aber kein Gehalt gewährt haben. — Wir möchten aus diesen Zahlen nicht den Schluß ziehen, daß der Sommerurlaub für Handlungsgehilfen in Berlin eine häufige Erscheinung sei. Der „Hilfsverein“ hat jetzt über 1000 Mitglieder, und ihm ist trotzdem nur über 100 Firmen berichtet worden, die diese durchaus billige Forderung erfüllt haben. Die Urlaubsbewilligung kann, auch unter Fortbezug des Gehalts, keineswegs als eine übergroße Gunst gelten. Es werden ja deshalb keine Ausfühlskräfte eingestellt, sondern die Arbeit wird von den übrigen Angestellten mitgeteilt. Charakteristisch ist übrigens, daß in dem Rundschreiben, durch das der Verein die Geschäftsinhaber um Urlaub für seine Mitglieder bittet, ausdrücklich hervorgehoben wird, daß durch Nachweis billiger und geeigneter Erholungshätten Vorzüge getroffen sei, den Angestellten „eine zweckentsprechende Ausnutzung ihres Urlaubs zu ermöglichen“. Die Sorge der Chefs, daß ihre Angestellten, männliche und weibliche, durch ein vermeintliches Uebermaß von freier Zeit in Versuchung geführt werden und an ihrer Sittlichkeit Schaden leiden könnten, hat bekanntlich in allen Verhandlungen über Sonntagsruhe, Achttuhr-Ladenstluß u. s. w. eine große Rolle gespielt. Ähnliche Befürchtungen scheint auch der

Vereinsvorstand zu haben; denn die erwähnte Nummer des Vereinsblätters bringt zugleich ein Festschreiben aus der Feder der zweiten Vorsitzenden Frau Schulrat Frau, das das Leben der Handlungsgeschäftsmänner in Seebad als recht fröhlich schildert und in die Richtung auslässt: „Gabe den Mut, einfach zu leben!“

Auf die Wahlen zum Gewerbegericht, welche am 22. September d. J. stattfinden, macht eine amtliche Bekanntmachung an den Aufschlaglisten aufmerksam. Die zur Teilnahme an den Wahlen berechtigten Personen haben sich in der Zeit vom 17. bis 30. Juni anzumelden. Das Wahltableau sowie die näheren Mitteilungen über Wahlberechtigung etc. werden wir in einer der nächsten Nummern bekannt geben.

Wie die Polizeijensur den Feiertag heiligt. Wunderbare Grundzüge müssen es gewesen sein, nach denen die Zensurbehörde das ihr in der Verordnungsverordnung aufgetragene Amt der Feiertagsheiligung am ersten Feiertage ausgeübt hat. In diesem Tage waren bekanntlich gemäß dem § 12 Abs. 2 der Verordnung vom 19. März 1898 verboten, „Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen, theatralische Vorstellungen und alle Aufführungen, falls nicht der erste Charakter gewahrt ist“. Dieser Begriff ist nun an verschiedenen Stellen sehr verschieden ausgelegt worden. In einem Programm aus der Flora z. B., das vor uns liegt, finden sich für das Frühkonzert vom Sonntag folgende „Musikstücke ersten Charakters“ angekündigt: Die Gavotte „Heimliche Liebe“, ein Salonstück „Das erste Herzklopfen“ und ähnliche Vorträge, die von einer anerkannterwürdigen milden Auslegung der erwähnten Bestimmungen Kunde geben.

Kürzere hat die Zensur den Notstift schon an einem Programm arbeiten lassen, das unter Mitwirkung eines Arbeiter-Gesangsvereins in einem Brauereilokal aufgeführt werden sollte. Während eine Polka-Mazurka und ein komisches Polpourri als Musikstücke mit erstem Charakter betrachtet wurden und vor dem polizeilichen Kunstrichter Gnade fanden, wurde das von Arbeiter-Medertafeln viel gesungene und sowohl der Melodie wie dem Text nach hochernste Lied „Der Menschheit Erwachen“ vom Zensur gefürchteten. Nach Grundrissen, die nicht minder unerschrocken sind, hat der polizeiliche Notstift in einem Konzertprogramm, welches die „Typographia“ aufführen wollte, gewirkt. Es mußte ein Solostück „Liebestraum“ ausgemerzt werden, ferner die Ouverture zu „Stradella“, sowie auch eine Phantasie „Weberdecciana“. Ist dies schon schlimm, so muß es noch mehr auffallen, daß der Vortrag des Liedes „Vineta“ von J. Sailer verboten wurde, ein Lied, das einen trübseligen Vorgang zur Unterlage hat und dessen drei Strophen mit den Worten des satirischen Kirchenliedes: „Salvo Regina!“ („Sei gegrüßt, o Himmel's Königin“) schließen.

Der Polizeipräsident sollte es sich überlegen, ob es nicht angebrachter wäre, an geeigneter Stelle die Befreiung einer Bestimmung zu beantragen, deren Anwendung zu so auffälligen Inkonsequenzen führt.

Der Mechaniker Paul Koschmann, der die ihm wegen des geplanten Höllemaschinen-Attentats auf den Polizei-Oberst Krause auferlegte Inhaftungsstrafe in der Strafanstalt Sonnenburg verbüßt, behauptet noch immer seine Unschuld. Erst neuerdings ist wieder von ihm ein langer Brief aus dem Zuchthaus an den Verteidiger Rechtsanwalt Schöps gelangt, in welchem dieser unter Verweisung umfangreichen Informationsmaterials die dringende Bitte ausdrückt, alles daran zu setzen, um das Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen und gegen den Hauptbelastungszeugen Weide sowie andere Personen ein Strafverfahren wegen Meineids in die Wege zu leiten. Der Brief schließt mit den Worten: „In die Lage eines unschuldigen Verurteilten kann sich nicht leicht jemand versetzen; mich hält nur das gute Gewissen noch aufrecht.“ Hierzu ist zu bemerken, daß ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens sowohl vom Landgericht als vom Kammergericht abgelehnt und auch die von Koschmann gegen Weide erstattete Meineidsanzeige zurückgewiesen worden ist. Rechtsanwalt Dr. Schöps hat die Absicht, demnächst an der Hand des umfangreichen in seinem Besitz befindlichen Materials über den Prozeß Koschmann eine Broschüre zu veröffentlichen.

Der Plan für die künftige Fahr- und Fachschule in Berlin ist jetzt von der dafür eingesetzten Subkommission festgelegt worden. Die Schule hat demnach laut „Führerhandb.“ den Zweck, jungen Leuten praktischen und theoretischen Unterricht im gewerblichen Führerwerkbetriebe zu erteilen. Auch soll Privat-Führerwerkbetriebern die Schule zur Verfügung stehen. Unterrichtsgegenstände sind: Stalldienst, Geschiebe- und Jammlehre, praktischer Reit- und Fahrunterricht, Fußbeschlag, Ortsgeographie und polizeiliche Verkehrsbestimmungen und endlich Selbsthilfe bei Unfallsfällen und plötzlichen Erkrankungen der Pferde. Das der Schule vorgestellte Skizzenbuch besteht aus den Delegierten der Gewerbe-Deputation, drei Vorstandsmitgliedern der Berliner Führerherren-Vereinigung, dem jeweiligen Vorsitzenden der Drochsenbesitzer-Vereinigung und Vertretern des Großfuhrbetriebs. Die wichtigste in betracht kommende Gruppe, nämlich die Drochsenkutscher, scheint man nach zeitgemäßer Gepflogenheit übergehen zu wollen. Die Schule soll zunächst ein Unternehmen der Führerherren-Vereinigung bleiben. Änderungen des Lehrplans sollen der Zustimmung der Gewerbe-Deputation bedürfen. Die Schule hat zwei Abteilungen. Eine soll Leiter von Fuhrbetriebern, Inspektoren und herrschaftliche Kutscher ausbilden. Ihr Lehrgang erfordert ein Jahr. Die andere Abteilung soll nur stundenweisen Unterricht oder theoretischen Abendunterricht von 4-6 Wochen erhalten. Der Unterricht beginnt 6 Uhr morgens. An Schulgeld soll die erste Abteilung monatlich 60 M., die zweite 40 M. bezahlen. Für die Schule soll ein größeres Gelände außerhalb der Stadt erworben werden. Ein Stall für 20 Pferde, Sattelkammer, Remisen, Sommer- und Winterfahrbahn, Schmiede, Wohnung für den Direktor und 10 Jüglinge sollen dort Platz finden. Die einmaligen Ausgaben sind auf 18000 M. und zwar 12000 M. für 20 Pferde zu je 600 M., 5000 M. für 10 Wagen etc. veranschlagt. Für die laufenden Ausgaben sollen 26450 M. genügen. Für den Dirigenten sind 2000, einen Bureauhilfen 1000, einen Literarar 1500, 4 Lehrer je 1500, 2 Stalleute je 1000, Drucksachen z. 600, für die Unterhaltung der Pferde 10950, für Reparaturen 2500 M. vorgesehen. Die Schule soll mit dem Arbeitsnachweis der Führerherren-Vereinigung in Verbindung gebracht werden.

1 Milliarde 924/4 Millionen Briefmarken hat die Reichsdruckerei nach amtlicher Mitteilung an die Ober-Postdirektionen im letzten Rechnungsjahre geliefert. Postkarten, Kartenbriefe und Postanweisungen waren es demnach 838 Millionen Stück. Mehr als der dritte Teil aller Briefmarken oder 794 Millionen waren Zehnfränkige-Marken, 457 Millionen zu 5, 385 Millionen zu 3, 176 Millionen zu 20 Pf. Postkarten wurden 208 Millionen geliefert, außerdem 574 650 Postkarten für Private abgestempelt. Ferner lieferte die Reichsdruckerei 20 Millionen Briefstempelzeichen, 17 Millionen staatliche Wertzeichen, 459 Millionen oder für 98 1/2 Mill. M. Versicherungsmarken.

Unvorsichtiges Umgehen mit einer Schußwaffe hat wieder einmal einen schweren Unfall herbeigeführt. Der Reisende Kuhlmann aus der Götterstraße wollte seinen Revolver laden, um diesen auf einer Radtour nach außerhalb mitzunehmen. Als eine Patrone zwischen Lauf und Trommel der Waffe sich festklemmte, verfuhr er die Kugel mit einem Federhalter herauszustößen und verfuhr dabei so unvorsichtig, daß die Patrone explodiert und ein Splitter der Hülse ihm ins linke Auge flog, welches sofort ausblutete. Kuhlmann wurde vor Schmerz betäubt. Als seine Wittin infolge der Detonation das Zimmer betrat, fand sie den jungen Mann mitten in der Stube liegend. Man brachte ihn mittels Drofische zu einem Arzt, der ihn sofort nach einer Klinik weiterbefördern ließ.

Der „akademische“ Valesiotmarber. Das Polizeipräsidium stellt mit: In der Person des Schneiders Paul Valesiot, eines jungen 20jährigen Menschen, ist der Valesiotmarber festgenommen und zur Haft gebracht worden, welcher schon seit Monaten in den höheren Lehranstalten, in der Universitäts- und in Instituten und Laboratorien Diebstähle ausgeführt hat. Valesiot hat über seine Thätigkeit ordnungsmäßig Buch geführt und sind in demselben auch Valesiot's Verzeichnisse, über deren Diebstahl hier eine Anzeige nicht vorliegt. Einmalige Geschädigte, die es bisher unterlassen haben, eine derartige Anzeige

zu erstatten, wollen sich in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr im 1gl. Polizeipräsidium Erdgehoß, Zimmer 97 melden.

Ein Dienstmädchen ist gestern Morgen auf der Flucht vor ihrer Herrschaft schwer verunglückt. Der Fall betrifft das 20 Jahre alte Dienstmädchen Ida Krüger, das bei dem Kaufmann Lambrecht in der Staligerstraße 64 seit dem 15. März diente. Das Mädchen hat den Dienst schon dreimal verlassen wollen, sich aber jedes Mal im Bureau des 53. Polizeiviertels mit der Herrschaft wieder geeinigt. Frau L. klagte über Unpünktlichkeit und Nachlässigkeit des Mädchens, dieses dagegen über schlechte Behandlung. Donnerstag Nachmittag wollte die Krüger wieder den Dienst verlassen, um zu ihren Eltern nach Buchholz zu gehen. Darüber kam es zu einem Streit, in dessen Verlauf Frau L. nach ihrer Darstellung dem Mädchen einen Schlag auf den Mund gab, weil sie „schmüddrig“ war. Gestern Morgen um 6 1/2 Uhr wurden die Nachbarn durch einen gellenden Schrei auf dem Hofe aufgeschreckt. Sie fanden die Krüger schwer verletzt, aber bei vollem Bewußtsein auf dem Kopfplatz liegen. Nach ihrer Angabe wollte sie sich, weil sie geschlagen worden war, heimlich aus dem Dienst entfernen. Da die Hinterthür verschlossen, die Vorderthür nur durch das Schlafzimmer der Frau zu erreichen war, band sie eine Zudeckenschür an das Kreuz des Küchenfensters, um sich daran aus dem ersten Stock auf den Hof hinabzulassen. Die Schür war aber gerissen und die Krüger auf den Hof hinabgeführt. Sie hatte sich einen Bruch beider Beine und des rechten Armes zugezogen. Als Frau L. auf den Hof gelaufen kam und das Mädchen fragte, was es denn gemacht habe, antwortete dieses: „Ach, lassen Sie mich. Sie haben mich ja so geschlagen!“ Das unglückliche Mädchen wurde in das Krankenhaus Am Urban gebracht.

Ein verschmuppeter Spionbube wurde Donnerstag Abend auf frischer That abgefaßt. Als abends gegen 7 1/2 Uhr der in der Frankfurter Allee 181 wohnende Bauarbeiter Meier von seiner Arbeitsstätte nach Hause kam, bemerkte er, daß ein Dieb in seiner Wohnung thätig gewesen sein mußte. Er fand Kleiderkasten und Kommode erbrochen, doch war nichts gestohlen, allem Anschein nach. Weil der Thäter geflohen war. Schon im Begriff, zur Polizeiwache zu gehen, vernahm M. aus dem Schlafzimmer plötzlich ein lautes Rufen. Da er ruhte, daß seine Frau nicht anwesend war, begab er sich in das Zimmer und fand hier unter dem Bett versteckt einen früheren Arbeitskollegen L., der, so überrascht, auch zugestand, den Einbruch verübt zu haben. Die Absicht seines Entkommens wurde durch sein unzeitgemäßes Rufen vereitelt.

Einige Aufregung verursachte gestern Nachmittag gegen 1 Uhr ein mit einem Rollwagen durchgehendes Doppelgespann am Tempelhofer Ufer. Die Pferde, die mit einem Wagen der Firma Schneider aus Nieder-Schönebrunn auf dem Anhalter Güterbahnhofe standen, scheuten vor einer Rangirungsmaschine, gingen durch und raffen den Hof hinab und das Tempelhofer Ufer entlang. An der Schöneberger Brücke warf sich der Schuttmann Jeschke (8835) den Thieren in die Jagel und hielt sie mit Lebensgefahr auf. Das eine Pferd rief sich jedoch los, rannte einen Kinderwagen um und wurde erst in der Nähe der Grobbeerstraße von Arbeitern wieder zum Stehen gebracht. Das Kind blieb merkwürdigerweise unverletzt.

Radler-Streifzüge durch die Mark Brandenburg nennt sich eine Serie kleiner illustrierter Hefen, welche im Verlage von Max Rodenstein, Hallestr. 4, erscheinen sollen. Das erste Heft, welches die Fahrt zum Kloster Lehnin behandelt, ist sechsen herausgegeben worden. In poetischer Sprache werden die Reize der Fahrt und die Schönheiten des Klosters anschaulich geschildert. Ein Faltplan dient dem Radler zur weiteren Orientierung. Der Preis eines Heftes beträgt 30 Pf.

Straßenperrung. Vom 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt wird die Ueberfahrtsgasse behufs Umplanung, desgleichen die Hofstraßen-Brücke behufs Erneuerung des Oberbelages, sowie die Charlottenburger Chaussee vom Großen Stern bis zum Bahnhofe Thiergarten vom 3. d. Mts. ab zwecks Neubeschichtung der Chausseebede.

Theater. Das Schiller-Theater wird mit der Eröffnung des neuen Spieljahres am 1. September 1898 eine Reorganisation einführen. Von diesen Seiten, sowohl von Seiten des Publikums, wie von Seiten der Theaterintendanten wird immer wieder über den Verfall und die Verhinderung von Theaterzetteln und Theaterleistungen vor den Eingängen unserer Theater geklagt. Die Klagen richten sich wesentlich gegen die falschen Personenverzeichnisse. Um diesem Uebel ein für allemal abzuhelfen, gebietet die Direktion des Schiller-Theaters, wie wir schon mitgeteilt haben, im nächsten Jahre einen neuen Rodus in der Vertheilung der Zettel einzuführen. Sie verbindet überdies damit den Gedanken, jedem Besucher des Hauses ihre „wagnollen Hefte“ zugänglich zu machen, die sich zu einem unabweislichen Maßstab für die Besucher des Schiller-Theaters ergeben haben. Die Direktion gebietet die wagnollen Hefte nummer reich in Bild und Text auszugestalten, gewissermaßen eine kleine Zeitschrift daraus zu machen, die an gutem literarischem Material und bildlichen Bildern, Vorträgen von Dichtern, Illustrationen zu hervorragenden Stellen des Besuchers eine dauernde Erinnerung an die Vorstellung in die Hand geben soll. Für diese Hefchen soll, wie bisher bei der Garberode, der Rodus eingeführt werden, daß jeder Eintrittskarte eine Anweisung auf ein Heft angehängt ist. Der Besucher zahlt dafür 5 Pf. und erhält beim Theaterbesuch das Heft, in dem sich das offizielle richtige Personenverzeichnis befindet.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 11 1/2 Uhr gingen Reintendendortstr. 20 Körbe mit Wäsche in Flammen auf. Freitag früh 5 Uhr war Teglerstr. 14 ein umfangreicher Dachstuhlbrand abzuschließen, der die Wehr stundenlang beschäftigte. Als Jung 16 anlangte, hatte das Feuer bereits eine solche Ausdehnung angenommen, daß zum Schutze der Nachbargrundstücke ein Angriff von verschiedenen Stellen aus vorgenommen werden mußte. Aber abgesehen schließlich 6 Körbe in Thätigkeit waren und mechanische Leitern zu Hilfe genommen werden mußten, konnte doch nicht verhindert werden, daß der größte Teil der Dachkonstruktion in Flammen aufging. — Freitag 8 Uhr mußte Neuenhenerstraße 17 ein großer Balkenbrand abgelöst werden. Hier war das Feuer sehr spät bemerkt worden, so daß das Haus beträchtlichen Schaden erlitt. — Nachmittag 5 Uhr erfolgte Alarm nach Sebastianstraße 8. Dort waren in der Speisekammer der Wittve Grube Körbe und Kisten mit Wäsche in Brand gerathen, der gewaltigen Rauch erzeugte, aber noch rechtzeitig bemerkt wurde, bevor er die anliegende Pufffedernfabrik in Gefahr brachte.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Am Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, findet eine Volksversammlung im Saale des Klubbaues, Hauptstr. 6, statt. Da dies, außer Obst, der einzige Saal ist, der uns zur Verfügung frei steht, so mögen die Genossen alles daran setzen, daß immer weitere Kreise die Lokalliste genau beachten. Dr. G. Luz wird über: „Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie“ sprechen. Das Wahlkomitee.

Schöneberg. Die am Montag fällige Vereinsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins fällt wegen der am gleichen Tage im „Bayerischen Hof“, Hauptstr. 5/6, stattfindenden Volksversammlung aus. Die Mitglieder werden ersucht, diese Wählerversammlung zahlreich zu besuchen.

Weißensee. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß heute Abend in Alt-Weißensee im Lokale von Schmidt (früher Jürgen), Heinersdorfstraße, eine öffentliche Wählerversammlung für die Ortschaften Heinersdorf, Malchow und Alt-Weißensee stattfindet. Um zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen von Weißensee ersucht. Das Wahlkomitee.

Den Parteigenossen von Panlow-Niederschönhausen zur Nachricht, daß am Sonntag eine Flugblattverbreitung stattfindet. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich an dieser Arbeit ganz besonders zu beteiligen. Treffpunkt morgens 7 Uhr im Restaurant Stöhr, Panlow, Wäldchenstr. 25.

Im gleichen Lokal wird am nächsten Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr eine Volksversammlung stattfinden, in welcher Reichstagskandidat Arthur Stadthagen über die Reichstagswahlen sprechen wird. Das Wahlkomitee.

Brig. Den Parteigenossen zur Reminiscenznahme, daß am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, bei Gastwirth Gindner, Rudowstr. 66, eine Volksversammlung stattfindet. Genosse Obst spricht über: Die bevorstehende Reichstagswahl. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen, welche gewillt sind, sich am Bahnhofsplatz dem sozialdemokratischen Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen, werden ersucht, sich beim Genossen Klingenberg, Berlinerstr. 40, zu melden. Der Sitz des Wahlkomitees ist im Wollgarten, Berlinerstr. 40. Die genaue Adresse der sich Meldenden ist dringend erwünscht.

Friedrichsherg. Die Genossen, welche gewillt sind, Sonntag an der Flugblatt-Verbreitung theilzunehmen, werden ersucht, sich früh 7 1/2 Uhr bei E. Heineke, Friedrichstr. 11, und Bernh. Lange, Wartenbergstr. 67, einzufinden. Das Wahlkomitee.

Auf einem Spaziergange wurde gestern Nachmittag die Ehefrau Anna Philippi aus Nixdorf vom Tode überrascht. Die Frau war schon längere Zeit leidend und hatte vor acht Tagen das Krankenhaus verlassen. Als sie gestern Nachmittag ihren Mann auf einem Spaziergange begleitete, brach sie zusammen und starb nach wenigen Minuten, wahrscheinlich an einem Herzschlag.

Achttausend Briefmarken aus verschiedenen Städten Rheinland-Weisfalens sind am Donnerstag in Spandau eingetroffen, um ein paar Tage später, bei günstiger Witterung, auf der Briefmarkenstation der Stadelle aufgelassen zu werden.

Gerichts-Beilage.

Das seinerzeit aufgetauchte Projekt der Gründung eines „Genossenschafts-Heim für die Presse“ bildete die Grundlage einer gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelten Privatklage des Verlags-Buchhändlers und Assistentendirektors Ulrich Kraut wider den Verleger Alfred Lange. Im Mai des vorigen Jahres erging an die Vertreter der Presse und hervorragende Persönlichkeiten die Einladung zu einer Versammlung, in welcher über die Gründung einer vaterländischen Volksschaubühne in Siederdorf verhandelt werden sollte. Die Einladung zu dieser Versammlung, die schließlich keine weiteren Folgen hatte, war mit dem Namen des Herrn Ulrich Kraut unterzeichnet, dieser versicherte aber sofort in der Versammlung, daß er dem ganzen Plane vollständig fern stehe, und daß mit seinem Namen Mißbrauch getrieben worden sei. Im gestrigen Termin ist, wie hier gleich eingeschaltet werden mag, durch Bekundung des Wahlenbesizers Kündermann in Siederdorf festgestellt worden, daß diese Namensführung von dem bekannten Herrn Schwennhagen begangen worden ist. Dieser hat von Herrn Kündermann, wie dieser bekundete, Wohlthaten empfangen und wollte sich wohl durch die Lenkung dieses Projekts in die Öffentlichkeit dankbar erweisen. Jenes Vorkommnis gab nun Herrn Kraut Veranlassung, nach Siederdorf zu reisen, um möglichst festzustellen, wie sein Name unter jene Einladung gekommen sei. Bei dieser Gelegenheit mußte Herr Ulrich Kraut Herrn Kündermann zu bestimmen, seine Bereitwilligkeit zur unentgeltlichen Hergabe eines Theiles seines Landbesitzes zur Errichtung eines „Presseheims“ zu erklären. Herr Kraut machte von diesem Plane verschiedenen Herren der Presse Mittheilung, er fand dann aber in der „Nordd. Allg. Ztg.“ einen von Herrn Lange herrührenden Bericht darüber, der die Gründung des „Presseheims“ mit dem Namenthemen der „Gründung einer vaterländischen Schaubühne“ verknüpfte und Herrn Kraut gewissermaßen als einen Mann hinstellte, der unter der Maske der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen sich genossenschaftsmäßig an Terrainspekulationen betheilige. Dies hat die Privatklage veranlaßt. Herr Lange hatte Widerlage erhoben, weil Kläger in einem zur Abwehr gediehenen Artikel den Lange'schen Artikel einen „Schmähartikel“ und eine Mittheilung des Beklagten an die Zeitungen einen „Wahzettel“ genannt hatte. Durch Vernehmung des Herrn Kündermann wurde festgestellt, daß Herr Kraut dem Plane der „Schaubühne“ ganz fern gestanden habe und an den Plan des „Presseheims“ ungenügend und selbstlos herantreten sei. Der Gerichtshof hielt deshalb den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen des Angeklagten nicht für erbracht und verurtheilte diesen zu 30 M. Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis, wobei er dem Angeklagten den guten Glauben zurprach. Die Widerlage wurde zurückgewiesen, weil der Kündermann „Schmähartikel“ unter dem Schutz des § 193 fälle und der Kündermann „Wahzettel“ ein terminus technicus nicht beleidigender Natur sei. Dem Kläger wurde die Publikationsbefähigung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ zugelassen.

Der im Jahre 1895 in der Wohnung der Schauspielerin Frä. Kuscha Duche begangene schwere Einbruchdiebstahl gelangte zusammen mit einer ganzen Reihe anderer Diebstähle gestern vor den ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Aburtheilung. Die Anklage richtete sich gegen den schon mit 7 Jahren Justizhaus vorbestraften Tischler August Robert Eichert und dessen Schwägerin, Tischlerfrau Antonie Lange geb. Mausisch. Beide wurden der in den Jahren 1892-1897 betriebenen gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei, Eichert auch des schweren Diebstahls beschuldigt. Am 27. Mai vor. Jahres, nachmittags, wurden dem Wollwarenhandler Wöller aus seiner in der Voedstraße 14 belegenen Wohnung durch Einbruch Wertpapiere im Werthe von 6700 M., eine Menge Goldsachen und 90 M. bares Geld gestohlen. Die Festnahme des Täthters gelang erst am 4. Oktober 1897. Am 28. Juli hatte bei der Deutschen Bank ein sich Karl Hauke nennender Mann eine Anzahl der bei Wöller gestohlenen Wertpapiere zum Verkauf überreicht. Dem angebliehen Hauke wurde akonto eine Zahlung von 2500 M. geleistet und ihm für den Rest ein Depositen gegeben. Nachträglich hatte man auf der Bank entdeckt, daß es sich um gestohlene Papiere handelte und als später ein Mann mit dem Depositen erziehen, wurde er festgenommen. Er nannte sich Engelhardt, mußte aber nach Einleitung des Verfahrens zugestehen, daß er Eichert heiße. Er behauptete, einen Koffer mit den Wertpapieren gefunden zu haben. Eichert, der in Nixdorf eine Tischlerei betrieb, mehrere Gefellen beschäftigte und sich Pferd und Wagen hielt, hatte bis zu seiner Verhaftung mit seiner Schwägerin, die ihm die Wirtschaft führte, in einer gemeinschaftlichen Wohnung zusammen gewohnt. Eine dazwischen abgehaltene Hausung hatte die Aufklärung einer ganzen Wagenladung gestohlenen Gutes zur Folge. Unter den beschlagnahmten Gegenständen befanden sich eine Anzahl von Sachen, die aus schweren Einbruchdiebstählen der letzten Jahre herrührten. So ist in der Zeit vom 4. bis 8. März 1896 in der Wohnung von Frä. Kuscha Duche, Hofstr. 76, eingedrungen worden. Gestohlen wurden u. a. eine große Menge werthvoller Kleidungsstücke, kostbare Theatergarderobe, ein Fahrrad, Fächer, Schmucksachen aus Gold und Silber, Tischdecken u. s. w. im Gesammtwerthe von mehreren tausend Mark. Ein Theil dieser Gegenstände ist in der Wohnung der Lange vorgefunden. Diese betrieb ein Maskengarderobe-Geschäft und hat Fräulein Duche's werthvolle Theaterkostüme für diese Zwecke ausgezeichnet verwerthen können. Andere vorgefundene Sachen stammten aus Einbruchdiebstählen, denen Registrirungsprofessor Dr. Pasche am 25. April 1894, Geheimrath Finanzrath Wettendorff am 20. Juni 1894, Musiklehrer Leibold im Juli 1894, Professor Jedlitska im August 1894, Fräulein Schmidtlein Anfang September, Hauptmann Brekler in Charlottenburg am 27. Mai 1896, Frau Geh. Oberbauroth Gerke im Juni 1894, Oberlehrer Dr. Herr im Juli 1895, ferner Lieutenant Bering zu Schöneberg, Premierlieutenant Dinselmann und ein Frä. v. Wold zum Opfer gefallen sind. Eichert behauptete, die bei ihm vorgefundenen Sachen theils aus Auktionen, theils von einem ihm dem Namen nach unbekanntem Manne, den er in Sonnenburg kennen gelernt und in Berlin zufällig getroffen habe, gekauft zu haben. Obwohl er dringend verdächtig ist, die genannten Diebstähle begangen zu haben, so konnte wegen der Länge der inzwischen vergangenen Zeit doch nicht genügendes Belastungsmaterial dafür erbracht werden, daß er bei der Wegnahme der Sachen theilhaftig gewesen ist. Dagegen brachte die Vernehmung des Gerichtsboten zu der Ueberzeugung, daß er fortgesetzt gestohlenen Gut

Generalversammlung des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Während der Pfingstfeiertage tagte in Frankfurt a. M. die Generalversammlung des graphischen Arbeiter. Anwesend waren 34 Delegierte. An den Verhandlungen über die Lohnbewegungen beteiligte sich eine längere Debatte, in der von einer Seite gegen den Vorstand wegen des Berliner Streiks Vorwürfe erhoben wurden. Schließlich gelangte gegen eine Stimme folgende Resolution zur Annahme: „Die Generalversammlung ist nach reiflicher Aussprache des weitestgehenden Theils der Delegierten zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei dem Berliner Streik dem Hauptvorstand sowie der Verwaltung und der Lohnkommission Fehler unterlaufen sind, die fernhin vermieden werden müssen und erwartet, daß jede Verwaltung, gleichviel an welchem Orte sie ist, sich streng an die Beschlüsse der Generalversammlung, sowie an unser Statut hält.“

Die Sonderorganisationen in Stuttgart und Leipzig erklärten durch ihre Vertreter, daß sie gesonnen wären, dem Verband der graphischen Arbeiter beizutreten. Auf Antrag Gedike-Berlin soll den Hornstädtern und Papendruckern gestattet werden, besondere Filialen im Verbande zu errichten. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschloß die Generalversammlung ohne Debatte, da sich bereits bei der Urabstimmung eine starke Strömung für diese Unterstützungszwecke bemerkbar gemacht hatte. Die Versammlung mit dem Senefelder Bund wurde mit 10 gegen 13 Stimmen auf Grundlage folgender Resolution, die in einer Konferenz beider Verbände vereinbart war, angenommen:

1. Einführung eines Zweiklassen-Systems. a) Kranken-, Invaliden- und Wittwenkasse, b) Organisationskasse mit Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Kein Zwang der bisherigen Bundesmitglieder, der Organisationskasse beizutreten. 3. Vollständige Sicherstellung des Kranken-, Invaliden- und Wittwenkapitals. 4. Statutarische Festsetzung, daß Kranke und solche, welche das nach zu bestimmende Alter überschritten haben, nur der Organisationskasse beitreten können.

Die Anträge zum Statut wurden einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Vertreter als Sitz des Vorstandes wiedergewählt. Als erster Vorsitzender kommt nur Ellier in Vorschlag, der in geheimer Abstimmung von 29 abgegebenen Stimmen 25 erhält. Sitz des Ausschusses bleibt Nürnberg. Es folgt Beratung allgemeiner Anträge. Der Antrag, daß bei Lohnbewegungen der Mitgliedsbeitrag von 40 auf 50 Pfennigen erhöht werden kann, bietet Anlaß, sich über die Frage des normalen Beitrags zu verständigen. Fast alle Delegierte erklären, daß sie mit 50 Pf. Beitrag einverstanden seien. Jedoch müsse die Urabstimmung, die eine große Majorität für 40 Pf. zeigt, respektiert werden. Um demnach bei Lohnbewegungen alle Mitglieder zu erhöhten Leistungen heranzuziehen zu können, wird die Statutenbestimmung beschloßen, daß für solche Fälle Vorstand und Ausschuss berechtigt sind, die Höhe von Extrafrachten festzusetzen und dieselben mittels Extramärkten (Streikmärkten) von allen Mitgliedern erheben zu lassen.

Nachdem inzwischen die Statutenkommission ihre Beratung beendet hat, wird die Spezialdiskussion über die Statutenänderung vorgenommen. Die wichtigsten Ergebnisse betreffen: Ausschluß der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus dem Verein, jedoch werden Schlichter und Präger als Berufsgenossen betrachtet und nach wie vor aufgenommen. Der Verein führt künftig den Namen: Verein der Lithographen, Steindruckern und Berufsgenossen Deutschlands. Der Beitrag wird auf 40 Pf. festgesetzt, die Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung beträgt bei 20 resp. 52 Wochen 18 und 26 M., ebenso die Umzugskosten. Die übrigen Änderungen sind unwesentlicher Art, und hatte damit die Verhandlung ihren Abschluß erreicht.

Wahlversammlungen.

Für die Wähler des Hansaviertels (I. Wahlkreis) tagte am Donnerstag in den „Spreehallen“ eine Versammlung, in welcher Genosse Reichsamt W. Heine über: „Der Reichstag und die bürgerlichen Parteien“ sprach. Redner kennzeichnete in treffender Weise die im I. Wahlkreise gegen die Sozialdemokratie kämpfenden Parteien. Seine Ausführungen, sowie die des Genossen Pösch, der nach ihm das Wort nahm, fanden in der gut besuchten Versammlung lebhaften Beifall. Als Gegner meldete sich ein national-sozialer Student zum Wort, der die bekannten Einwendungen gegen die Sozialdemokratie vorbrachte. Diese gaben dem Gen. Schmidt und in seinem Schlusswort dem Gen. Heine Veranlassung, die widerspruchsvollen Programmpunkte der National-Sozialen einer gründlichen Kritik zu unterziehen. Mit der Mahnung an die Anwesenden, am 16. Juni und auch schon jetzt im Wahlkampfe selbst ihre Pflicht zu thun und für die sozialdemokratische Kandidatur zu wirken, schloß der Vorsitzende hierauf die Versammlung.

Die Handlungsgesellen hatten am Donnerstag eine Versammlung nach dem Schützenhause einberufen, um unter ihren Kollegen Propaganda für die Reichstagswahl zu machen. Der Referent Friedländer beleuchtete die Stellung, welche die Antisemiten und die Freisinnigen im Reichstagswahl zu den die Handelsangestellten besonders interessierenden Fragen eingenommen haben und kam zu dem Schlusse, daß weder die Antisemiten als angebliche Vertreter des Mittelstandes aber wirkliche Verfechter agrarischer Interessen, noch die Freisinnigen als ausgesprochene Vertreter des Großkapitals

und der Hochfinanz die Unterstützung der Handlungsgesellen verdienen, daß letztere vielmehr nur der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, die für die Interessen der Handelsangestellten eingetreten ist, ihre Stimme geben können. In gleichem Sinne äußerte sich Genosse Rob. Schmidt unter großem Beifall der gut besuchten Versammlung. Die Kandidaten der antisemitischen und der freisinnigen Partei waren eingeladen, glänzten aber durch Abwesenheit. Ein Freisinniger namens Levi, der seine und seiner Partei monarchische Gesinnung rühmend hervorhob, und mit der Frage nach dem Zukunftsstaat die sozialdemokratischen Bestrebungen abthun zu können vermeinte, wurde vom Genossen Deuno Waaß unter allgemeiner Heiterkeit der Versammelten treffend heimgesucht. Hierauf nahm Max Rob. der deutsch-vollparteiliche Kandidat des Kreises, das Wort. Er würde es, wie er sagte, für einen Rückschritt halten, wenn der bisherige Vertreter des Kreises nicht wieder gewählt würde. Deshalb dann aber Herr Rob. mit seiner Kandidatur in den Wahlkampf tritt, ist um so weniger verständlich, als er ja gerade dem sozialdemokratischen Kandidaten Stimmen zu entziehen gedenkt, denn er rechnet auf solche sozialdemokratischen Wähler, die vom Kommunismus nichts wissen wollen. Andererseits sind Herr Rob. aber auch die Stimmen der mit ihren Führern unzufriedenen Freisinnigen sehr willkommen. Die falsche Politik, welche in der Auffassung dieser Kandidatur liegt, sowie die Ausfallslosigkeit eines Kandidaten, der sich nach zwei entgegengesetzten Seiten hin neigt, wurde vom Genossen Liepmann mit treffender Deutlichkeit gekennzeichnet. Die Versammlung endete mit der Annahme einer Resolution, in der sich die Handlungsgesellen zur Unterstützung der Kandidatur des bisherigen Vertreters Rob. Schmidt verpflichten.

Friedrichberg. Eine gut besuchte Volksversammlung tagte am Donnerstag im Kronprinzen-Garten, Berliner Chaussee, Genosse Th. Glode hielt das Referat, welches sich mit den bevorstehenden Reichstagswahlen beschäftigte. In seinen Ausführungen betonte der Redner besonders, daß während die bürgerlichen Parteien dem Wahltermin mit Angst und Jitters entgegensehen, die Sozialdemokratie mit berechtigter Zuversicht in die Zukunft blicken könne. Dann wendete sich der Referent zu der historischen Bedeutung der einzelnen Parteien. Der Redner berührte nun den Militarismus, das indirekte Steuerwesen, die Machinationen gegen die Freizügigkeit, das Wahlrecht, das Vereins- und das Versammlungsrecht. Die Sozialdemokratie aber sei die einzige Partei, welche diese von allen Seiten gefährdeten Punkte nicht nur wahrnehme, sondern noch weiter ausbauen will. — Da eine Diskussion dem beifällig aufgenommenen Vortrage nicht folgte, schloß der Vorsitzende mit einer Aufforderung zur regen Flugblattverbreitung am 5. Juni, gegen 11 Uhr die Versammlung.

In Reinickendorf tagte am Donnerstag eine außerordentlich gut besuchte Versammlung im Lokal von Vöttcher. Der sozialdemokratische Kandidat und jetzige Vertreter des Kreises Niederbarnim, Genosse Stadthagen, forderte zu Anfang seines Vortrages die etwa anwesenden Gegner auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Nach der bisherigen Jurisdiction der Gegner schiene es ja, als ob in dem Kreise überhaupt nur Sozialdemokraten lebten. Dann ging der Vortragende auf die Brotverheuerungsgesetze der Agrarier und ihrer Handlanger ein. Auch konnte er beweisen, daß die Reaktionen aller Schattierungen einig sind. Den Arbeitern das Brot noch theurer, das Leben noch schwerer zu machen, und daß sie, um dieses ausführen zu können, das jetzige Wahlrecht beibehalten wollen. Hoffentlich würde sich das Volk gegen diese Verschlechterung der heutigen Gesellschaftsordnung energisch am 16. Juni aussprechen. Auch auf die Flugblattthemen des Prediger Halls wies der Redner hin. In den Hülle'schen Flugblättern sei die gemeine Behauptung immer noch vorhanden, daß die Sozialdemokraten gegen das Bürgerrecht gestimmt hätten. Nach dem Vortrage, dem ein begeistertes Beifall folgte, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte. Eine Diskussion fand nicht statt, da sich kein Gegner meldete. Dem wurde zur regen Theilnahme an der Agitationstour aufgefodert und bekannt gegeben, daß der Gastwirt J. Wert seinen Saal nicht zu Versammlungen hergeben will, um nicht die Tanzlozession zu verlieren. Die Genossen möchten dies beachten. Ferner sollen sich alle Genossen, die am Wahltag mitarbeiten wollen, bei Zeidler, Residenzstraße 22, melden.

Saumschulenberg. Am 1. Juni fand hier selbst im Speer'schen Lokale eine auch von Frauen zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Jubel in einer zweistündigen Rede über die bevorstehende Reichstagswahl sprach. Redner erwähnte das Verhalten der sämmtlichen politischen Parteien seit dem Anfange der vergangenen Reichstagsession. Jubel betonte noch insbesondere, daß unsere Fraktion namentlich für stabile Handelsverträge mit anderen Staaten eingetreten ist, und verstand es in volksthümlicher Weise der Versammlung klar zu machen, wie sehr der arbeitenden Bevölkerung durch die indirekten Steuern immer größere Lasten aufgebürdet werden. Als derselbe auf das an demselben Abend von der freisinnigen Volkspartei an diesem Orte verteilte Flugblatt, welches die Kandidatur Dr. Bernstein's empfiehlt, näher eingehen wollte, machte der überwachende Beamte auf die mittlerweile eingetretene Polizeistunde aufmerksam. Der Referent ermahnte die Wähler, noch am Tage der Wahl ihre Schuldigkeit zu thun und schloß unter lebhaftem Beifall. Eine aus der Versammlung eingebrachte Resolution, welche sich mit den Ausführungen des Referenten, sowie mit dessen Wiederwahl einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. Juni, vormittags 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Resource, Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr ebenfalls: Vortrag des Herrn Th. Vrenzel-Danzig: „Ist das Bewußtsein ein fester Führer?“

Sozialdemokratischer Agitationsverein Straßburg-Pranzburg-Rügen. Versammlung am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Rüdiger, Jadenstr. 35/36. Ausgabe der Billets zum Sommerfestigen. Gänge willkommen.

Berliner Arbeitervereine: Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Baste, Grenadierstr. 33, abends 8 1/2 Uhr. Ungültiger Rath wird ertheilt.

Im Norden Berlins: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7-9 Uhr: A. Daehne, Demminstr. 34, v. 3 Tr. R. Gutzeit, Bismarckstr. 29a, von 8-9 Uhr abends. F. Fieschel, Gartenstr. 36, v. 2 Tr. E. Simonowksi, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Stuhlmann, Oberbergerstr. 37, 4 Tr., von 8-9 Uhr abends. H. Tamms, Süstenerstr. 9, von 8-9 Uhr abends. K. Boigt, Bismarckstr. 41/42, E. Marzok, Kolbergerstr. 7, von 8-7 Uhr abends. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Streitwerfer 58, P. Reimann, Döbermannstr. 83, F. Trapp, Schulerstr. 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Röß, Schweinländerstr. 64, vom linken Ausgang. — Nur für Unfallversicherung: J. Krause, Gartenstr. 13.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Bader, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr.

Im Süd-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalkhoff, Mühlentischstr. 18.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Engelmaier, Grünauerstr. 30. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Keller, Weidnerstr. 58, Hof part.

Im Süd-Westen: Für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44

Im Nord-Westen: Für Unfallversicherung: R. Steppen, Lehnstr. 34.

Im Nord-Osten: Für Unfallversicherung: E. Köppler, Wabgrstr. 15, vom part. (abends 8 Uhr).

Bei sämmtlichen vorgenannten Vereinen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

Vermisches vom Tage.

7. Durch einen Stich mit der Schreibfeder zog sich ein Komptoirist in Hannover eine Blutvergiftung zu, der er trotz einer Operation unterlag.

Der Gasdirektor des Städtchens Ohligs bei Barmen hat dem Bürgermeister und einem Stadtverordneten eine Forderung auf 18 unarme Säbel zugehen lassen. Diese hatten sich in einer Stadtratssitzung kritische Bemerkungen über die Verwaltung des Gaswerkes erlaubt.

Infolge des Genusses von Kartoffeln sind in Straßburg 30 Soldaten des Infanterie-Regiments Nr. 14 erkrankt.

In der Grenze in der Nähe von Gdtkuhnen wurde ein russischer Postbeamter von einem russischen Grenzsoldaten, der ihn für einen Schmuggler hielt, erschossen. Er hatte der Aufforderung, stehen zu bleiben, nicht Folge geleistet.

a. e. Die Stadtverwaltung von Jelaterinodar hat beschloßen, die Ausgaben für die Uniformierung der Polizei und für die Wehimpolizei zu fixieren, mit der Begründung, daß die Polizei doch nur äußerst selten irgend einen Diebstahl entbede.

Der äußerste Norden und Nordosten des europäischen Rußland soll mit Baum aus Mittel- und West-Rußland besiedelt werden. Die aus Wolgda nach Archangel führende Eisenbahn durchschneidet mehrere Strecken weit über 100 Kilometer lang, die noch gänzlich unbesiedelt, aber sehr fruchtbar sind.

Von Cannes, dem „Blumengarten Frankreichs“, gehen jährlich etwa für 20 Millionen Francs wohlriechende Essenzen allein ins Ausland. In geschätzten Blumen exportirt die Stadt in jedem Jahre mehr als 2000 Zentner Parma-Beilsägen, einige 30 000 Zentner Orangebütschen, ebenso viel Rosen, etwa 10 000 Zentner Geranien und 1000 Zentner Jasmin. Paris bezieht außerdem von dort sehr viele destillierte Getränke. Auch Permut wächst in der Umgegend von Cannes in großen Quantitäten.

Der Maler Prof. G. G. G. G., der in Rom seit einigen Tagen vermisst wurde, ist todt aufgefunden worden. Die Leiche hing ohne Hemd, Schuhe und Hut an einem Baume. Es scheint Selbstmord vorzuliegen. Der Künstler war seit einiger Zeit infolge von Schmerzen, die ihm ein Leiden am Bein verursachte, sehr niedergedrückt.

Nach einem Distanzritt serbischer Offiziere von Risak nach Belgrad erkrankte der Sieger infolge der Ueberanstrengung. Ein anderer Theilnehmer starb eine halbe Stunde nach der Ankunft in Belgrad.

Der König von Siam entloh einen Minister wegen Vernachlässigung seiner Pflichten durch folgendes Dekret seines Hofes: „Mein Minister Tichau Mei Rex ist seines Postens entbunden worden, und es sollen ihm daher alle seine Orden und Ehrenzeichen abgenommen werden. Auch soll ihm zur Erhaltung seiner Gesundheit der Post abstrahirt werden. Sieben Tage nach dieser Entabnahme soll er dazu verhalten werden, Gras für die heiligen Elephanten zu mähen, welche Arbeit er bis zu seinem Tode bestage fortzusetzen hat.“

Zwei Sonderzüge der Lancashire-Hortshire-Eisenbahn mit Ausflügeln trafen gestern Abend auf der Station Lealand bei Preston zusammen. 3 Personen sind getödtet, 20 verwundet.

In Peshawar (Indien) entstand am Dienstag früh eine Feuersbrunst, welche 24 Stunden andauerte und 4000 Häuser zerstörte. Der angesichete Schaden wird auf 40 Millionen Ruupien geschätzt.

Fr. Pflingst, Warenhaus

39. Potsdamerstrasse 39.

- | | | | |
|---|-----------------|---|-----------------|
| Bunte Bettbezüge , vollständige Länge und Breite, Deckbett und 2 Kopfkissen, fertig genäht, Garnitur | 3,50 Mk. | Damen-Hemden aus Hemdentuch, mit Spitze garnirt, Stück 48, 75 Pf., | 1,00 Mk. |
| Weisse Bettbezüge aus Pa. Hemdentuch, Deckbett und 2 Kissen, fertig genäht, Garnitur | 4,00 Mk. | Damen-Hemden aus Pa. Hemdentuch, 110 Centimtr. lang, mit Trimming garnirt, Stück | 1,25 Mk. |
| Bettlaken aus Pa. Halbleinen, ohne Naht, Stück | 1,25 Mk. | Damen-Hemden mit handgestickter Passe, auf der Schulter zum Knöpfen, Stück | 1,25 Mk. |
| Julett , roth und rosa gestreift, Deckbett und 2 Kissen, fertig genäht, Garnitur | 5,75 Mk. | Damen-Hemden aus Pa. Renforcé mit Languette, Stück | 1,35 Mk. |

Damen-Blousen
aus waschechtem Levantin
Stück **1,35** M.

Damen-Strohhüte
garnirt
Stück **75** Pf.

Damen-Sonnenschirme
Seiden-Serge mit Futteral,
Stück **2,50** M.

Knaben-Wasch-Blousen
aus prima waschechten Stoffen,
Stück **1,25** M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 4. Juni.

Ovenhaus. Der Barbier von Sevilla. Staatliche Brautwerbung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Hatteracht. Langhunde. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Der Vögel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leitung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dehnen. Geflossen.

Berliner. Kinder der Bühne. Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenz. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.

Neues. Villa Gabrielle. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Thielmann. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Die Abkündigung. Der Heiraths-Schwinder. Anfang 8 Uhr.

Clara. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Asien. Anfang 8 Uhr.

Welter-Alliance. Wein, Weib, Gesang. Anfang 8 Uhr.

Frei-ich. Wilderhühners. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz. Heinrich Heine. Ein kleines Mißverständnis. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.

Südboldenstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Vollage. Panoptikum. Theater Variété. Alpenglänzen.

Wolfs. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.

Weichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater (Wagner-Theater).

Thielmanns. Sonntag: Radmittags 3 Uhr: 1. Angenruben-Cyclus, 5. Vorstellung. Die Kreuzschreiber. Abends 8 Uhr: Brand.

Montag: Thielmanns.

Offend-Gael Weiß-Theater.

Or. Frankfurtstr. 132. Zum 7. Male: **Or. Auf Sumatra** oder **Die Holländer in Asien.** Großes Ausstattungsspiel mit Gesang und Ballett in 12 Bildern nach einem franz. Melodram von Ch. Gahmann. Musik v. F. Krause. Neue Dekorationen von Dowe. Kostüme von Hollmann. Solotänzerin vom Hoftheater in Altona. Anfang 8 Uhr.

Im Garten v. 5 Uhr an: Großes Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Or. Pantomime.

Apollo-Theater.

Neues Programm. 8 Debuts und **Don Juan in der Hölle.** Phantastische Ausstattungsballette mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück. Vor der Vorstellung: **Grosses Garten-Konzert.** Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Prater-Theater.

Rafanien-Allee 7/9. Täglich: **"Friede auf Erden."** Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. H. Reizen. Eugenio Formes, Romanfourette. Gebr. Milano, Grottedaue. Duett. Osvani Troupe, Musik. Orchester. The 3 Wartsos, Barriere-Alfobaten. Mr. Barna mit 3. dresd. Katten. Walker. Pantomime. Konzert und Ball. Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., reiner Play 50 Pf. **Kalbo.**

Garten-Theater der Reichshallen.

Leipzigerstraße 77. Täglich: im 3000 Personen fassenden Sommer-Garten auf neuerbauter Garten-Bühne. **Wilhelm-Kalberg-Agoston-Ensemble!** **Spezialitäten 1. Ranges!** Clara Antoni, Nella Collier, Toni Leonardy, Hermanos Castagna Brüder Paxton, Tom Brinary. **Die 6 nordischen Perlen!** u. s. w. Das Konzert beginnt um 7 Uhr, die Vorstellung um 7 1/2 Uhr. Tageskasse von 11-1 Uhr Vorm. Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im Theatersaal.

Urania

Taubenstr. 48/49. **Naturkundliche Ausstellung.** Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. **Eintritt 50 Pf.** Abends 8 Uhr: **Wissenschaftliches Theater.**

Passage-Panopticum.

Theater Variété ohne Extra-Entree. **Neu! Alpenglänzen.**

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165. **Salambo** die schöne Schlangenbändigerin.

Puhlmann's Vaudeville-Theater

Inhaber F. Puhlmann, Schönbr. Allee 148, Rahm-Allee 97/99. Täglich: **Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung** mit viel neuem Programm.

Concerthaus Leipzigstr. No. 48

Hoffmann's Quartett und **Humoristen.** **Neu! Neu! In Amerika!**

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Platz). **Garten resp. Saal.** **Heute sowie täglich: Stettiner Sänger**

(Wechsel, Pietro, Britton, Steidl, Arone, Röhl, Schneider und Schrader).

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Im schönen Garten täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** **Freuen ist menslich.** Lustspiel in 1 Akt von Tannenhöfer. **Orpheus auf der Oberwelt.** Poesen-Burleske in 1 Akt von Sanftleben u. Holzberg. Musik v. Wilda. **Neu! Japanische oder Neu! Die kleinen Weißbär!** Lustspiel-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Gerde. Musik von Wappaus. **Im Saale: Grosser Ball.**

Für Landpartien und Sommerfeste

empfehlen wir in großer Auswahl: **Sozialerren, Lampions, Fahnen, Papptermigen u. s. w.,** sowie **Verlosungs-Gegenstände.** Händler u. Vereine erhalten die billigsten Engrospreise. **S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstraße 19 a.**

Carl Strauss'

Vier-Café u. Vergnügen Stralauer-Allee 17 b. Fernspr. VII 4182. **Rezeptionen vom Waldverein und Metzlarbeiterverband.** 2787b **Empfehle meine drei Restaurants: Hübenthal, am Müggelsee, Teufelssee, Müggelsee, Marienlust, a. d. Dahme,** zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Landpartien über die Müggelsee. 4724e

C. Streichhan,

Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.

Ostbahn-Park,

Am Küstner-Platz. Täglich: **Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.** **Volkbelustigungen aller Art.** Familien können Kaffee kochen. Beginn des Konzerts: **Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.** **Entree: Sonnt. 20 Pf., Kind. 10 Pf.**

Nonnenberg's Restaur.,

Treptow, Parkstrasse. **Großer Saal. - Großer Garten.** Jeden Sonntag: **Ball.** Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Restaurant Linden-Garten.

Köpenick, Grünauerstr. 7. **Gr. Saal, Garten, Kaffeehaus.** Frühstück, Mittag- u. Abendlich. C. Soldat.

Bruchmühle bei Alt-Landsberg

Bahnstation Friedrichsdorf, Ostbahn. **Gasthof A. Nagel.** **Großer Saal u. Garten, schönster Sommer-Küchenhof, am Walde gelegen, nahe der Strandberger Chauffee,** zu Besammlungen und Landpartien empfohlen. **Restaurant zur Erholung, Köpenick, Kaulsdorferstrasse.** Gr. Frühstückstisch. Ferd. Pole.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Carl Hagenbeck's INDIEN **BAHNSTATION SAVIGNY PLATZ** **Vorstellungen** In der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig. **Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.** **Entree 50 Pf., Kinder die Hälfte.**

Wohin machen wir unsere Landpartie

(per Fremder oder der Schiffe)? Zum alten **Fremd auf Pichelswerder.**

Am Königs-Thor, Haltestelle der Ringbahn.

Schweizer Garten. **Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** **Ball.** **Am Montag, den 5. d. M., findet ein Familien-Kränzchen** veranstaltet vom Gesangsverein „Fortschritt“, statt.

Am Friedrichshain, Haltestelle der Ringbahn.

Gustav Lindenhayn, Grünau, Friedrichstraße 1 u. 2. **Neu! Das Blumenmädchen vom Moritzplatz.** **Neu! „Hobe Götter.“** Lustspiel in 1 Akt von Brilly. **Vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert.** **In den beiden Sälen: Grosser Ball.** **Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.** **Max Klien.**

Max Klien's Sommer-Theater,

Gartenstraße 14/15. - Artistischer Leiter: Paul Milbitz. Täglich: **Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung** **Barsikow-Troupe - Kossial-Trio - Little Elfrida, Georg Fischer, Fiedersänger, Franz Wunsch, Soubrrette, Karl Gursch, Tony Parodist, Martha Reinsagen, Tutti Belmonte.** **Das Blumenmädchen vom Moritzplatz.** **Neu! „Hobe Götter.“** Lustspiel in 1 Akt von Brilly. **Vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert.** **In den beiden Sälen: Grosser Ball.** **Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.** **Max Klien.**

Restaurant zum Wilhelmstgarten

Denkstraße Nr. 19 ERKNER **5 Minuten vom Bahnhof.** **Schöner schattiger Garten mit Regalbahnen, Vogelhäuser täglich sowie monatlich, Empfehlung für jede Art Festlichkeiten meine diversen Räume. Saal zu 120 Personen sowie Vereinszimmer, 20-60 Personen fassend. Mein Saal ist auch Sonnabends und Sonntags an Vereine zu solcher Bedingungen zu vergeben. 5324e **Ausgang von hellem Lagerbier, Münchener Spatenbier sowie einer guten alten Weibe.** **Otto Wartenberg.** **Am Montag, den 6. Juni, eröffnen wir die betrieblenen billigen****

Dampfer-Extrafahrten

nach Neue Mühle und Woltersdorfer Schleuse. **Montag und Donnerstag nach Neue Mühle, Dienstag u. Freitag nach Woltersdorfer Schleuse.** **Jahrespreis hin und zurück nur 50 Pf.** **Abfahrt mittags 2 Uhr Stralauer Seite 5, zwischen der Städtischen und Pochhammer'schen Bade-Anstalt. Rückfahrt 7 1/2 Uhr abends.** **Dienstag nach Storkow, Mittwoch nach Teupitz.** **Abfahrt 7 Uhr morgens, Jahrespreis hin und zurück 2 M.** **Dampfer sind an Vereine und Gesellschaften billig zu verchartern.** **Herm. Hertzner, Schiffsführer 6. I. Kahn, Stralauer.**

Zu den Sommerfesten

empfehle ich **Brauerei Pichelsdorf.** **Delonem: Otto Starck.**

C. Joël's Victoria-Garten

SO., Köpnicer Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park. **Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden** für Vereine u. Festlichkeiten 6000 Befassend, **11 Kegelnbahnen, Kaffeeküche** und allerlei Volkbelustigungen. **Gaststätte der Elektrischen Eisenbahnen (Ziemen's u. Galofe):** von der grossen Berliner Pferde-bahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt.

Restaurant Klugmann,

Zur neuen Schenke (1611L) früher Wagner's Ruh. **Rummelsburg, Chauffeehaus.** **Gr. Saal, schatt. Garten, Naturwald, 5000 Pers. fass. Kegelnbahnen, Kaffeeküche.**

Oberjöhneweide.

Edmonstr. 5. **Empf. Freund u. Genossen mein Restaurant, Garten u. Kegelbahn.** **Gust. Wagner, Grünau.**

Restaurant billig verlässlich in

Friedrichshagen, Blumenthalstr. 46. **Empfehle allen Freunden und Bekannten mein**

Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal,

2 große Vereinszimmer zu 100 Pers. u. Pianino für Vereine, kleine Versammlungen u. Festlichkeiten. 5077e **W. Lorenz, Belfahr. 43.**

Gasthof zu den drei Linden

Köpenick, Grünauerstr. 16. **Garten, Kaffeehaus, Ausspannung 4064e** **Hermann Görcke.**

Rest. Pferdebusch

Köpenick, mit Spielpl., Turngeräte. W. Magdeburg.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

Schneidermeister, Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143, Kottbuser Thor, Schöneberg. **empfehle zu außerordentlich billigen Preisen:**

Sommerpaletots in guten Diagon., Raumm., von Satin- und Cheviot-Stoffen **13-50-33**

Jaquet-Anzüge in guten, haltb. Zwirnstoffen, glatten Diagonal., Raumm., Satin- und Cheviotstoffen, 1- und 2-reihig modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoff, eleg. Ausföhrung **16-35**

Sacco-Anzüge 1. guten, weichen, schwarzen Raumm- u. Satinstoffen, moderne Façons **20-36**

Reif-Anzüge von feinen Satin, Tuche und Raummagen-Stoffen, 2-reihig **25-38**

Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Stoffen, Cheviot- und Zwirnstoffen. **10-20**

Jünglings-Anzüge in Satin, Diagonal, Raummagen u. Cheviot, 1 u. 2-reihig, von Bl. **10-20**

Havelock, Staub- u. Reijemäntel zu den billigsten Preisen.

Wald-Anzüge, Jacketts, Jaquets in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Waldmützen-Anzüge in allen Größen . . von 3 M. an.

Beinkleider in dauerhaften, woff. Stoffen, verschiedenen Farben, Raummagen und Cheviot, von Bl. **5-10**

Knaben-Anzüge, Paletots, Kleidbare Façons in großer Auswahl.

Schul-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften Stoffen, 1- und 2-reihig, von 5 M. an. **Befellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt. Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.**

Streng reelle Bedienung.

Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 Pf. 4659L

Otto Gerholdt,

2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgerstraße.

Frische Fische, gute Fische

empfiehlt die Verkaufsstelle der **Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**

im Bahnhof Börse, Bogen 9-10 von täglich frischer Zufuhr aus ihrem eigenen Fischereibetrieb und in eigens hierfür erbauten **Kühlwagen.** **Nachdem der Fang anhaltend sehr ergiebig, treffen täglich 1-2 Waggons (100-200 Zentner) ausgewählte lebendfrische Fische ein, und verkaufe bis auf weiteres:**

Cabliau 15-12 Pf. im Anschnitt 20 Pf. pr. Pfd. (also ohne Kopf)

Rothzungen, bester Ersatz für Seezungen, **30 . . .**

Gr. Schollen (Goldbutter) sehr fein! **20-25 . . .**

Maischollen (Bratlundern) **17 . . .**

Knurrhahn (Seeforelle), vorzüglicher Brat- und Bierfisch **25 . . .**

Seelachs 20 Pf. im Anschnitt **25-28 . . .**

Schellfische in allen Grössen **10-20 . . .**

Geräucherte Fische: **Flandern 60 Pf., Schellfische 25 Pf., Seelachs 50 Pf., See-Aal 60 Pf., Roche, bester Ersatz für Stör, 50 Pf., Knurrhahn 50 Pf. pro Pfund, Makrelen 40 Pf. pro Stück.**

Fischrezepte gratis! Johs. Skorzzyk, Vertreter.

NB. Seefisch ist das billigste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.

Das Wohl der Nerven!

Dem scharfen Blick des kühl erwägenden Mediziners bleibt nichts verborgen, und es haben die Aerzte schon lange erkannt, dass die erfrischende Wirkung von Kaffee, Thee und Spirituosen nur eine vorübergehende ist und durch die schädlichen Wirkungen dieser Getränke auf das Nervensystem wieder aufgehoben wird. Ein wirklich erfrischendes und kräftigendes Getränk darf die Nerven nicht angreifen. Diese Eigenschaft befindet sich in jener Substanz der Cacaobohne, welche „Theobromin“ heisst und welche im Cacao van Houten zur vollsten Entfaltung gebracht ist. **Als tägliches Getränk, besonders als kräftigendes Frühstück kann Cacao van Houten deshalb bestens empfohlen werden. Wer viel arbeitet, sei es mit den Händen oder mit dem Geiste, muss vor Allem den Körper widerstandsfähig machen; ein besseres und wohlschmeckenderes Getränk als van Houten's Cacao ist zu diesem Zwecke wohl nicht denkbar.**